Krieg in der linken Ecke S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 14 – 5. April 2014

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Mit „Doppelpass“ auch den Grünen eine Freude bereitet: Grünen-Chef Cem Özdemir (Mitte) trommelt schon lange dafür Bild: pa

Volk ohne Fürsprecher

Staatsbürgerschaft: Front aus deutschen Parteien und türkischen Nationalisten

Künftig vergibt Deutschland unhinterfragt die Staatsbürgerschaft dieses Landes an Menschen, die keinen Hehl daraus machen, dass ihre Loyalität in erster Linie einem anderen Land gehört.

Hamburgs SPD-Bürgermeister Olaf Scholz war erfüllt von Siegerstolz: Mit der neuen Regelung zur Staatsbürgerschaft könnten nun 98 Prozent derer, die bislang der Optionspflicht unterlagen, den deutschen Pass auch ohne Aufgabe ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit erlangen.

Damit ist die Optionspflicht praktisch tot und der „Doppelpass“ die neue Regel. Die alte Regelung aus dem Jahre 2000 sah vor, dass Kinder von Nicht-EU-Ausländern bis zum vollendeten 23. Lebensjahr beide Nationalitäten erhielten. Dann spätestens mussten sie wählen, ob sie die deutsche oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten wollten. Gaben sie die ihrer Eltern nicht auf, erlosch die deutsche automatisch.

2002 hatte die SPD die Bundestagswahl nur deshalb knapp gewonnen, weil sie laut Analysen bei Neubürgern ausländischer Herkunft vorne lag. Seitdem ringen die Sozialdemokraten besonders eifrig um eine möglichst großzügige Vergabe des deutschen Passes auch an solche Menschen, die sich eigentlich immer noch eher dem Land ihrer Väter verbunden fühlen als Deutschland, weshalb sie unbedingt die Staatsbürgerschaft der Eltern behalten wollen, obschon sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Letztlich hat die SPD, mit kräftiger Unterstützung von Grünen und Linken, die deutsche Staatsbürgerschaft massiv entwertet und Menschen die Staatsbürgerrechte verliehen, die keinen Hehl daraus machen, dass ihre erste Loyalität einem anderen Land gilt. CDU und CSU haben dies nun mitgetragen, ganz entgegen ihrer bisherigen Position.

> Dass »Doppelpass« der Integration dient, ist nicht belegt

Als Sieg kann dies auch der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan verbuchen. Denn hauptsächlich geht es bei der Debatte um Türken. Der radikale Nationalist Erdogan versucht ohne jede Zurückhaltung, Türken in Deutschland von Assimilation abzuhalten, um sie als fünfte Kolonne für türkische Interessen einzuspannen. Dies macht er bei Auftritten in Deutschland immer wieder lautstark deutlich – unter dem tosenden Beifall zehntausender, türkische Fahnen schwenkender Anhänger.

Die SPD verfährt, nun auch mit Unterstützung der Parteien von Angela Merkel und Horst Seehofer, nach dem Brechtschen Diktum, dass sich die Regierung ein neues Volk wählen soll, wenn ihr das alte zu unbequem wird. Das Argument, die Öffnung zum „Doppelpass“ diene der „Integration“, ist nur vorgeschoben und durch nichts belegt.

Bei den Deutschen ist der „Doppelpass“ heftig umstritten. Doch sie sehen sich einer Front aus türkischen Nationalisten und deutschen Parteien gegenüber. In einer nationalen Frage ersten Ranges haben sie keinen Fürsprecher mehr im Bundestag. Für eine Demokratie ist dies eine bemerkenswerte Konstellation. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Aus dem Takt

Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Diese Weisheit bewahrheitet sich zweimal im Jahr, wenn wir unsere Uhren umstellen. Vor 34 Jahren aus energiepolitischen Gründen in Deutschland eingeführt, ist die Mär vom Nutzen der Sommerzeit längst wissenschaftlich widerlegt. Was aber noch viel schlimmer ist: Für viele gerät die Zeit aus den Fugen, denn die innere Uhr lässt sich nicht so einfach umstellen. Sie sind aus dem Takt. Die Zeitumstellung erhöht das Risiko von Unfällen, Herzinfarkten und Selbsttötungen. Die Langzeitanalyse einer Krankenkasse hat ergeben, dass die Zahl der Herzinfarkte in den ersten drei Tagen nach der Umstellung signifikant steigt.

Die Sommerzeit ist also nicht nur Unfug, sondern gefährlicher Unfug. Und an ihr bewahrheitet sich eine weitere Weisheit, nämlich die, dass die Politik ohne Rücksicht auf Verluste durchzieht, was sie einmal beschlossen hat. Es wird niemanden verwundern, dass die EU, die sich der Gleichschaltung aller Lebensbereiche der EU-Bürger verschrieben hat, auch die unterschiedlichen Sommerzeitregeln im Jahre 1967 per Richtlinie vereinheitlicht hat. Aus Brüssel ist also keine Hilfe für die von der Zeitumstellung Geplagten zu erwarten. Dabei hätten die ach so gesundheitsbewussten Fürsorger, die gegen Zigarettenrauch kämpfen und den biologischen Anbau fördern, hier eine Möglichkeit, wirklich etwas für die Volksgesundheit zu tun. Vielleicht finden doch noch Politiker die Courage, den einst gemachten Fehler zuzugeben und für die Abschaffung der Sommerzeit zu streiten. Ob in Berlin oder Brüssel ist egal. Hauptsache, die Uhr wird im doppelten Wortsinn zurückgedreht.

Nicht ohne Gefahr

Deutsches Kriegsschiff sichert Vernichtung syrischer Kampfstoffe ab

Das Versprechen der Bundesregierung, die Vernichtung des syrischen Chemiewaffenarsenals „zu unterstützen“, nimmt Gestalt an – und mündet in einen weiteren Einsatz der Bundeswehr. Die deutsche Fregatte „Augsburg“ soll die Unbrauchbarmachung der Kampfstoffe militärisch absichern. Das hat das Bundeskabinett am vergangenen Mittwoch beschlossen. Die USA beabsichtigen, im Rahmen der UN-Mission zur Vernichtung der syrischen Kampfstoffe diese auf hoher See durch Hydrolyse zu neutralisieren und so für die endgültige Entsorgung vorzubereiten. Zur Absicherung des US-Spezialschiffes „Cape Ray“ wurde die „Augsburg“ bereits aus dem Einsatz- und Ausbildungsverband der Deutschen Marine herausgelöst und wartet in Neapel auf ihren auf mehrere Monate angelegten Einsatz.

Kabinett will ein Bundestagsmandat

Die Mission könnte für die rund 220 Köpfe zählende Besatzung indes nicht so harmlos werden, wie es klingt, weshalb sich die Bundesregierung die Sache noch vom Parlament absegnen lassen will. „Wegen des potenziellen Einsatzes von Verteidigungsmaßnahmen hält die Bundesregierung eine Mandatierung durch den Deutschen Bundestag für erforderlich“, heißt es in einem Brief an die Bundestagsfraktionen. Verteidigungsmaßnahmen setzten einen Angriff voraus, der tatsächlich nicht unwahrscheinlich ist. Immerhin ist es möglich, dass das deutsche Schiff bei seinem Einsatz unter Beschuss genommen wird – von syrischem Militär, Kräften der vollkommen heterogenen, gleichwohl islamistisch dominierten Opposition oder auch von „interessierten Kreisen“, die damit eine Ausweitung des Konflikts provozieren wollen. In jedem Fall würde Deutschland durch einen Angriff auf die Fregatte in den syrischen Bürgerkrieg hineingezogen werden. *J.H.*

Merkel sagt Treffen ab

Wegen Brüssel: Deutsch-russische Konsultationen auf Eis gelegt

Bundekanzlerin Angela Merkel hat die für Ende April geplanten deutsch-russischen Regierungskonsultationen auf höchster Ebene in Leipzig abgesagt. Zwar hatte die Kanzlerin eine mögliche Absage bereits bei einer Pressekonferenz am 21. März in Brüssel angedeutet, die endgültige Entscheidung hatte sie von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängig gemacht.

Damit reiße die Gesprächsfaden zwischen Moskau und Berlin nicht ab, sondern die Konsultationen seien aufgrund der momentan schwierigen Lage auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden, lautet die Information aus dem Bundespresseamt.

Merkel folge mit einem solchen Schritt den Entscheidungen, die zuvor von G7 und Europäischem Rat in Bezug auf Russland getroffen worden seien, erklärte Seibert.

Mehrheit des Volkes gegen Sanktionen

Auf den seit 1998 stattfindenden Konsultationen werden umfassende Fragen zum Bereich der Familien und des Jugendaustausches erörtert, aber in der Vergangenheit wurden auch eine Reihe von Dokumenten unterzeichnet und Vereinbarungen zur Partnerschaft beider Länder getroffen, die sowohl Deutschland als auch Russland Vorteile gebracht haben.

Deutsche Unternehmen wie Siemens oder Wintershall wollen trotz des angespannten Verhältnisses zwischen Moskau und Berlin weiter in Russland investieren. Der russische Minister für Wirtschaftsentwicklung Alexej Uljukajew hofft auf eine weitere Investitionszusammenarbeit mit Deutschland. Und auch die Mehrheit der Deutschen (63 Prozent) ist gegen Wirtschaftssanktionen gegen Russland. 57 Prozent sind sogar gegen einen zukünftigen EU-Beitritt der Ukraine. Ein persönliches Treffen von Merkel und Putin hätte den Interessen der Deutschen Rechnung getragen. *MRK*

MELDUNGEN

Flugzeuge für Zentralafrika

Brüssel – Zum Monatswechsel verkündete die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, dass die zugesagte EU-Militäraktion in Zentralafrika nun endlich beschlossene Sache sei. Bereits vor Monaten hatte die EU der Übergangspräsidentin von Zentralafrika, Catherine Samba-Panza, Soldaten zur Unterstützung bei der Beendigung des Mordens zwischen Muslimen und Christen zugesagt, doch die Krim-Krise hatte das Thema zeitweise von der Tagesordnung verdrängt. Deutschland stellt neben einem Sanitätsflugzeug auch zwei Transportflugzeuge. Diese waren eigentlich für den Rückzug aus Afghanistan vorgesehen und sind von der Ruslan Salis GmbH angemietet, die der Volga-Dnepr Airlines (Russland) und der Antonov Airlines (Ukraine) gehört. *Bel*

Nicht fit für die Zukunft

Berlin – Im Tragfähigkeitsbericht attestiert das Bundesfinanzministerium seinem Chef Wolfgang Schäuble (CDU), dass der Staatshaushalt nur bedingt zukunftsfähig sei. Berücksichtigt man nämlich neben den regulären Ausgaben auch die zukünftigen Kosten infolge der Alterung der Gesellschaft und die somit steigenden Gesundheits- und Pflegekosten, aber auch höhere Ausgaben für Renten und Pensionen, dann müsste der Staat bereits jetzt Geld einsparen und zurücklegen, „um langfristig allen Verbindlichkeiten nachkommen zu können“. Schäuble nahm die Kritik jedoch nicht an und scherzte, dass sich der genannte Milliarden-Anpassungsbedarf nur ergeben würde, wollte man alle Langfristprobleme schon bis zum Jahr 2020 lösen. Es werde also nicht ganz so heiß gegessen wie gekocht. Diese Einschätzung ist insoweit interessant, weil der Tragfähigkeitsbericht noch nicht einmal die rund 160 Milliarden Euro teure Rente mit 63 und die Mütterrente berücksichtigt. *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Zeitbombe Pensionen

Eine Zeitbombe für die Staatsfinanzen stellen die Pensionen der Beamten dar. Nicht nur dass sie vergangenes Jahr mit durchschnittlich 2850 Euro weit mehr als dreimal so hoch lagen wie die Durchschnittsrente mit nur 854 Euro. Die Beamtenruhegelder steigen auch schneller als jene der Arbeiter und Angestellten, und das nicht nur real, sondern auch prozentual. Im vergangenen Jahr lagen die Ruhestandsbezüge bei den Beamten um 170 Euro oder 6,3 Prozent höher als im Vorjahr, bei den anderen um 7,75 Euro oder 0,9 Prozent. Seit 2009 stiegen die Pensionen um 210 Euro, 8 Prozent, die Renten um 30 Euro, 3,6 Prozent. *M.R.*

2.047.157.879.423 €

Vorwoche: 2.033.642.771.925 €
Verschuldung pro Kopf: 25.336 €
Vorwoche: 25.169 €

(Dienstag, 1. April 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ukrainer favorisieren Oligarchen

Schokoladenfabrikant Pjotr Poroschenko hat die besten Chancen auf das Präsidentenamt

Für die Präsidentenwahl in der Ukraine am 25. Mai haben insgesamt 46 Bewerber ihre Kandidatur eingereicht. Die Übergangsregierung hat derweil mit der Umsetzung der vom Westen geforderten Reformen begonnen, doch das Land steht weiterhin vor einer Zerreißprobe. Zwar senden Washington und Moskau versöhnlichere Signale, an ihrer grundsätzlichen Haltung zur Krim-Krise hat sich jedoch nichts geändert.

Alles deutet auf ein Duell zwischen „Schokoladenkönig“ Pjotr Poroschenko und „Gaslady“ Julia Timoschenko hin, nachdem Vitalij Klitschko seine Kandidatur zurückgezogen hat. Klitschko, dessen Umfragewerte zuletzt bei gut zwölf Prozent lagen, will den Süßwarenunternehmer Poroschenko unterstützen, der bei Umfragen mit 29 Prozent führt. Dem 49-Jährigen trauen die Wähler wohl am ehesten zu, mit den schwierigen Problemen des Landes fertig zu werden.

Der Oligarch Poroschenko, den das „Forbes Magazin“ mit seinem Vermögen von 1,6 Milliarden US-Dollar auf Platz sieben der reichsten Ukrainer setzte, kann bereits auf Regierungserfahrung zurückblicken. Der Unterstützer der „Orangenen Revolution“ von 2004 war Außen- und Wirtschaftsminister der Ukraine. Nach einem Wirtschaftsstudium in Kiew erwarb Poroschenko sich Anfang der 90er Jahre einen Ruf als Wirtschafts- und Finanzexperte in verschiedenen Privatunternehmen. Heute besitzt er Anteile der Industrieholding „Ukrprominvest“, die den liberalen Fernsehsender „TV 5“ kontrolliert. Sein Süßwarenunternehmen „Roshen“, das ein auch in Russland beliebtes Konfekt herstellt, brachte ihm die Bezeichnung „Schokoladenkönig“ ein. Mit Ex-Präsident Viktor Juschtschenko ist Poroschenko privat befreundet. Von 2002 bis 2006 unterstützte er dessen Partei „Unsere Ukraine“. Neben Timoschenko wurde er 2005 als Anwärter auf das Amt des Ministerpräsidenten gehandelt, doch nach einem Streit mit der Timoschenko-Regierung zog er sich zunächst ganz zurück. 2009 wurde er ukrainischer Außenminister. Poroschenko, der im Gebiet Odessa aufgewachsen ist, unterscheidet sich von den übrigen Oligarchen dadurch, dass er sich auch für die Benachteiligten der Gesellschaft einsetzt. Über eine von ihm gegründete Wohltätigkeitsstiftung unterstützt er Alte, Kinder und in Not geratene Menschen, kümmert sich um Lehrerweiterbildung, Begabtenförderung und um Waisenkinder.

Mit Poroschenko scheint ein Favorit gefunden zu sein, mit dem der Westen und Russland leben können. Er kündigte an, für Kompromisse auch mit Russland offen zu sein, obwohl er selbst allen Grund hätte, Moskau zu grollen, hatte der Kreml beim Ringen um Einfluss auf die Ukraine in der Vergangenheit doch immer wieder die Einfuhr seines Konfekts nach Russland behindert. Auch sprach sich für eine enge Kooperation mit der Europäischen Union aus.

Das Tauziehen um die Macht in Kiew ist in vollem Gange. Klitschkos Rückzug war ein Streit mit der Übergangsregierung vorausgegangen. Inzwischen wurde ein Drahtzieher des „Rechten Sektors“ erschossen, Verteidigungsminister Igor Tenjuch, der das Amt erst am 27. Februar übernommen hatte, musste wegen seines unentschlossenen Verhaltens während der Krim-Krise seinen Hut nehmen.

> Steinmeier gesteht Fehler in Ukraine-Politik der EU ein

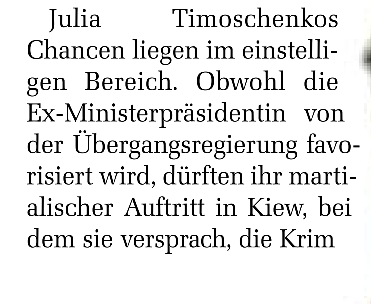
Julia Timoschenkos Chancen liegen im einstelligen Bereich. Obwohl die Ex-Ministerpräsidentin von der Übergangsregierung favorisiert wird, dürften ihr martialischer Auftritt in Kiew, bei dem sie versprach, die Krim zurückzugewinnen und eine schlagkräftige Armee aufzubauen, sowie ihre scharfen Worte gegenüber Präsident Putin und allen Russen in der Ukraine ihre Sympathiewerte geschmälert haben.

Inzwischen überdenken auch EU-Politiker ihre Politik gegenüber den östlichen Nachbarn. Vor dem Nato-Außenministertreffen kamen die Vertreter des sogenannten „Weimarer Dreiecks“, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, sein französischer Amtskollege Laurent Fabius und Polens Außenminister Radoslaw Sikorski, zusammen. Anschließend kündigten sie ein verändertes Konzept der Östlichen Partnerschaft an: „Wir werden unsere östlichen Nachbarn nicht mehr in Entweder-Oder-Entscheidungen drängen.“ Steinmeier gab zu, dass die EU-Politik gegenüber der Ukraine ein Fehler gewesen sei. Nun gehe es darum, die ukrainische Krise abzumildern.

Beim Treffen des US-Außenministers John Kerry mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow ist es zu keinem Durchbruch gekommen. Auch wenn beide Seiten bei der Suche nach einer diplomatischen Lösung versöhnlichere Töne anschlagen, beharren sie auf ihren Positionen. Einig sind sich beide Seiten darüber, dass die Rechte von Minderheiten gestärkt werden sollen und Russland die territoriale Integrität der Ukraine respektieren wird. Doch wie genau diese aussehen soll, darüber gibt es kein Einverständnis.

Lawrow schlug eine Föderation der Regionen vor, da die Ukraine in der Vergangenheit bewiesen habe, dass sie als einheitlicher Staat nicht funktioniere. Die Teile der Föderation könnten weitgehend selbstständig sein und über ihre Finanzen, Wirtschaft, den sozialen Bereich und die Sprache selbst entscheiden. Zudem müsse die Ukraine sich zur Neutralität verpflichten und auf einen Nato-Beitritt verzichten. Kerry kritisierte abermals das Vorgehen der russischen Regierung auf der Krim und forderte eine Verringerung der Truppenstationierungen an der Grenze zur Ukraine. Unbestätigten Meldungen zufolge soll Russland bereits sein Militär an der Ostgrenze zur Ukraine teilweise abgezogen haben.

Eine Föderation der Regionen lehnen sowohl die Übergangsregierung als auch Kandidat Poroschenko als erneuten Versuch Moskaus, die Ukraine zu spalten, ab. Das Parlament setzt auf Unterstützung aus dem Westen: Es hat inzwischen die geforderte Kürzung der Staatsausgaben beschlossen. Vor allem bei den Sozialausgaben wird es harte Einschnitte geben, die das Volk erneut auf die Barrikaden bringen könnten. *M. Rosenthal-Kappi*





Einst Verbündete, heute Gegner: „Gaslady“ Julia Timoschenko und „Schokoladenkönig“ Pjotr Poroschenko Bild: pa

Kalter Krieg muss warten

Die Nato ist zu schwach, um Putin wirklich zu beeindrucken

Mit der Krim-Krise geistert ein Relikt aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Politikerreden und Medien: Kalter Krieg. Doch wer heute den Kalten Krieg proklamiert, scheint vergessen zu haben, was das tatsächlich ist. Der von 1945 bis 1989 „geführte“ Kalte Krieg war gekennzeichnet von einer bipolaren Welt, in der sich der Westen und der Osten atomar hochgerüstet gegenüberstanden. An seinem Ende gaben die damals 15 Nato-Staaten im Jahr durchschnittlich 4,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für das Militär aus und verfügten über sechs Millionen Soldaten. Danach hieß es von der Politik, wir seien in Europa nur noch von Freunden umgeben und mögliche Konflikte zudem lange voraussehbar. Die sogenannte Friedensdividende führte zu einer Reduzierung der Wehretats und einer drastischen Verkleinerung der Streitkräfte. Heute haben die nunmehr 28 Nato-Mitglieder lediglich 3,4 Millionen Soldaten und geben nur noch 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dafür aus.

Ein Kalter Krieg gegen Russland lässt sich damit nicht „führen“. Wer ihn dennoch beschwört, ist unglaubwürdig oder er muss aufrüsten. Dafür fehlen den durchweg hoch verschuldeten Bündnispartnern jedoch nicht nur die finanziellen Mittel, auch eine politische Mehrheit ist in weiter Ferne. Die Ankündigung der Nato, angesichts der Krim-Krise ihre Truppen an ihrer Ostgrenze aufmarschieren zu lassen, ist daher nicht viel mehr als ein Rufen im Walde. Das dürfte auch Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen wissen. Ende 1990 hatte die Bundeswehr einen Verteidigungsumfang von 1,3 Millionen Soldaten, darunter 800000 beorderte Reservisten, auf die sie sofort hätte zurückgreifen können. Davon sind 184000 aktive Soldaten zuzüglich knapp 40000 beorderte Reservisten geblieben. Das gesamte deutsche Heer hat heute kaum mehr Kampfpanzer als ein einziges russisches Panzerregiment. „Kleiner, straffer, schlagkräftiger sowie langfristig bezahlbar“, lautet das Motto. Das mag für Streitkräfte taugen, die von Konfliktherd zu Konfliktherd um die Welt geschickt werden, auch wenn die Bundeswehr allein damit bereits die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht hat. Für eine glaubwürdige Position in einem neuen Kalten Krieg müsste Europa tatsächlich „jetzt mehr tun“, wie es der Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und einige Spitzenmilitärs fordern.

> Bündnis hat nur noch 3,4 Millionen Soldaten

Dabei wäre für Deutschland der personelle Aufwuchs der Bundeswehr noch das geringste Problem. Die Wehrpflicht ist nicht abgeschafft, sondern lediglich ausgesetzt, so dass ohne große Umstände wieder zum Pflichtdienst einberufen werden könnte. Doch mit mehr Personal allein wäre das Problem nicht gelöst. Denn die für eine vergrößerte Bundeswehr benötigte Infrastruktur gibt es ebenso nicht mehr wie eine materielle Bevorratung. Kasernen wurden in großem Stil abgerissen, Depots geschlossen, Waffen, Gerät und Ausrüstung verschenkt, verkauft und verschrottet. Experten gehen davon aus, dass es mindestens zehn Jahre dauern würde, die Bundeswehr wieder auf den Stand von Ende des Kalten Krieges zu bringen. Bis dahin muss der Beginn des nächsten wohl warten. *Jan Heitmann*

»Danke Deutschland«

Alevitische Gemeinde feiert Jubiläum

Bundespräsident Joachim Gauck hat das „Newroz“-Frühlingsfest der Alevitischen Gemeinde in Berlin besucht. In seiner Ansprache würdigte er zugleich das 25-jährige Bestehen des alevitischen Verbandes. Die Aleviten hätten viel erreicht und seien als Religionsgemeinschaft anerkannt, sagte Gauck. In neun Bundesländern gebe es mittlerweile regulären alevitischen Religionsunterricht an Grundschulen. Die Aleviten hätten bei uns Rechte erlangt, die ihnen „anderswo“ verwehrt seien, sagte Gauck, ohne ihr Herkunftsland Türkei beim Namen zu nennen.

> In der Türkei diskriminiert

Der Bundesvorsitzende der Alevitischen Gemeinde, Hüseyin Mat, erklärte: „Wir können hier unseren Glauben frei ausüben und erfahren Anerkennung und Würdigung. Ich möchte mich ganz herzlich beim deutschen Staat dafur bedanken: Danke Deutschland!“

Die Alevitische Gemeinde zu Berlin sei die älteste alevitische Organisation außerhalb der Türkei, erklärte deren Vorsitzender Ahmet Taner. Sie sei 1979 einige Monate nach dem Pogrom an Aleviten in der türkischen Kreisstadt Maras als Reaktion auf dieses Verbrechen gegründet worden. In Deutschland sei den Aleviten eine Wertschätzung entgegen gebracht worden, die sie „in dieser Form als Glaubens- und Kulturgemeinschaft nicht kannten“, sagte Taner.

Die stellvertretende Generalsekretärin der Alevitischen Gemeinde Deutschland, Melek Yildiz, betonte: „Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist für uns von unschätzbarem Wert.“ Deutschland sei für viele Aleviten ein „Ort der Freiheit und eine Heimat“. Die Rechte, die sie hier genössen, seien ihnen in ihrem Herkunftsland Türkei bis heute verwehrt. In Deutschland leben 700000 Aleviten.

Beim Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan im Februar hatten die Aleviten eine große Protest-Kundgebung am Brandenburger Tor abgehalten. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel warfen sie Erdogan einen „antidemokratischen und diktatorischen Regierungsstil“ vor. *Michael Leh*

Hauptsache, »wir« sind am Drücker

Von THEO MAASS

Es gibt Ärger in der SPD von Schöneberg-Tempelhof, der Dilek Kolat, Berlins Senatorin für Arbeit, Frauen und Integration, vorsteht. In ihrem Hauptaufgabengebiet „Arbeit" (zum Beispiel Arbeitslose) hört man von ihr wenig. Dafür ist sie in Sachen Feminismus oder wenn es um „Ausländerintegration" geht, immer für forsche Sprüche gut. Da liegt sie durchaus auf einer Wellenlänge mit ihrem Ehemann, dem Türkenlobbyisten Kenan Kolat, der gern über eine angeblich ausländerfeindliche Atmosphäre in Deutschland spricht. Jüngst war Dilek Kolat als „Vermittlerin" bei den Besetzern des Oranienplatzes auffällig geworden, weil sie den meist schon abgelehnten Asylbewerbern Versprechungen gemacht hatte, die der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) aber nicht autorisiert hatte und auch nicht einhalten will.

Nun sind seltsame Dinge über die innerparteiliche Demokratie in ihrem SPD-Verband Schöneberg bekannt geworden. Im Ortsverein Friedenau beschwert sich Ortsvereinschef Serge Embacher über Manipulationen. Konkret geht es um den Vorwurf gefälschter Wohnanschriften sowie um Wahlbeeinflussung von Mitgliedern. Seine Ehefrau sei sogar bedroht worden. Embacher hat das Parteischiedsgericht angerufen.

Ziel der finsteren Aktionen ist es demnach, die Unterstützer von Frau Kolat in deren SPD-Sprengel zu stärken und ihre Widersacher niederzuhalten. Die geplante Wiederwahl von Frau Kolat zur Kreisvorsitzenden wurde nun verschoben. Embacher hat recherchiert, dass eine Sozialdemokratin gar nicht wahlberechtigt gewesen sei, weil sie nicht im Bereich des Ortsvereins wohne. Interessant: Ihre „Deckadresse" sei identisch mit der von Kolats Büroleiterin.

Aus dem Kolat-Lager wird kolportiert, sämtliche Vorwürfe ständen im Zusammenhang mit der möglichen Wowereit-Nachfolge. Dort steht die Senatorin in Konkurrenz zum Landesvorsitzenden Jan Stöß und dem Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus Raed Saleh. Da Frau Kolat erst 1967 (in der Türkei) geboren wurde, kennt sie möglicherweise den früheren Moderator des „Schwarzen Kanals" aus dem DDR-Fernsehen nicht. Der hatte ein Jahr vor Kolats Geburt einen Propagandafilm über die Rechtfertigung des Mauerbaus gedreht.
Da heißt es: „Ist die Macht in guten Händen – ist es eine gute Politik. Ist die Macht in schlechten Händen – ist es eine schlechte Politik."

Auf diesen Pfad hat sich, wenn die Vorwürfe stimmen sollten, auch Dilek Kolat begeben: Regeln? Demokratischer Anstand? Egal! Hauptsache, „wir" sind am Drücker.

Die CDU verpasst ihre Chance

Berlins Union nutzt die Krise der SPD nicht – und lässt sich sogar noch vorführen



Präsent bei öffentlichen Auftritten, doch politisch kaum spürbar: Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) auf der Internationalen Funkausstellung 2013

Bild: action press

Nach beinahe 13 Jahren im Amt gilt der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) 44 Prozent der Berliner als Auslaufmodell. Mit einer nun angelaufenen Initiative zur Abwahl Wowereits tut sich für die Berliner CDU eine große Chance auf. Dass diese auch genutzt wird, ist keineswegs sicher.

Sowohl der Berliner CDU-Landeschef Frank Henkel als auch ein Großteil seiner Partei erwecken nämlich mittlerweile den Eindruck, als seien sie von einer Art politischer Beißhemmung gelähmt. Henkel sitzt als Innensenator mit in Wowereits Regierung und fügt sich als Juniorpartner bislang brav der Koalitionsdisziplin, egal was Wowereit verbockt.

Wowereit hingegen sieht offenbar keinen Grund, auf die CDU Rücksicht zu nehmen. In Sachen des illegalen „Flüchtlingslagers" auf dem Kreuzberger Oranienplatz hat Wowereit seinen Innensenator sogar mehrmals auflaufen lassen. Tatenlos hat Berlins „Regierender" etwa zugesehen, wie die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Grüne), den Innensenator Henkel in Sachen Räumung des okkupierten Oranienplatzes wiederholt vorgeführt hat.

In dieses Bild passt ein Bericht der „Berliner Morgenpost". Dem zufolge soll Wowereit Anfang Dezember in kleiner Runde gelästert haben, nun müsse „Frankie Boy" mal zeigen, wie er das Zeltlager räumen wolle. Solche Kröten hat Henkel bisher ohne hörbaren Widerstand geschluckt. Auf bürgerliche Wähler dürfte dieses kleinlaute Agieren allerdings langfristig fatale Folgen haben. Zumal auch die übrige Bilanz des Innensenators nicht allzu berauschend ausfällt. Berlin wird von einer Welle von Wohnungseinbrüchen und Taschendiebstählen heimgesucht. Und in den öffentlichen Verkehrsmitteln kommt es mittlerweile mit schockierender Regelmäßigkeit zu schweren Gewalttaten. Der Gedanke, sich trotz der Koalition mit der SPD von Wowereits Katastrophen-Politik eindeutig abzugrenzen, scheint dem CDU-Chef bisher ebenso wenig gekommen zu sein wie seiner Partei.

> Volksbegehren soll Pannenbürgermeister Wowereit stürzen

Wie eine solche Doppelstrategie funktionieren könnte, macht der Kreuzberger CDU-Politiker Kurt Wansner deutlich. Er schert sich nicht darum, dass seine Partei mit in der Regierung sitzt, sondern gibt in Sachen Oranienplatz regelmäßig Kontra und spricht die Missstände offen an. Inzwischen ist Wansner damit ins Visier von gewaltbereiten Linksextremisten geraten, die einen Anschlag auf sein Bürgerbüro verübt haben.

Bezeichnenderweise war es der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß, der sich medienwirksam hinter den angegriffenen CDU-Politiker und den ebenfalls gefährdeten „BZ"-Kolumnisten Gunnar Schupelius stellte. „Das sind SA-Methoden", so Stöß nach dem Brandanschlag auf Schupelius' Auto (siehe *PAZ* Nr. 13). Auf ähnlich deutliche Worte von der Spitze der Berliner CDU warteten bürgerliche Wähler bislang vergebens.

Tatsächlich ist es nicht nur Henkel allein, sondern ein Großteil der Berliner CDU, der nach Jahren in der Opposition den Eindruck erweckt, einfach nur froh zu sein, endlich einmal wieder am Regierungstisch sitzen zu dürfen. An die sprichwörtlichen „grauen Mäuse" erinnern etwa Henkels Parteifreunde auf der Regierungsbank Justizsenator Thomas Heilman und Gesundheitssenator Mario Czaja. Bislang agieren die beiden CDU-Politiker so farblos und leise, dass sie von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen werden. Noch größere Schwierigkeiten dürfte es vielen Berlinern bereiten, wenn man sie nach den Namen des Berliner CDU-Generalsekretärs oder des CDU-Fraktionsvorsitzenden fragen würde. Dass kaum einem Wähler die passenden Namen, Florian Graf und Kai Wegner, geläufig sind, kann als symptomatisch gelten. Personell ist die Hauptstadt-CDU regelrecht ausgebrannt. Der Landesverband selbst bringt kaum brauchbare Nachwuchstalente hervor. Der Versuch, zugkräftiges Spitzenpersonal von außen in die Stadt zu holen, hat sich bisher ebenso wenig als durchschlagender Erfolg erwiesen.

Welche Probleme die Christdemokraten damit haben, hochrangige Posten mit geeigneten Leuten zu besetzen, wird am Beispiel der Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer (CDU) deutlich. Schon bei ihrer Berufung wegen ihrer beruflichen Vergangenheit als Lobbyistin der Pharma-Industrie stark umstritten, sorgt Yzer nun erneut für Schlagzeilen, welche die CDU eigentlich nicht gebrauchen kann. Mit einer rechtlich äußerst mageren Begründung hat Yzer vor Kurzem den bewährten Chef der landeseigenen Investitionsbank Berlin (IBB), Ulrich Kissing, gefeuert. Inzwischen regt sich unter einflussreichen Berliner Wirtschaftsvertretern Unmut über den Stil der Senatorin. „So geht kein Eigentümer mit seinen Führungskräften um", kommentiert ein Unternehmer das Agieren der Senatorin. Gemünzt ist dies nicht nur darauf, dass Yzer den als äußerst akkurat geltenden Banker aus nichtigem Anlass fristlos rausgeworfen hat. Zweifel an der Wirtschaftssenatorin wurden schon laut, als sie sich mit der erfolgreichen Führung der landeseigenen Messegesellschaft anlegte.

Vorerst wird der CDU-Landeschef Henkel wohl an Yzer festhalten müssen: Ein Auswechseln käme dem Eingeständnis gleich, bei der Besetzung des Postens gleich zweimal danebengegriffen zu haben. Auf dem Posten gescheitert war bereits Yzers Vorgängerin, Sybille von Obernitz, die im September 2012 entnervt die Brocken als Wirtschaftssenatorin hingeschmissen hatte. *Norman Hanert*

Verbrechen: Zahlen geschönt

Geheime Dienstanweisung für Brandenburger Polizei aufgetaucht

Nach Recherchen des Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) ist die von Brandenburgs Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) erst vor Kurzem vorgelegte Kriminalitätsstatistik, laut der die Aufklärungsquote mit 54 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt, geschönt. Einem Bericht von „Klartext", dem politischen Magazin im RBB-Fernsehen, zufolge gehen Kriminalbeamte davon aus, dass die tatsächliche Aufklärungsquote ohne statistische Tricks lediglich rund 40 Prozent beträgt. Der Polizeiführung wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, eine vom Bundeskriminalamt (BKA) herausgegebene Richtlinie zur polizeilichen Kriminalstatistik nicht ordnungsgemäß angewandt zu haben.

Wie wenig den Brandenburger Zahlen zu trauen ist, zeigt eine geheime Dienstanweisung aus der Polizei-Direktion West mit Sitz in Brandenburg/Havel, die nunmehr ans Licht kam. Danach sind die Polizisten gehalten, bei mehreren Autoeinbrüchen und Diebstählen in ein und demselben Straßenzug an einem Tag nur eine Anzeige aufzunehmen. „Ich weise hiermit an, dass nur eine Anzeige aufzunehmen ist, wenn alles während einer Nacht oder eines Tages, in Sichtweite und in einer Straße oder Parkplatz passiert", so die Anweisung wörtlich.

> Etliche Taten werden in einer Anzeige zusammengefasst

Ebenso bemerkenswert ist ein vom RBB präsentiertes Extrembeispiel: Einem auf frischer Tat erwischten Fahrraddieb wurden in der Statistik 100 Delikte zugeordnet. Zumindest auf dem Papier lag die Aufklärungsquote für diese Fälle damit bei 100 Prozent.

Derlei Trickssereien im Polizeialltag haben gleich mehrere Folgen. Zum einen entsteht der Eindruck, die Kriminalität sei in Brandenburg gar nicht so gravierend, wie die Bevölkerung sie im eigenen Erleben wahrnimmt. Zum anderen steigt mit der Reduzierung der Zahl der erfassten Fälle statistisch gesehen die Aufklärungsquote.

Angesichts des nun im Raum stehenden Vorwurfs, dass die Polizeistatistik auf Anweisung von oben manipuliert wird, stellt sich die Frage, wie groß das Problem von Wohnungseinbrüchen durch osteuropäische Banden in Brandenburg tatsächlich ist. Selbst laut der nun kritisierten Kriminalitätsstatistik wurde 2013 ein neuer Negativrekord erreicht. Nach Innenminister Holzschuher ist vor allem das zu Brandenburg gehörende Berliner Umland betroffen, wo verstärkt Banden von moldawischen Tätern aktiv sind. *N.H.*

»Schlicht kriminell«

Anschlag auf CDU-Bürgerbüro

Schon die Einweihung seines Bürgerbüros vor zwei Wochen konnte nur unter Polizeischutz durchgeführt werden. Um dem CDU-Abgeordneten Klaus Wansner klar zu machen, dass sie seine Anwesenheit in Kreuzberg-Friedrichshain nicht dulden werden, haben linksextreme Gewalttäter kurz darauf die Fassade des Gebäudes beschädigt und ein Schild heruntergerissen. In einem auf der linken Internetplattform „linksunten.indymedia" veröffentlichten Bekennerschreiben erteilen die Täter dem Abgeordneten quasi ein Betretungsverbot für seinen eigenen Wahlkreis: „Kreuzberg-Friedrichshain und weitere Bezirke und Stadtteile von Berlin erklären wir mit Wirkung von 25.03.2014 12:00 Uhr zu einem Nicht-Geh-Gebiet für Hetzer wie Wansner oder Rechtsabweichler wie Jan Stöß." Letzterer ist Berliner SPD-Chef und tritt wie Wansner dafür ein, dass alle Flüchtlinge nach dem deutschen Asylrecht gleich behandelt und die Gesetze konsequent eingehalten werden.

> Grund: Haltung in Sachen Oranienplatz

Die Polizei sieht die beiden Politiker nicht unmittelbar gefährdet, allerdings hat sie Wansner geraten, sein Auto nicht mehr direkt vor seinem Privathaus abzustellen und den Oranienplatz zu seiner eigenen Sicherheit nicht mehr zu betreten. Mit Stöß hat das Landeskriminalamt die Sache in einem sogenannten Sensibilisierungsgespräch erörtert. Einschüchtern lassen wollen sich Wansner und Stöß durch die Drohungen nicht. Der rot-schwarze Senat ließ unterdessen erklären, „Gewaltandrohung und Gewalt in jeder Form" hätten mit „Politik nichts zu tun" und der Vorgang sei „schlicht kriminell". *J.H.*

Garnisonkirche im Visier

Erst im zweiten Anlauf konnte die Initiative „Potsdam ohne Garnisonkirche" am 20. März eine Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gegen den Wiederaufbau der traditionsreichen Potsdamer Kirche beginnen.

Eine von der Bürgerinitiative zunächst eingereichte Fragestellung zum Austritt Potsdams aus der kirchlichen Aufbau-Stiftung hatte die Stadtverwaltung als rechtlich unsauber zurückgewiesen. Als einer der Stifter könne die Stadt nicht aus der Stiftung austreten, so die Begründung. Inzwischen wurde aber die Fragestellung akzeptiert, ob die Stadt Potsdam alle „rechtlich zulässigen Möglichkeiten" zur Auflösung der Stiftung Garnisonkirche nutzen soll.

Innerhalb eines Jahres müssen nun rund 13 500 gültige Unterschriften gesammelt werden, damit sich die Stadtverordnetenversammlung mit dem Thema befasst. Lehnt diese ab, kann ein Bürgerentscheid folgen, dessen Ergebnis verbindlich wäre. *N.H.*

Ungeliebtes Schmuddelkind

Verfassungsschutz ist im Rahmen der NSU-Affäre zu Unrecht in die Kritik geraten

Im Rahmen der NSU-Affäre ist der deutsche Verfassungsschutz in Verruf geraten. Jetzt hat Innenminister Thomas de Maiziére eine Reform angekündigt, die eine stärkere Zentralisierung der Aufgaben weg von den Landesämtern hin zum Bundesverfassungsschutz vorsieht. Doch diese Reform behebt nicht die Missverständnisse, die Politik und Medien mit der Arbeit des Verfassungsschutzes verbinden.

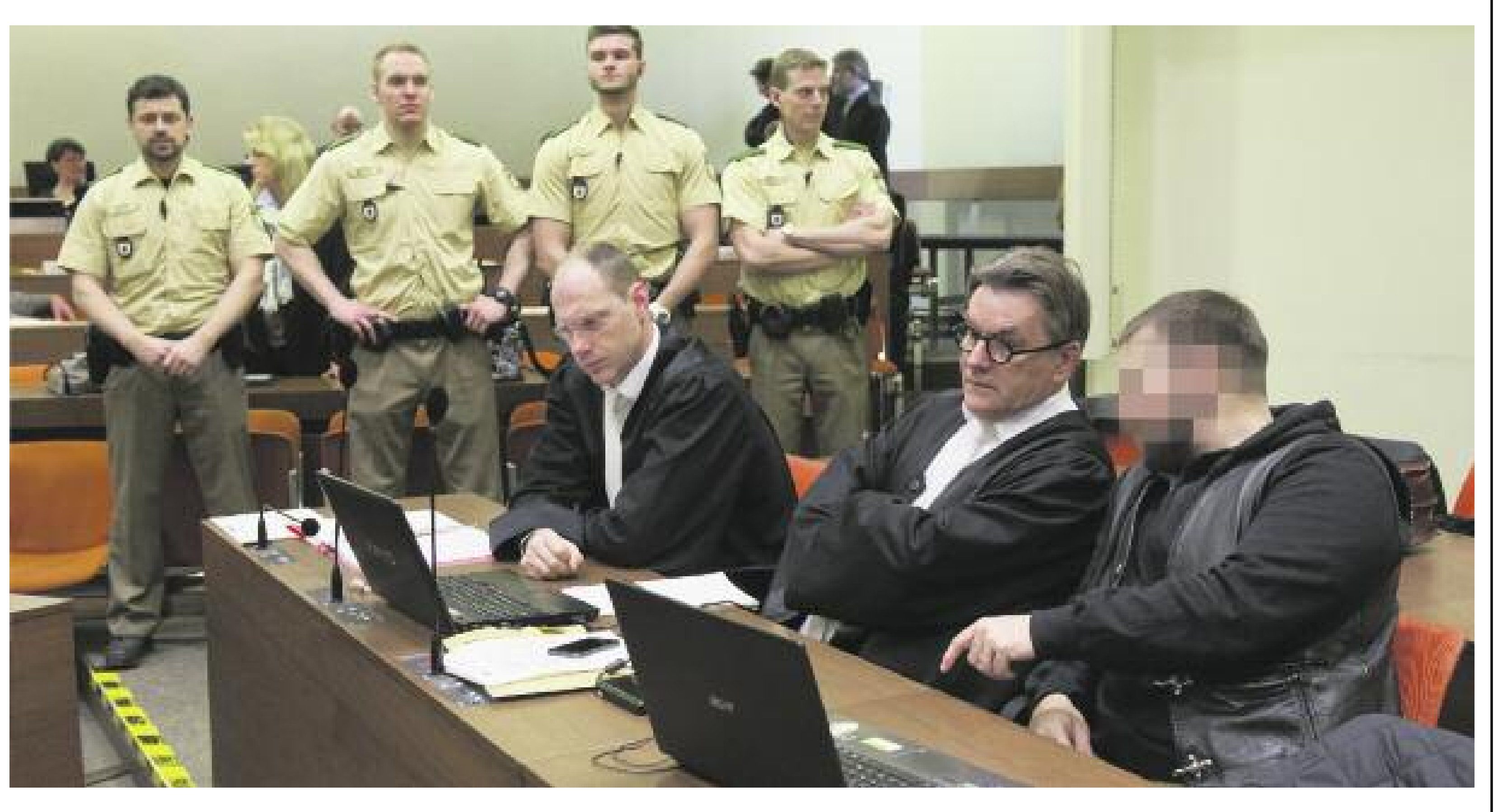
Statt von einem Verfassungsschutzskandal ließe sich im Zusammenhang mit dem Komplex NSU sehr viel eher von einem Medienskandal sprechen, der auf mangelhafter Kenntnis der Aufgaben, Arbeitsmethoden und gesetzlichen Grundlagen des Verfassungsschutzes beruht. So ist der Verfassungsschutz keine Strafverfolgungsbehörde, sondern ein Organ zur Sammlung innenpolitisch relevanter Informationen. Ab dem Abtauchen in die Illegalität waren die NSU-Mitglieder jedoch flüchtige Kriminelle, für die allein die Polizei zuständig ist. Selbst wenn die Mitglieder des NSU im Bundesamt für Verfassungsschutz aufgetaucht wären, hätte man dort nach einem Streifenwagen zwecks Verhaftung telefonieren müssen.

Die in der Presse häufig kritisierten „Vernichtungsorgien“ von Akten über den NSU nach dem Tod der beiden Bankräuber sind leicht zu erklären, wenn man um die nicht praktikablen Aktenführungsregeln des Verfassungsschutzes weiß. Im Interesse des Datenschutzes sind alle personenbezogenen Akten zu vernichten, an denen in den letzten fünf Jahren nicht gearbeitet wurde. Folglich fürchtete man beim Verfassungsschutz von der Presse kritisiert zu werden, weil die erst jetzt vernichteten Akten eigentlich schon lange in den Schredder gehört hätten. Zum Leidwesen des Verfassungsschutzes freute sich die Presse diesmal ausnahmsweise nicht darüber, dass personenbezogene Akten – wenn auch viel zu spät – der Vernichtung anheimfielen. Die Rücktritte hoher Verfassungsschützer sind unverständlich, es sei denn, diese Beamten begriffen, dass man seitens der Politik Sündenböcke benötigen werde, und übten vorauseilenden Gehorsam.

> Der Geheimdienst ist nicht für abgetauchte Kriminelle zuständig

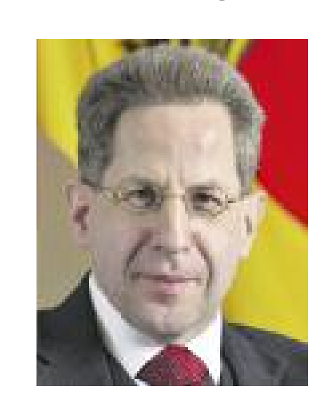
Ähnlich steht es um die vielen „anrüchigen“ V-Leute, die der Verfassungsschutz immer wieder gemäß Pressemeinung besolden würde, anstatt Informanten mit den moralischen Qualitäten einer Mutter Theresa anzuwerben. Der Verfassungsschutz ist nun einmal ein Informationsorgan und muss dort „Quellen“ werben, wo man an brisante Informationen gelangt. Folglich sind die besten Informanten böse Buben oder Mädchen und nicht etwa ein inkognito ermittelnder Verfassungsschutzbeamter. Letzteren könnte man schon allein deshalb nicht in die „Szene“ einschleusen, weil ihm als Beamten bei etwaigen Aufnahmeritualen die Begehung „szenetypischer“ Straftaten nicht gestattet ist.

So ist und bleibt der Verfassungsschutz für die Politik oft nur ein ungeliebtes Schmuddelkind, das in Zeiten von Not und Affären einen brauchbaren Watschenmann abgibt. Auch gilt beim Verfassungsschutz die alte Regel: Je röter beziehungsweiser grüner eine Landesregierung, desto kleiner und unwirksamer ist das jeweilige Landesamt. Will man den Verfassungsschutz also wirklich reformieren, müsste man seine zwei grundlegenden Geburtsfehler abstellen, mit denen ihn die damaligen Besatzungsmächte ganz bewusst ins Leben treten ließen. Der Verfassungsschutz müsste einerseits bundesweit zentral anstatt föderal organisiert werden und andererseits als „Politische Polizei“, wie im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik, über nachrichtendienstliche und polizeiliche Kompetenzen verfügen. Letzteres scheut man in Deutschland wie der Teufel das Weihwasser. *J. W. Schmidt*



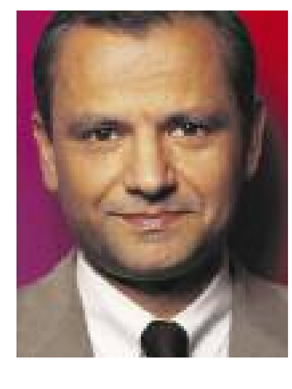
Stoff für Debatten: Unter den zum Teil selbst rechtsextremer Taten bezichtigten Zeugen und Angeklagten im NSU-Prozess befinden sich auch ehemalige V-Leute des Verfassungsschutzes Bild: pa

Zeitzeugen



Hans-Georg Maaßen – Der promovierte Jurist (Jahrgang 1962) war ab 2008 im Bundesinnenministerium für die Terrorismusbekämpfung zuständig. Am 1. August 2012 löste er den wegen der NSU-Affäre entnervt zurückgetretenen Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm ab. Doch auch Maaßen erntete bereits nach kurzer Amtsführung heftige öffentliche Kritik, weil er, offenbar unter Druck des Kanzleramtes, die NSA-Affäre kleinzureden suchte.

Helmut Roewer – Der Jurist und Publizist (*1950) hatte sich im Bundesministerium des Innern jahrelang mit Fragen des Verfassungsschutzes befasst, bevor er von 1994 bis 2000 mit unkonventionellen Methoden das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen leitete. Im Zuge der NSU-Affäre zum „Watschenmann“ gemacht, holte er mit dem Buch „Nur für den Dienstgebrauch. Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands“ zum Gegenschlag aus.



Sebastian Edathy – Der ehemalige Leiter des NSU-Untersuchungsausschusses profilierte sich 2013 als Chefkritiker am Verfassungsschutz und bezichtigte die Behörden eines wahrhaft „beschämenden Versagens“. Derselbe Vorwurf wird nun in der Edathy-Affäre erhoben. Als „Beifang“ der Haussuchung fielen den Ermittlern vertrauliche NSU-Ermittlungsunterlagen in die Hände.

Ulrich Schmücker – Der Student (1951–1974) wurde vom Berliner Landesamt für Verfassungsschutz als V-Mann angeworben. Nach der Enttarnung ermordeten ihn Linksradikale im Westberliner Grunewald. Weil der Verfassungsschutz die Aufklärung behinderte, gelang es trotz vier Gerichtsprozessen nicht, die linksradikalen Mörder zu verurteilen. Die „Schmücker-Affäre“ gilt heute als ein Trauerspiel des Rechtsstaates.



Otto John – Der Doktor der Rechtswissenschaften (1909–1997) stand 1950 bis 1954 als Präsident an der Spitze des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er sorgte mit seinem Überlaufen nach Ostberlin für den ersten großen Verfassungsschutzskandal. Später in den Westen zurückgekehrt, gewährte ihm Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1986 eine Gnadenrente von 4200 D-Mark monatlich.

Pleiten, Pech und Pannen

Spätestens seit der NSU-Affäre denkt man bei dem Wort „Verfassungsschutz“ gleich an Pleiten, Pech und Pannen. Doch lagen diese vor Jahrzehnten meistens auf dem Gebiet der Spionageabwehr. Etwa, als man gestützt auf Angaben eines DDR-Geheimdienstüberläufers 1953 30 angebliche Wirtschaftsspione verhaften ließ, die sich fast alle später als unschuldig erwiesen. Oder aber, als 1954 der erste Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Otto John, und 1985 der BfV-Gruppenleiter für Spionageabwehr gegen die DDR, Hansjoachim Tiedge, ausgerechnet in der DDR Unterschlupf suchten.

> DDR als Unterschlupf

Heute werden dem Verfassungsschutz periodisch fällige Skandale auf anderen Arbeitsgebieten zugeschrieben. So bescheinigte der Leiter des NSU-Untersuchungsausschuss Sebastian Edathy 2013 dem Verfassungsschutz und anderen deutschen Sicherheitsbehörden gleich ein „multiples Versagen“.

Ein derartiges Versagen will der neue niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) künftig vermeiden. Er versetzte im März 2013 seinen Verfassungsschutzchef Hans-Werner Wargel, einen altgedienten vormaligen Polizisten, in den einstweiligen Ruhestand. Ihn ersetzte die bisherige Pressesprecherin des niedersächsischen Verfassungsschutzes Maren Brandenburger, zu deren Vorzügen außer dem SPD-Mitgliedsbuch ein Politologiestudium nebst Abschlussarbeit über das Stasi-Unterlagengesetz gehört. Brandenburger kündigte sofort an, dem „Kampf gegen Rechts“ wie auch der Analysetätigkeit größere Aufmerksamkeit widmen zu wollen. Bislang sind noch keine Erfolgsmeldungen aus Niedersachsen ertönt, doch gab es auch keine Skandale. *J.W.S.*

Auf einem Auge blind

Linksextremismusbekämpfung spielt kaum eine Rolle

Im Bundesamt für Verfassungsschutz befasst sich eine ganze Abteilung, die „Abteilung 2“, mit dem Rechtextremismus. Dagegen ist die „Abteilung 5“ für den Ausländer- und Linksextremismus zugleich zuständig.

In den Landesämtern für Verfassungsschutz geht es ähnlich unausgewogen zu, wie 2009 die damalige Brandenburger Verfassungsschutzchefin Winfriede Schreiber verriet. In ihrem Landesamt für Verfassungsschutz waren von 126 Mitarbeitern 50 Prozent mit dem „Kampf gegen Rechts“ und weitere 25 Prozent mit der Bekämpfung des Islamismus beschäftigt. Mit Spionageabwehr, den vielen zeitaufwendigen Sicherheitsüberprüfungen und dem Linksextremismus beschäftigt sich das verbleibende Viertel.

Kein Wunder, dass die Täter, die im Juli 2013 beim Abfackeln von 16 Fahrzeugen in der Kaserne des Havelberger Panzerpionierbataillons einen zweistelligen Millionenschaden verursachten, bis heute nicht gefasst sind. Genauso steht es um die Täter, die am 3. März dieses Jahres einen Farbanschlag auf die Bundesdruckerei in Berlin verübten, sowie jene Linksradikalen, die im Geiste des „antiimperialistischen Kampfes“ seit Jahren den Berliner Nahverkehr und Berliner Datenleitungen sabotieren.

Doch ist diese politische Unausgewogenheit im Kampf gegen den Extremismus sehr wahrscheinlich so gewollt. Bislang erregte man sich im Bundestag höchstens über das Vorhandensein von V-Leuten im Bereich der linken Szene, doch keineswegs darüber, dass es viel zu wenige sind.

> »Kampf gegen Rechts« gilt die Hauptaufmerksamkeit

Dabei ist gerade die Jugendarbeit linksextremistischer Vorfeldorganisationen ein lohnendes Betätigungsfeld für den Verfassungsschutz von Bund und Ländern. Dort wird der Aktivitätsdrang und das idealistische Gerechtigkeitsstreben von Jugendlichen für deren Indoktrinierung schamlos ausgenutzt. Die weitere Radikalisierung erfolgt in informellen Gruppen wie der „Jugendantifa“ oder bei den in den Medien stets als „Gegendemonstranten“ verharmlosten „Autonomen“.

Doch hat der allgegenwärtige „Kampf gegen Rechts“ jede Sensibilisierung für die vorhandenen Gefahren von links verhindert. Die baden-württembergische Verfassungsschützerin Bettina Blank wies in einer Studie über „Jugendarbeit von Linksextremisten“ sehr eindeutig auf dieses große Gefahrenpotenzial hin. Doch wer liest schon Studien von Verfassungsschützern?

Und wenn sie sich einmal in der Öffentlichkeit melden wie der Verfassungsschützer Rudolf van Hüllen und der Politikwissenschaftler Harald Bergsdorf mit dem Buch „Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat“ (Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2011), dann werden die Verfasser von interessierter Seite mit sehr kostenaufwendigen Prozessen wegen Verleumdung überzogen. *J.W.S.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2627**

Grüne sagen Verlobung ab

Planspiel Rot-Rot-Grün scheint gescheitert – Ukraine-Position der Partei »Die Linke« ist Auslöser

Im Streit über die Krim-Krise sind Grüne und Linkspartei so heftig aneinandergeraten, dass Planspiele für eine rot-rot-grüne Koalition erst einmal erledigt sein dürften. Stattdessen wächst die Wahrscheinlichkeit einer anderen Farbkombination: Schwarz-Grün.

Ein Brief, den der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Gregor Gysi vergangenen Monat vom sogenannten Netzwerk Berlin, einem Zusammenschluss von über 50 Bundestagsabgeordneten, die parteiintern den Reformern zugerechnet werden, erhalten hat, könnte nichts weniger als das Aus für das Projekt Rot-Rot-Grün markieren. „Nach der Debatte im Bundestag über die Lage in der Ukraine sehen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Grundlage mehr für ein sachliches und ernsthaftes Gespräch“, beschieden die sogenannten Netzwerker Gysi.

Der eisigen Behandlung Gysis als persona non grata war ein seltsames Schauspiel vorausgegangen. Die Opposition, eigentlich dazu da, die Regierung zu kritisieren, war im Bundestag quasi übereinander hergefallen. Während Gysis Stellvertreterin Sahra Wagenknecht Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Unterstützung von ukrainischen Neofaschisten vorwarf, holzten die Grünen Katrin Göring-Eckardt und Reinhard Bütikofer über das Internet mit einer Fotomontage dagegen: „Jetzt neu: Linkspartei erstmals für Auslandseinsätze!“ Zu sehen waren vermummte Kämpfer mit Kalaschnikows, davor Gysi und Wagenknecht.

„R2G“ – so das bereits kreierte Kürzel für Rot-Rot-Grün – scheint damit schon vor dem theoretischen Start ein Auslaufmodell zu sein. Zumindest auf absehbare Zeit scheinen die politischen Vorstellungen unüberbrückbar.

Während im Bundestag die „Linke“ die einzige Partei ist, von der eine grundlegend von der Regierungsposition abweichende Meinung zu EU, Euro-Rettung und Nato zu hören ist, sind die Grünen inzwischen „regierungsfähig“ geworden. Im Klartext verbirgt sich hinter der Floskel nichts anderes, als dass die ehemals pazifistische Partei in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik längst auf die politische Generallinie der etablierten Parteien CDU und SPD eingeschwenkt ist.

Bei näherem Hinsehen kann diese Entwicklung kaum überraschen. Wichtige Schaltstellen bei den Grünen sind mittlerweile mit Personen besetzt, die wenig mit der klassischen Friedens- oder Umweltbewegung am Hut haben, dafür aber fest in US-Lobbyorganisation eingebunden sind. Der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen, Omid Nouripour, ist Mitglied der „Atlantik-Brücke“. Das grüne Urgestein Reinhard Bütikofer sitzt im Kuratorium des Berliner Ablegers des US-amerikanischen Aspen-Instituts. Parteichef Cem Özdemir wiederum hat als Absolvent des „Young Leaders“-Programm, der „Atlantik-Brücke“ auf dieselbe politische Starthilfe gesetzt wie Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU).

Im Establishment zufrieden eingerichtet

Ob die Linkspartei eine derartige Flexibilität – sprich einen solchen Opportunismus – an den Tag legt, wie Grüne und SPD als Eintrittsbillet für eine gemeinsame Koalition anscheinend erwarten, bleibt abzuwarten. Treibt sie es mit dem „regierungsfähig werden“ zu weit, droht ihr die Kernwählerschaft von der Stange zu gehen. Fällt die Linkspartei als Mehrheitsbeschaffer für SPD und Grüne aus, wie es sich angesichts der Krim-Krise nun andeutet, gewinnt eine andere politische Konstellation zunehmend an Wahrscheinlichkeit: eine schwarz-grüne Koalition.

Diese könnte bereits vor der nächsten Bundestagswahl im Jahre 2017 Realität werden. 100 Tage nachdem die Große Koalition ihre Arbeit aufgenommen hat, herrscht bei den Beteiligten Frustration. Unter den Unionsanhängern ist das Gefühl zwar weit verbreitet, im Herbst einen grandiosen Wahlsieg eingefahren zu haben, nun aber reine SPD-Politik serviert zu bekommen. Angeheizt wird die Unzufriedenheit noch durch die Edathy-Affäre, bei der nicht SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, sondern der CSU-Mann Hans-Peter Friedrich den Hut nehmen musste.

Gereiztheit macht sich ebenso bei der SPD breit. Mit Mindestlohn, Mietpreisbremse, „Elterngeld Plus“ und Rentenreform verteilen die Genossen eine vermeintliche Wohltat nach der anderen, bei Umfragen kommt die Partei aber über die 25-Prozent-Marke einfach nicht hinaus. Dazu scheint nach wenigen Wochen gemeinsamer Regierungsarbeit auch das Vertrauen in der Koalition bereits aufgebraucht.

Sollte das schwarz-rote Bündnis vorzeitig zerbrechen und als Folge ein „fliegender Wechsel“ innerhalb der Legislatur erfolgen, droht als Ergebnis eine schwache Nachfolgekoalition. Im Bundestag würden die 63 Sitze, welche die Grünen als Juniorpartner der Union mitbringen würden, zwar allemal für eine schwarz-grüne Mehrheit reichen. Im Bundesrat stark aufgestellt, könnte die SPD allerdings eine Blockadepolitik betreiben und der neuen Koalition damit das Regieren sehr schwer machen. Das Ergebnis wäre ein politischer Stillstand in Deutschland, eine Lage, bei der weder Regierung noch Opposition konstruktiv Politik machen könnten.

Rächen könnte sich dann, dass die beiden von der SPD durchgedrückten Prestigeprojekte Rente mit 63 und Mindestlohn von den wirtschaftlichen Erfolgen der vergangenen Jahre zehren, während sich die ökonomischen Rahmenbedingungen aufgrund der jetzigen Regierungspolitik zusehends verschlechtern. *Norman Hanert*



Bild: Screenshot einer Twitter-Meldung der Grünen-Politikerin Göring-Eckardt

Via Twitter angefeindet: Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt lästerte über das Verständnis der Linkspartei für Russland in Sachen Ukraine und Krim

MELDUNGEN

Gas: USA statt Russland?

Berlin – Die Krise um die Ukraine hat die Abhängigkeit Europas von russischen Öl- und Gaslieferungen ins Blickfeld gerückt. Zwar stammt nur 35 Prozent des in Deutschland verbrauchten Gases aus Russland, im Falle Lettlands, Litauens, Estlands und Finnlands sind es aber 100 Prozent. Doch eine Umstellung auf Gas aus den USA, wie von Angela Merkel vorgeschlagen, sei gleich aus mehreren Gründen nicht sinnvoll, wie Ex-Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) dieser Tage deutlich machte. Wegen der derzeit zu geringen Schiffkapazitäten und der fehlenden Logistik sei daran in den nächsten Jahren nicht zu denken. Zudem könne es nicht sein, dass man aus Angst vor Umweltschäden Fracking in Europa ablehnt, dafür aber ein auf diese Weise gefördertes Gas aus den USA teuer importiert. *Bel*

CDU auf Distanz zu Juncker

Berlin – Während die SPD in ihrem Wahlkampf zum EU-Parlament voll und ganz auf den EU-weiten Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten, Martin Schulz, setzt, wird die CDU mit dem Kandidaten ihrer EVP-Fraktion im EU-Parlament nicht warm. Nicht nur, dass Angela Merkel lange brauchte, bis sich ihre Zustimmung zu Jean-Claude Juncker als Spitzenkandidaten gab, auch soll der Luxemburger im deutschen EU-Wahlkampf nur eine kleine Nebenrolle erhalten. Dieser soll ganz auf den von Merkel geförderten deutschen CDU-Spitzenkandidaten David McAllister abgestimmt sein. Zudem zeigte sich die CDU überhaupt nicht begeistert davon, dass Juncker in einem Streitgespräch mit Schulz im „Spiegel“ sich für die Einführung von Euro-Bonds aussprach, obwohl er weiß, dass die Union sich gegen diese Form der Schuldenvergemeinschaftung ausspricht. *Bel*

Aus für schlechte Noten

NRW: Lehrer meiden wegen Bürokratieauflagen Fünfen und Sechsen

Es sind schwere Vorwürfe, die Lehrer aus Nordrhein-Westfalen erheben. Da es Ziel der Landesregierung sei, dass möglichst keine Schüler mehr sitzen bleiben, würden die Hürden für schlechte Noten an Schulen immer höher geschraubt. „Wir schleppen jetzt Leute durch, die es früher nicht geschafft hätten“, so ein Lehrer in der Tageszeitung „Der Westen“ zu dem Thema Notenvergabe an Schulen. Berichtet wird von einem zunehmenden Rechtfertigungsdruck gegenüber Vorgesetzten, wenn der Zensurendurchschnitt bei Klausuren nicht so gut ausfällt.

In Grundschulen und der Sekundarstufe müssen Lehrer seit Kurzem einen individuellen Förderplan entwickeln, wenn einem Schüler eine Fünf oder Sechs auf dem Zeugnis droht. In der Praxis ist mit der Vorgabe ein beachtlicher Zeitaufwand und viel Bürokratie verbunden. „Da überlegt sich ein Lehrer zweimal, ob er das auf sich nehmen möchte“, so die Einschätzung vom Philologenverband NRW.

Die Folge: Viele Lehrer haben ganz bewusst das Niveau von Klausuren abgesenkt, um sich von vornherein Ärger zu ersparen. Die Klausuren, die er noch vor ein paar Jahren gestellt habe, seien inzwischen ohnehin ungeeignet, da sie für die jetzige Schülergeneration zu schwer seien, so ein Pädagoge.



Bild: action press

Bildungsministerin Löhrmann: Erklärt bessere Noten mit größerer Leistungsbereitschaft

Ins Gesamtbild passt ein Modellversuch, der nun am Willibrord-Gymnasium in Emmerich am Rhein gestartet wird. Auf Antrag der Eltern können Kinder der 7. und 8. Klassen trotz zwei Fünfen im Zeugnis versetzt werden, und das ohne Nachprüfung. Stattdessen sollen die Schüler quasi auf Bewährung im darauffolgenden Halbjahr ein Mangelhaft mindestens in ein Ausreichend verwandeln.

Angesichts dieser Großzügigkeit kann es kaum verwundern, dass die Bildungsministerin von Nordrhein-Westfalen, Sylvia Löhrmann (Grüne), einen Trend zu immer besser werdenden Abiturnoten vermelden konnte. So sollen im Jahr 2011 genau 1000 Schüler ein „Traumabitur“ mit der Bestnote 1,0 hingelegt haben. Die Zunahme der Bestnoten um 120 Prozent innerhalb von nur fünf Jahren führt die Ministerin auf eine gestiegene Leistungsbereitschaft der Abiturienten zurück. Sehr viel wahrscheinlicher als Ursache ist allerdings die geschilderte systematische Absenkung der Anforderungen.

Dafür spricht, dass Nordrhein-Westfalen bei allen Bildungsvergleichen unter Schülern und jungen Erwachsenen regelmäßig hinterherhinkt. Bei einer nationalen Vergleichsstudie des vergangenen Jahres lagen NRW-Schüler der 9. Klasse in Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern sogar ganze zwei Jahre hinter Schülern aus anderen Bundesländern zurück. *N.H.*

Nicht wirklich vermisst

FDP versucht den Neuanfang, aber kaum einer bekommt ihn mit

In den letzten Märztagen schafften es die Liberalen endlich einmal wieder in die Schlagzeilen: „FDP will nicht mehr an der Uhr drehen.“ Ob die Kritik des baden-württembergischen Landesverbandes an der Umstellung auf die Sommerzeit jedoch den großen Vorstoß hin zu einer größeren Wahrnehmung darstellt, ist mehr als fraglich.

Seit die Partei bei der Bundestagswahl 2013 in der außerparlamentarischen Opposition gelandet ist, interessiert sich kaum jemand mehr für sie. Lädt die Partei zur Pressekonferenz, so berichten die wenigen anwesenden Medienvertreter, dass sie sich ziemlich einsam vorkommen. Zwar veröffentlicht die Bundespartei täglich zumeist mehrere Stellungnahmen, doch auch sie finden kaum Verbreitung. „Es ist pure Ideologie, dass beim geplanten allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn nur wenige Ausnahmen vorgesehen sind“, klagt hier beispielsweise FDP-Präsidiumsmitglied Michael Theurer. Allerdings dürften die meisten Deutschen hieraufr fragen, wer bitte Michael Theurer ist. So ist es der Partei nicht gelungen, die nach der schmählichen Wahlniederlage erfolgte personelle Erneuerung publik zu machen. Selbst FDP-Anhängern dürfte es schwer fallen, zu benennen, wer außer Wolfgang Kubicki von den Herren der alten Riege noch in Amt und Würden ist. Immerhin Christian Lindner ist als neuer Parteichef vielen kein Unbekannter, doch auch er ist vergleichsweise selten in den Medien präsent. Immerhin wurde er zur 100-Tage-Bilanz der Großen Koalition befragt, worauf er die schwache Bilanz seiner eigenen Partei in dieser Zeit damit erklärte, dass die Liberalen schließlich eine Partei im Wandel seien. Der neue Kurs stehe „für eine starke Wirtschaft und solide Finanzen, aber in Verbindung mit Bürgerrechten und gesellschaftlicher Sensibilität“, sagte er im Interview mit der „Welt“, ohne darauf einzugehen, was genau hiermit eigentlich gemeint sei.

Liberale wollen auf »gesellschaftliche Sensibilität« setzen

Regelmäßig ermitteln Umfragen, dass es in Deutschland für eine liberale Partei ein Potenzial von 20 Prozent Stimmenanteil gäbe, gleichzeitig erreicht die FDP derzeit nur vier bis fünf Prozent im Bundestrend, bezüglich der EU-Wahl könnten sich sogar nur knapp vier Prozent der Befragten vorstellen, die FDP zu wählen. Doch was auf dem ersten Blick widersprüchlich erscheint, wird verständlich, wenn man sieht, wo die Partei selbst die Ursachen für ihren Rauswurf aus dem Bundestag sieht. So sei man zu sehr als Partei der Elite wahrgenommen worden. Nun wolle man sozialer werden. Allerdings gilt die FDP seit jeher als Vertreter von Apothekern wie Juristen und trotzdem hat sie bei der Bundestagswahl 2009 ganze 14,6 Prozent erlangt, von denen 2013 nur noch 4,8 Prozent übrig waren. Und bei der Kommunalwahl in Bayern Mitte März, einem Zeitpunkt zu dem die Partei doch schon längst ihr neues Profil verkündet hatte, verlor sie erneut viele Mandate.

Und obwohl die Große Koalition der FDP jegliche Chancen bietet, über Kritik an ihr wieder mehr Anhänger an sich zu binden, gelingt das nicht. Die Große Koalition verspiele mit Reformen wie der Rente mit 63 fahrlässig die wirtschaftliche Stärke des Landes, so Lindner und ist damit mit Wirtschaftsverbänden und -vertretern zwar auf einer Linie. Aber selbst die zeigen kein Interesse an einer Wiederbelebung der FDP. *Bel*

MELDUNGEN

Mehr Geld für EU-Beamte

Brüssel – Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, hat das EU-Parlament eine Erhöhung der Gehälter für EU-Mitarbeiter beschlossen. Sogar rückwirkend zum 1. Juli 2012 sollen die Gehälter und Pensionen der EU-Mitarbeiter um 0,8 Prozent steigen. Der Beschluss hat gleich aus mehreren Gründen einen Beigeschmack. Erst im Juli 2013 hatte das EU-Parlament eine Reform des EU-Personalstatuts verabschiedet. Teil des Pakets war ein Verzicht auf Gehaltserhöhungen bis zum Jahr 2014. Obendrein entsteht nun auch noch der Eindruck, dass man im EU-Parlament wenige Wochen vor den EU-Wahlen noch vollendete Tatsachen schaffen wolle, bevor möglicherweise in größerer Zahl EU-kritische Abgeordnete ins Parlament gewählt werden. *N.H.*

Los von Schottland

Edinburg/London – Um eine Facette reicher ist die Diskussion um eine Loslösung Schottlands von England. Wie der „Independent" berichtet, ist dem schottischen Regionalparlament eine Petition von Bewohnern der Atlantikinselgruppen Orkneys, Shetlands und Western Isles (Äußere Hebriden) zugegangen. Gefordert wird darin das Recht, eine Woche nach dem schottischen Unabhängigkeitsreferendum auf den Inseln eine eigene Abstimmung über den künftigen Status abhalten zu dürfen. Befragt werden sollen die insgesamt 70000 Bewohner, ob sich die Inseln vor der Nord- und Westküste Schottlands ihrerseits selbständig machen oder aber bei Großbritannien bleiben sollen. Eine ebenfalls mögliche dritte Variante – ein Beitritt zu Norwegen – findet unter den Bewohnern der Orkneys und Shetlands bisher nur wenig Zuspruch. *N.H.*

Waren deutsche Opfer umsonst?

Ringen um Karzai-Nachfolge: Zukunft Afghanistans völlig ungewiss

Schon Wochen vor der Präsidentschaftswahl in Afghanistan erschütterten Anschläge die Hauptstadt Kabul. Doch noch mehr als die Hoffnung, dass die Wahlen am 5. April vergleichsweise friedlich verlaufen, beschäftigt den Westen die Frage, ob der Sieger der Wahl auch das Bilaterale Sicherheitsabkommen (BSA) zwischen Afghanistan und den USA unterzeichnet.

Die TV-Duelle, die den Afghanen derzeit im Wahlkampf geboten werden, erinnern durchaus an westliche Vorbilder. Gesittet stehen die Spitzenkandidaten an ihren Pulten, im Hintergrund wird die Zeit gestoppt, damit jeder gleich viel Redezeit hat, um sich und sein Wahlprogramm zu präsentieren. Aber das war es dann auch schon fast wieder mit den Ähnlichkeiten. Nur einer der Kandidaten vertritt eine Partei, alle anderen der Spitzenkandidaten repräsentieren Ethnien und Provinzen, offiziell gelten sie als unabhängig, was sie aber nur parteipolitisch betrachtet sind.

Im November schickte die extra zuvor vom scheidenden Präsidenten Hamid Karzai ins Leben gerufene Wahlkommission elf Spitzenkandidaten ins Rennen. Von diesen sind inzwischen nur noch acht geblieben. Einer von denen, die ausschieden, war Kajum Karzai, einer der Brüder des amtierenden Präsidenten, der selbst nicht erneut kandieren darf, da die Verfassung nur zwei Amtszeiten zulässt. Hamid Karzai verkündete Anfang des Jahres, dass er statt seines Bruders seinen Außenminister Zalmay Rassoul unterstütze. Diese Entscheidung war strategisch wohl überlegt, denn Kajum Karzai und Zalmay Rassoul konkurrieren zum Teil um die selben Wähler, würden sich also gegenseitig schwächen, so dass ein anderer Kandidat leichter Mehrheiten erlangen könnte. Da Rassoul die besseren Aussichten hat und zudem offenbar stärker nach den Wünschen des machtbewussten Karzai agiert als dessen Bruder, der gern auch einmal seine eigenen Ziele verfolgt, hat Rassoul schon seinen ersten Sieg erlangt.

Dieser verspricht wie im Grunde alle acht verbliebenen Kandidaten, die Korruption zu bekämpfen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Sicherheitslage zu verbessern. Wie genau diese Wahlversprechen eingelöst werden sollen, sagt jedoch keiner. Dafür kleiden sie ihre Versprechen in schöne Worte. Im Vergleich zur letzten Wahl 2009 haben die Kandidaten in diesem Jahr viel professionellere Kampagnen, die vor allem die äußerst unterschiedlichen Zielgruppen berücksichtigen. Dies ist notwendig, da das Land nicht nur in Stadt- und Landbevölkerung gespalten ist, sondern ethnisch in Paschtunen, Usbeken, Tadschiken und unzählige weitere aufgeteilt ist, die dann wiederum in sich unterschiedlichen Stämmen angehören, die sich selbst untereinander nicht immer einig sind, da es auch unter den führenden Warlords Machtkämpfe gibt.

Den Spagat zwischen Land- und Stadtbevölkerung berücksichtigen die Kandidaten mit der Art ihres Auftretens. Was im TV-Duell der schwarze Anzug ist – fast die Hälfte der 30 Millionen Afghanen hat Fernseh-Empfang, doch das betrifft vor allem die Stadtbevölkerung, da große Teile der Landbevölkerung nicht über den nötigen Stromanschluss verfügt –, ist beim Besuch in der Provinz das weite Traditionsgewand. Die vielen ethnischen Unterschiede sowie traditionelle Macht- und Herrschaftsstrukturen wurden durch die Wahl eines entsprechenden Vize-Präsidentenkandidaten aufzufangen versucht, denn jeder Spitzenkandidat agiert nach US-Vorbild im Doppelpack. Hierbei gingen im Grunde alle Kandidaten umstrittene Kompromisse ein. So versucht der paschtunische Kandidat Ashraf Ghani durch den Usbeken Abdul Rashid Dostum mehrheitsfähig zu werden, obwohl seinem Vize Menschenrechtsvergehen vorgeworfen werden. Der ehemalige Finanzminister war bereits bei der Wahl 2009 angetreten, damals erhielt er mit Anzug, Krawatte und ohne Bart aber nur drei Prozent der Stimmen. Jetzt, mit Dostum an seiner Seite sowie Vollbart, Kaftan, Turban und Gebetskette, gilt er neben Rassoul und Abdullah Abdullah, dem 2009 nach Karzai Zweitplatzierten, als einer der drei Kandidaten, die zusammen rund 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen dürften. Die beiden mit dem besten Ergebnis werden dann einige Wochen später in einer Stichwahl gegeneinander antreten, so denn im ersten Wahlgang nichts Unvorhergesehenes geschieht, wie zum Beispiel massive Unregelmäßigkeiten oder Anschläge. Ende Juni soll dann der Kandidat feststehen, der als Präsident die Zukunft des Landes prägen soll.



Bild: Reuters

Wahlkampf auf Afghanisch: Abdullah Abdullah weiß, dass von ihm in der Provinz Volksnähe verlangt wird

Auf ihn wartet der Westen bereits ungeduldig. Ende des Jahres endet die Mission der Internationale Schutztruppe (Isaf), als deren deutschen Kontingent derzeit noch rund 3000 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stationiert sind, auch wenn deren Abzug bereits läuft. Zwar haben die USA Karzai bereits ein Sicherheitsabkommen vorgelegt, in dem geregelt wird, wie es mit der Stationierung von Nato-Soldaten, der Ausbildung von afghanischen Sicherheitskräften und Ähnlichem ab 2015 weitergehen soll, doch Karzai verweigerte die Unterzeichnung, obwohl der Ältestenrat Loya Dschirga dies bereits genehmigt hat. Zwar haben alle drei Spitzenkandidaten bekundet, grundsätzlich das BSA unterzeichnen zu wollen, allerdings ist noch ungewiss, welche Sonderwünsche sie stellen. Die USA haben schon deutlich gemacht, nicht um jeden Preis in Afghanistan zu bleiben, auch wenn dies zur Folge hätte, dass selbst das Wenige, was bisher erreicht wurde, den auf Rückkehr hoffenden Taliban in die Hände fiele beziehungsweise von ihnen zerstört würde.

Doch im Grunde hat Afghanistan keine wirkliche Wahl. Der Staatshaushalt finanziert sich zu 60 Prozent über Entwicklungsgelder von außen, so etwas wie ein Steuersystem, um eigene Einnahmen zu generieren, gibt es nicht. Der größte Teil des Wachstums stammt zudem aus Tätigkeiten der westlichen Aufbauhelfer. Da jeder zweite Afghane von weniger als umgerechnet einem Euro am Tag lebt, ist das Engagement unverzichtbar. Zudem sorgt die mit Pakistan ungeklärte Grenze immer wieder für Streitigkeiten. Erst vor Kurzem bat Karzai US-Außenminister John Kerry darum, er möge dafür sorgen, dass der US-Verbündete Pakistan nicht ständig islamistischen Taliban-Kämpfern Rückzugsmöglichkeiten böte. Auch hier herrscht also Abhängigkeit von den USA und ihren Partnern.

Rebecca Bellano

Neue Freunde

Riad distanziert sich von Islamisten und USA

Dass gerade Saudi-Arabien zahlreiche militante Muslimorganisationen verbietet, mutet angesichts der bisher in Riad verfolgten Politik geradezu spektakulär an. Eine Anfang vergangenen Monats veröffentlichte Verbotsliste des saudischen Innenministeriums liest sich wie ein „Who is Who" des islamischen Terrors und Fundamentalismus. Außer von al-Kaida und der Muslimbrüderschaft distanziert sich Saudi-Arabien auch von den schlagkräftigsten Teilen der syrischen Dschihadisten: den al-Nusra-Brigaden und der Gruppierung „Islamischer Staat im Irak und in der Levante" (ISIL).



Prinz Salman bin Abdulaziz Al Saud

So erstaunlich das Verbot auf den ersten Blick erscheinen mag, der Schritt ist folgerichtig. Im Haus Saud geht die Angst um, selbst zum nächsten Opfer des „arabischen Frühlings" zu werden. Tief sitzt die Furcht, ein Schicksal zu erleiden, wie es Ägyptens ehemaligem Regierungschef Hosni Mubarak widerfahren ist. Trotz engen und langen Bündnisses mit den USA wurde Mubarak von Washington im Zuge des „arabischen Frühlings" eiskalt fallengelassen.

Außenpolitisch und vor allem in Sicherheitsfragen ist in Riad inzwischen die Abnabelung von der langjährigen „Schutzmacht" USA längst angelaufen. Noch vor Barack Obamas Besuch in China hat der saudische Prinz Salman bin Abdulaziz Al Saud seine Aufwartung in Peking gemacht und China dabei in höchsten Tönen gelobt. Er sei auf ausdrücklichen Befehl des Königs gekommen, um die strategischen Beziehungen zu China zu stärken, so der saudische Kronprinz und Verteidigungsminister Prinz Salman.

Immer enger wird zudem die saudische Kooperation mit Pakistan. Wie die „Financial Times" berichtete, bemüht sich Riad darum, dass Pakistan den Saudis militärisches Personal überlässt. Bis zu 30000 pakistanische Soldaten sollen sowohl die Grenze zum Jemen sichern als auch im Innern Saudi-Arabiens Sicherheitsaufgaben übernehmen. Im Ernstfall dürfte den Pakistanis damit die Aufgabe der Aufstandsbekämpfung zukommen. *N.H.*

Front National als Vorbild

Italien: Politgrößen wollen mit neuer Partei das EU-Parlament mit Anti-EU-Stimmung erobern

Gianni Alemanno hat in diesen Tagen allen Grund zur Freude. Der ehemalige Oberbürgermeister der italienischen Hauptstadt Rom ist ein gefragter Mann. Er hat das geschafft, woran in den vergangenen 25 Jahren unzählige Parteiführer gescheitert sind: Er hat die zerstrittene italienische Rechte geeint. Rückenwind verleihen dem 56-Jährigen die Nachrichten aus Frankreich. Der Vormarsch des Front National unter Marine Le Pen hat innerhalb der italienischen Rechten für Begeisterung gesorgt: „Das ist ein positives Signal für alle Europäer, die aus dem Euro ausscheiden wollen", schrieb Alemanno auf seiner Facebook-Seite. Aktuelle Meinungsumfragen in der Heimat stärken seine Zuversicht.

58 Prozent der Italiener wünschen sich eine Rückkehr zur Lira, 52 Prozent haben angegeben, bei der EU-Wahl im Mai ihre Stimme einer EU-kritischen Liste geben zu wollen. Um dieses Potenzial gibt es nun ein erhebliches Gerangel, denn das italienische Parteiensystem ist wieder einmal mächtig durcheinander gewirbelt worden.

Um die Befindlichkeiten zu verstehen, muss man einen Blick auf das politische Nachkriegs-Italien werfen. Jahrzehntelang regierten Christdemokraten und Sozialisten gemeinsam – gemein waren ihnen auch die Verbindungen zur Mafia. Neben den beiden „Großen" gab es an den Rändern noch die Kommunisten sowie die neofaschistische Sozialbewegung MSI. Als das Land Anfang der 90er Jahre von einem gigantischen Korruptionsskandal erschüttert wurde, zerfiel das etablierte Parteiensystem. Die Kommunisten verschmolzen mit den Resten der Sozialisten zu den Linksdemokraten, die derzeit mit Matteo Renzi den Ministerpräsidenten stellen. Die Nachfolgeorganisationen der Christdemokraten blieben allesamt erfolglos, das bürgerliche Lager wurde von dem Medienunternehmer Silvio Berlusconi gesammelt. Seine Partei „Forza Italia" war von Beginn an auf Bündnispartner angewiesen. Der „Cavaliere" fand sie in Gianfranco Fini, der die neofaschistische MSI in die moderate Alleanza Nazionale (AN) umwandelte, sowie in Umberto Bossi, der mit seiner separatistischen Lega Nord das politische System aufmischte. Gemeinsam hielt man sich über Jahre an der Macht, man stritt und versöhnte sich und machte Berlusconi tatsächlich dreimal zum Ministerpräsidenten.

> EU-Kritiker haben in Italien derzeit gute Karten

Der Hunger nach Macht wurde so groß, dass die AN schließlich in Berlusconis Partei aufging, die sich fortan „Volk der Freiheit" nannte. Doch die politischen, persönlichen und geschäftlichen Ausfälle Berlusconis gipfelten schließlich im Jahr 2013 in einer Haftstraße, seitdem steht der 77-Jährige unter Hausarrest. Zurück bleiben die politischen Trümmer. Das „Volk der Freiheit" hat sich aufgelöst, die verbliebenen Berlusconi-Getreuen haben die „Forza Italia" reaktiviert und Ex-Faschist Gianfranco Fini ist völlig von der Bildfläche verschwunden.

Die Auflösung der AN zugunsten der Berlusconi-Partei haben ihm viele übel genommen, allen voran Gianni Alemanno. Er galt über Jahre als erbittertster Gegenspieler Finis und schaffte es nun, die Anführer aller erdenklichen Abspaltungen an einen Tisch zu bekommen. Herausgekommen ist die Sammlungsbewegung „Fratelli d'Italia – Alleanza Nazionale" (Brüder Italiens – Nationale Allianz), die bei der EU-Wahl im Mai ihre Feuertaufe haben wird. Zum Führungsgremium der Partei gehören neben Alemanno die populäre TV-Journalistin Giorgia Meloni, der ehemalige Verteidigungsminister Ignazio La Russa sowie Guiseppe Cossiga, der Sohn des langjährigen Staatspräsidenten Francesco Cossiga. Zusätzlich gelang es, Francesco Storace, den ehemaligen Regionalpräsidenten von Latium, und dessen Partei „Die Rechte" mit ins Boot zu nehmen. „Mindestens zehn Prozent für Straßburg", hat sich Alemanno als Ziel gesetzt.

Doch die Kräfteverhältnisse sind diffus. Bei der Parlamentswahl vor einem Jahr erzielte der ehemalige Komiker Beppe Grillo mit seiner Protest-Bewegung „Fünf Sterne" aus dem Stand mehr als 20 Prozent. Er gilt als erbitterter EU-Gegner, doch sein persönlicher Stern scheint bereits wieder zu sinken. Zwölf Abgeordnete haben seine Parlamentsfraktion kürzlich verlassen, die Umfragen gehen nach unten. Die föderalistische Lega Nord, die 2009 mehr als zehn Prozent erreichte, steigt dagegen wieder in den Umfragen.

Und Silvio Berlusconi? Dessen neue, alte Partei „Forza Italia" hat angekündigt, einen Anti-Deutschland-Wahlkampf zu führen. Er selbst darf aufgrund einer zweijährigen Ämtersperre nicht antreten. Dafür soll nun seine Tochter Marina ins Rennen gehen. Meinungsforscher geben dieser Konstellation immerhin 20 Prozent: „Mein Name zieht noch immer", resümiert Berlusconi zufrieden.

Peter Entinger

Magere Ernte

Das Höfesterben in der Republik hält an – Mangel an Nachkommen sowie Preisdruck setzen Landwirten zu

Pilot, Astronaut, Feuerwehrmann, Fußballer – davon träumen Kinder, was sie später einmal werden wollen. Bauer will keiner werden. Der Beruf des Landwirts ist schon lange aus der Mode geraten. Kein Wunder, dass das Höfesterben in Deutschland kein Ende nimmt.

Wer mit einem Passagierjet über die Republik fliegt, der kann man nur über die vielen landwirtschaftlich genutzten Flächen staunen. Von oben erscheint die Industrienation Deutschland wie die reinste Agrarnation: Überall grüne Weideflächen, unzählige braune Ackerböden und – in der jetzt nahenden Frühlingszeit – Unmengen gelber Rapswiesen. Tatsächlich besteht rund die Hälfte der Gesamtfläche der Bundesrepublik aus Agrarflächen. Auch wenn laut dem Bauernverband Schleswig-Holstein der deutschen Landwirtschaft täglich mehr als 100 Hektar Fläche durch Versiegelung und Bebauung verloren gehen, so ist das noch kein Anlass zur Sorge, dass wir bald verhungern müssen.

Landet man auf dem Boden der Tatsachen, erkennt man aber, dass auf den Dörfern die Bauern, die diese verbliebenen Agrarflächen bewirtschaften, immer seltener werden. Seit 1991 ist die Zahl der Betriebe um 42,7 Prozent auf 287 500 zurückgegangen. Mit ein Grund dafür ist, dass laut Statistischem Bundesamt zwei Drittel aller Betriebe keinen Hofnachfolger haben. Die Jungen sind nicht bereit, die Arbeit der Alten zu übernehmen. Sofern es denn überhaupt Nachkommen gibt. Der Erfolg von Kuppel-Sendungen im Fernsehen wie „Bauer sucht Frau“ doktert an dem Symptom herum, an dem viele Höfe leiden: Junge Frauen, die doch in erster Linie für Bioprodukte, gesunde Nahrung und Tierliebe einstehen, bringen nicht genügend Idealismus auf, um sieben Tage in der Woche praktisch rund um die Uhr als Ehepartnerin einen landwirtschaftlichen Betrieb mitzuorganisieren, der außer frischer Landluft wenig Gewinn abwirft. Die Folge ist, dass tausende Bauernhöfe pro Jahr aufgegeben werden.

Fährt man durch die Dörfer, so fallen nahezu überall die gut sanierten, wie geleckt aussehenden alten Bauernhäuser auf. Nicht die Bauernfamilien leben darin – die haben den Betrieb längst geschmissen –, sondern eine gut verdienende bürgerliche Mittelschicht, die sich den Traum vom romantischen „Leben im Bauerhaus“ erfüllt. Das bäuerliche Leben selbst wird für die meisten Kleinbauern zusehends zum unromantischen Alptraum.



Glückliche Kühe, armer Bauer? Erst ab 100 Tieren arbeitet ein Hof rentabel

Bild: action press

In der Agrarbranche herrscht ein Verdrängungs- und Kostenwettbewerb, den der Deutsche Bauernverband als „Strukturwandel“ bezeichnet. Mit dem Begriff „LPGisierung“ kommt man der Wahrheit wohl näher. Denn seit der Deutschen Einheit macht sich eine Art Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG), die in der DDR für Massentierhaltung und landwirtschaftliche Monokultur stand, auch im Rest der Republik breit. Immer weniger Großbauern verfügen über immer mehr Land. So halten nur acht Prozent der Betriebe über 50 Prozent der nutzbaren Agrarfläche. Der Kieler Agrarprofessor Claus Hennig-Hanf rechnete aus: „Um heute als Landwirt überleben zu können, sind pro Hof 100 und mehr Kühe oder eine Ackerfläche von 80 bis 100 Hektar erforderlich.“ Berücksichtigt man, dass ein Landwirtschaftsbetrieb im Durchschnitt nur 58 Hektar groß ist, wird schnell deutlich, dass die meisten nicht mehr konkurrenzfähig sein können.

> Immer weniger Bauern produzieren immer mehr

Dank EU können sich diese Kleinbauern noch halten. Denn mehr als 50 Prozent des bäuerlichen Einkommens kommen aus Subventionen. Wir Verbraucher zahlen mit Steuergeldern dafür, dass wir in den Supermärkten preiswerte Eier, Wurst oder Milch verlangen, die nach Möglichkeit auch noch das Biosiegel tragen. Und viele Biohöfe, die gerade einmal fünf Prozent der Agrarflächen bewirtschaften, verdanken ihre Existenz ohnehin nur den hohen Subventionen aus Brüssel. Das politische Ziel, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft an der Gesamtproduktion auf 20 Prozent zu erhöhen, erscheint angesichts der Konkurrenz der im industriellen Maßstab agierenden Großbetriebe, des Preisdrucks und des fehlenden bäuerlichen Nachwuchses illusorisch.

Laut Bauernverband arbeiten derzeit noch über eine Millionen Menschen im deutschen Agrarsektor. Tendenz: eindeutig fallend. Einzelne Bundesländer wie Sachsen-Anhalt haben herausgefunden, dass etwa 1000 Arbeitskräfte künftig in der Landwirtschaft allein in diesem Bundesland fehlen werden. Wer hier auf Jobsuche geht, hat auf Anhieb gute Karten. Allein der Andrang nach diesen Stellen hält sich stark in Grenzen. Es gibt attraktivere Berufe als die Arbeit auf der Scholle. Nach Angaben des Bauernverbands zählte man 2013 in den sogenannten „14 Grünen Berufen“ wie Landwirt, Fachkraft für Agrarservice, Hauswirtschaft oder Tierwirt insgesamt 35 102 Auszubildende. Zwar sinkt auch die Zahl der Stellen kontinuierlich, doch können selbst diese wenigen nicht alle besetzt werden.

Viele Landwirte stehen zudem vor dem Problem hoher Pachtpreise für Ackerland. In einigen Regionen werden bereits Spitzenwerte von 1000 Euro pro Hektar bezahlt. Bei einem Durchschnittspreis von 200 Euro Pacht pro Hektar können sich nur kapitalstarke Großbetriebe solche Böden leisten. Kleinbauern werfen da gleich das Handtuch. Oder sie bauen Energiepflanzen wie Raps und Mais für die Gewinnung von Biodiesel oder Biogas an. Aus Bauern werden so Energieerzeuger. Der Anteil von Ackerflächen für Biogas beträgt mittlerweile schon 21 Prozent.

Aufgrund solcher Entwicklungen und trotz Höfesterbens sieht der Deutsche Bauernverband in der Landwirtschaft immer noch eine Zukunftsbranche. Während gleichzeitig immer mehr landwirtschaftliche Produkte nach Deutschland importiert werden, exportieren deutsche Bauern ihre Erzeugnisse ins Ausland. Das ist auch der Grund dafür, dass der jüngste Situationsbericht des Bauernverbands steigende Gewinne der Bauern aufweist. So hat im Wirtschaftsjahr 2012/13 eine Familienarbeitskraft im Schnitt 42 800 Euro erwirtschaftet und damit 3600 Euro mehr als im Vorjahr. Gute Witterung und gute Ernte vorausgesetzt, geht es den wenigen verbliebenen Bauern verhältnismäßig gut. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Weniger Schulden dank Drogen

Wiesbaden – Das Statistische Bundesamt wird zukünftig gemäß entsprechenden Vorgaben der EU, die zum 1. September in Deutschland Gültigkeit erlangen, Drogenhandel und Tabakschmuggel bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) berücksichtigen. Schätzungen gehen davon aus, dass durch die Umsetzung der EU-Vorgaben das BIP um drei Prozent höher ausfallen wird. Als Nebeneffekt wird mit einem Sinken der sich auf die Wirtschaftsleistung des Landes beziehenden Schuldenquote gerechnet. *N.H.*

Milch-Krise in Athen

Athen – Die Heraufsetzung der Mindesthaltbarkeit frischer Milch von bisher fünf auf elf Tage hat in Griechenland zum Rücktritt des stellvertretenden Landwirtschaftsministers geführt. Die Neuregelung gilt als Bedingung dafür, dass die nächste Rate an Hilfsgeldern für Griechenland in Höhe von neun Milliarden Euro freigegeben wird. Kritiker befürchten, dass von der Heraufsetzung vor allem ausländische Produzenten profitieren. *N.H.*

EZB soll Klarheit schaffen

Frankfurt/M. – Mit Sorge blicken deutsche Banken auf den Bilanzcheck der Europäischen Zentralbank (EZB). In einem Brief an die Bundesbank und die Bankenaufsichtsbehörde Bafin fordern sie mehr Klarheit über die an sie gestellten Anforderungen. Die EZB übernimmt am 4. November die Aufsicht über 127 europäische Großbanken und prüft vorab deren Bilanzen. Allerdings wissen diese nicht, nach welchen Maßstäben sie beurteilt werden. Da bisher in allen Euro-Ländern unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe galten, ist ungewiss, welche nun das Maß aller Dinge sein werden. *Bel*

Paris in der Zwickmühle

Frankreichs Dauerkrise könnte für die Deutschen teuer werden

Die Nachricht passte zum verheerenden Ergebnis der regierenden Sozialisten bei den Kommunalwahlen: Im Februar verzeichnete Frankreich erneut einen Rekord bei der Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist sie um 4,7 Prozent gestiegen. Die Quote liegt mit 10,9 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland (5,0 Prozent).

Die Zahlen basieren auf dem internationalen Vergleichsstandard. Der beschönigt die Wirklichkeit noch drastischer, als dies das nationale deutsche Berechnungsmodell bereits tut, wonach die Arbeitslosenquote im Februar hierzulande bei 7,3 Prozent lag. Wer die verdeckte Erwerbslosigkeit in Deutschland hinzurechnet, kommt schnell auf um die zehn Prozent. Daher scheint es kaum übertrieben davon auszugehen, dass beim Nachbarn Frankreich rund jeder fünfte Erwerbsfähige ohne Beschäftigung dasteht.

Frankreichs Präsident François Hollande hat sich rettungslos in die Zwickmühle manövriert. Wie verloren seine sozialistische Regierung darin zappelt, belegen jüngste Äußerungen. Finanzminister Pierre Moscovici verspricht, dass es bei den versprochenen Abgaben-Erleichterungen für Unternehmen bleiben werde, damit diese mehr Geld für Investitionen freibekämen. Gleichzeitig will er die Kaufkraft stärken und das Staatsdefizit senken.

„Kaufkraft stärken“ aber läuft auf Steuersenkung hinaus, die in höhere Staatsdefizite münden dürfte, oder in höhere Löhne, wodurch den Firmen die Zugewinne aus Abgaben-Erleichterungen wieder verloren gingen. Schließlich bliebe noch, die Staatsausgaben zu senken, etwa durch Kürzung sozialer Transfers, dem entgegen aber steht das Versprechen der Sozialisten, dass ihre Politik nicht auf Kosten der sozial Schwachen gehen solle.

> Euro verbaut den alten Weg zur Wettbewerbsfähigkeit

Verschärfend zum Zickzack-Kurs der Regierung kommt die Tatsache, dass Frankreich seit Einführung des Euro keine Möglichkeit mehr hat, seine Konkurrenzfähigkeit auf die bequemere Art der Franc-Abwertung wieder zu verbessern. So konnte beispielsweise die einst blühende Auto-Industrie ihren Qualitätsrückstand gegenüber der deutschen Konkurrenz an der Preisfront ausgleichen, weil der Franc französische Produkte günstiger machte. Dies fällt immer mehr weg, entsprechend hart ist der Einbruch, wie fast überall in der siechenden Industrie Frankreichs.

Für Deutschland dürfte die Entwicklung gefährlich werden, denn in großer Virtuosität und Hartnäckigkeit arbeiten französische Kräfte auf europäischer Ebene davon, die Rechnungen fürs eigene Versagen möglichst europaweit zu verteilen. Über die Euro-„Bankenunion“ etwa werden auch deutsche Milliarden bis hin zu den Sparguthaben einfacher Bürger als Garantie für darbende Banken und ihre faulen Kredite vereinnahmt. Insbesondere Frankreichs stark in Euro-Krisenländern engagierte Finanzwirtschaft erhofft sich hier erhebliche Erleichterung. So zahlen die Deutschen am Ende für die Eurobedingten Verwerfungen in anderen Ländern ebenso wie für die verfehlte Politik benachbarter Regierungen. *Hans Heckel*

Abgestürzt

Brasilien kann derzeit nur Hiobsbotschaften aufbieten

Wo kriselt es eigentlich derzeit nicht? Nachdem bei Ausschreitungen in einer Favela in Rio de Janeiro ein Polizist getötet worden war, wandte sich die Millionenstadt, die einer der Hauptaustragungsorte der Fußball-WM im Sommer ist, hilfesuchend an die brasilianische Regierung. Wenige Stunden später erreichte die Nachricht Brasilia, dass die US-Ratingagentur Standard & Poor's Brasiliens Kreditrating gesenkt hat, so dass das Land jetzt nur noch eine Stufe über Ramschniveau liegt. Zudem macht der Weltfußballverband Druck, da die Stadien, die Straßen dorthin und die Flughäfen noch nicht fertig seien und wohl auch zum Teil nicht mehr rechtzeitig fertig werden. Nach den Großdemonstrationen der Bevölkerung vom letzten Sommer gegen die grassierende Korruption, eine Inflation in Höhe von sechs Prozent sowie die horrenden Kosten für die Fußball-WM und Olympia 2016 herrscht an dieser Front zwar derzeit Ruhe, doch Experten vermuten, dass es nur eine Ruhe vor dem Sturm sei und dass der Frust der Bevölkerung über die Misswirtschaft im Lande sich während der Weltmeisterschaft, wenn alle Welt nach Brasilien blickt, entladen werde. Zu allem Überdruss haben in einigen Ecken des riesigen Landes eine extreme Dürre, in anderen wiederum starke Regenfälle die Chancen auf eine gute Kaffee- beziehungsweise Sojaernte gefährdet. Bei Kaffee ist das Land weltgrößter Exporteur, bei Soja steht es an zweiter Stelle hinter den USA.

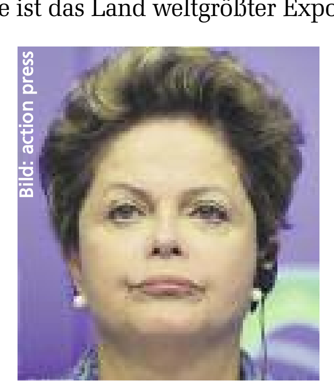


Bild: action press

Dilma Rousseff

Die Liste der Hiobsbotschaften ließe sich fortführen. Diese machen Staatspräsidentin Dilma Rousseff das Leben schwer. Als die 66-Jährige 2011 das Amt übernahm, galt Brasilien als starkes Schwellenland mit guten Zukunftsaussichten. 2010 hatte das Wirtschaftswachstum 7,5 Prozent betragen. 2013 waren es nur magere 2,3 Prozent, was viel zu wenig für ein wachstumsbedürftiges Schwellenland ist, in dem zudem wegen WM und Olympia eine rege Bautätigkeit herrscht. Für Wirtschaftsexperten zählt Brasilien neuerdings zu den „Fragilen Fünf“. So bezeichnen sie die Schwellenländer, deren einst heller Stern wieder am sinken ist.

Zwar liegt die Verschuldung des Landes knapp unter 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, trotzdem sind die Perspektiven bescheiden. Die Industrieproduktion sinkt, was den bereits hohen Rohstoffanteil an den Exporten des Landes weiter erhöht. Seit letztem Jahr ist die Handelsbilanz gegenüber der EU, dem größten Handelspartner, auch noch negativ, was sich noch verschlimmern dürfte, sollten die Ernte der Hauptexportprodukte Kaffee und Soja wirklich so schlecht ausfallen wie vermutet.

Im Oktober sind Wahlen. Die gute Nachricht, dass die EU künftig ihre Internetverbindungen nach Südamerika infolge des NSA-Skandals nicht mehr über die USA, sondern über Brasilien laufen lassen will, dürfte die Einwohner des Landes wenig bewegen. Allerdings hat die Opposition auch keine Idee, wie Brasilien zurück auf die Erfolgsspur kommt, so dass Rousseff auf Wiederwahl hoffen kann. *Bel*

Kreta statt Texas

Von Maria Bornhöft

Die EU überlegt derzeit, wie sie unabhängiger von russischen Gas- und Öllieferungen werden kann. Interessanterweise sehen Brüssel und Berlin die Lösung in Gaslieferungen aus den USA und Kanada.

Ganz abgesehen davon, dass diese Rohstoffe über Verfahren wie Fracking gefördert werden, die in der EU und hier vor allem in Deutschland aus Gründen des Umweltschutzes abgelehnt werden, erstaunt es, die Unabhängigkeit von Moskau durch eine neue Abhängigkeit ablösen zu wollen. Wenn man schon via Fracking gefördertes Gas konsumieren will, dann kann man es auch gleich selber fördern, denn auch in Europa gibt es Vorkommen, anstatt US-Gas zu kaufen. Zudem wäre das per Schiff von dort transportierte, extra verflüssigte Gas teurer als die russischen Lieferungen, was angesichts der wegen der Energiewende sowieso bereits steigenden Energiepreise den Standort Deutschland weiter schwächen würde.

Und da all das aufgrund der derzeit noch fehlenden Infrastruktur sowieso alles Zukunftsmusik ist, könnte man auch gleich das an der Küste Griechenlands vermutete Gas fördern, anstatt US-Firmen die Aufgabe zu überschreiben.

Überraschender Liebesentzug

Von Rebecca Bellano

Eigentlich läuft für die SPD alles bestens. Ob Rente mit 63, Frauenquote in Aufsichtsräten, Mindestlohn, Doppelpass; die Große Koalition lässt die kühnsten sozialdemokratischen Wunschträume wahr werden. Das ganze Szenario wäre perfekt, wenn da nicht etwas wäre, was SPD-Chef Sigmar Gabriel und seinen Ministern zu denken geben müsste: die Umfragen.

Will man dem Meinungsforschungsinstitut Forsa Glauben schenken, dann würden heute nur noch 23 Prozent der Befragten die SPD wählen, bei der Bundestagswahl waren es hingegen noch 25,7 Prozent. Wie kann es aber sein, dass die Partei, obwohl sie unzählige der gemachten Wahlversprechen erfüllt, nicht in der Wählergunst steigt, ja, diese sogar verliert? Bundesweit sind laut Deutschlandtrend der ARD sogar nur 41 Prozent der Bundesbürger mit der Arbeit der Großen Koalition zufrieden. Selbst bei den Anhängern der SPD ist mit 52 Prozent nur gerade knapp die Hälfte glücklich mit dem bisher auf den Weg Gebrachten.

SPD: Die Bedienung der Klientel zahlt sich offenbar nicht aus

Noch erstaunlicher ist allerdings, dass die CDU, obwohl sie als klare Gewinnerin der Bundestagswahl vor allem Wünsche der SPD erfüllt, in ihren Zustimmungswerten stabil ist. Meinungsforscher erklären den Niedergang der SPD damit, dass der SPD wenig ökonomischer Sachverstand zugeschrieben wird, was deren Politik auch bestätigt. Doch wieso wird gleichzeitig der CDU ein hoher Sachverstand in Wirtschaftsfragen attestiert, obwohl sie die Ziele des kleinen Koalitionspartners mitträgt? Mit Rationalität kommt man hier nicht weiter, es ist vielmehr das Bauchgefühl, auf das sich die meisten Wähler hier wohl verlassen, und über dieses scheint die CDU/CSU wohl die Macht zu haben. Ob Alt oder Jung, offenbar trauen die Wähler – ohne dass dies sachlich zu begründen ist – „Mutti Merkel“ mehr zu als Sigmar Gabriel. Dieser wird vermutlich bei der EU-Wahl anhand der Wahlergebnisse ablesen können, dass sich die Bedienung der eigenen Klientel nicht bezahlt gemacht hat.

Ein Grund hierfür könnte schlicht sein, dass die SPD ihre Klientel falsch einschätzt und diese, ob nun beim Mindestlohn oder der Rente mit 63, durchaus die Vielzahl der Bedenken aus der Wirtschaft und von Experten zumindest nachvollziehen kann. Damit ist sie definitiv weiter als die SPD, die lieber Plätze in Aufsichtsräten unbesetzt lassen will, als eine Nicht-Umsetzung ihrer Frauenquote zu akzeptieren. Dass sie damit die Abstimmungen und somit die unternehmerischen Entscheidungen auch über Arbeitsplätze erschweren, ist den Sozialdemokraten offenbar egal. Hauptsache, es wird gemacht, was die Partei wünscht.

Dass das nicht lange gut gehen kann, spüren die ersten SPD-Wähler wohl bereits und wenden sich ab.



Der Beifall bleibt aus: Die SPD erfüllt zahlreiche ihrer Wahlversprechen, doch die Zustimmung der Wähler sinkt

Bild: action press

Immer pikierter

Von Harald Tews

Die „Neger“ bleiben die „Neger“. Punkt! Aus! Theaterregisseur Peter Stein hat ein Machtwort gesprochen. Seine Übersetzung eines Stücks des französischen Dramatikers Jean Genet darf nicht umbenannt werden. Der holländische Regisseur Johan Simons wollte das Stück für seine Inszenierung bei den Wiener Festwochen umbenennen in – ja, was wohl? – „Die Weißen“. Begründung: Die Neger im Stück würden ausschließlich von weißen Darstellern verkörpert. Nach dem Maßstab könnte man fast jedes auf einer deutschsprachigen Bühne inszenierte Stück so nennen, in dem Dunkelhäutige auftreten. Shakespeares „Othello“ wäre im Untertitel nicht mehr „der Mohr“, sondern „der Weiße von Venedig“.

Man muss Peter Stein dankbar sein, dass er angesichts einer in Moralfragen immer pikierter reagierenden Gesellschaft standhaft blieb. Als er 1983 Genets Stück selber auf die Bühne brachte, regte sich keiner über den Titel „Die Neger“ auf. Sind wir seitdem alle zu Rassisten geworden, weil wir mit dem Begriff „Neger“ aufgewachsen sind? Wohl kaum.

31 Jahre später glaubt man am Theater, schon vorab entsprechende Vorsichtsmaßnahmen ergreifen zu müssen, um das Publikum nicht zu verstören. Man gerät ja nur allzu schnell in Rassismusverdacht. Aber von wem? Es gibt wohl kaum einen aus der betroffenen Personengruppe, der sich von dem Titel „Die Neger“ angesprochen und beleidigt fühlt. Sind es nicht vielmehr diejenigen unter uns, die sich moralisch überlegen fühlen und die uns in allen Dingen ein schlechtes Gewissen einreden wollen?

Gastkommentar

EU hat Ukraine zu lange vernachlässigt

Von Michael Leh

Die russische Propaganda hat in Deutschland seit der Nachrüstungsdebatte nicht mehr so viel Wirkung gezeigt wie in diesen Tagen. Das hat vor Kurzem der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Berthold Kohler, konstatiert. Dass der russische Präsident Wladimir Putin handstreichartig die Krim, das Territorium eines Nachbarstaates, erobern und sich den Gewaltakt mit einem durchgepeitschten Pseudo-Plebiszit absegnen ließ, findet unter Deutschen erschreckend viel Verständnis. Dabei weiß niemand, ob Putin weitere gewaltsame Übergriffe auf das Gebiet der Ukraine plant. Irrtümlich meinen viele, den US-Amerikanern, der Nato oder der EU die Schuld für den Vorstoß des Kreml-Herrschers geben zu sollen. Antiamerikanismus und scheinbar schlüssige Verschwörungstheorien schießen ins Kraut. Hinzu kommt die weitgehende Unkenntnis über die Ukraine.

Ein Nato-Beitritt der Ukraine war aktuell vor der Annexion der Krim durch Russland gar kein Thema, weder innerukrainisch noch bei den US-Amerikanern oder der Nato. US-Präsident George W. Bush hatte zwar eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato betrieben. Sein Nachfolger Barack Obama hatte entsprechende Initiativen jedoch längst eingestellt und auf einen „Neustart“ der Beziehungen zu Russland gesetzt. 22 ehemalige ostmitteleuropäische und baltische Staats- und Regierungschefs – darunter Lech Walesa und Václav Havel – hatten sogar in einem offenen Brief an Obama 2009 ihre Besorgnis über den Kurswechsel der US-amerikanischen Politik geäußert. Sie bezeichneten Russland als eine „revisionistische Macht“, die im 21. Jahrhundert eine Politik mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts betreibe.

Prominente Ukrainer, darunter der erste Präsident der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk, forderten ebenfalls 2009 in einem offenen Brief die USA, die EU, Großbritannien, Frankreich und China auf, die staatliche Integrität ihres Landes zu garantieren. Es sei Russlands Ziel, die Ukraine seinen geopolitischen Interessen zu unterwerfen. Sie sähen Anzeichen dafür, dass Moskau auch Gewaltanwendung nicht ausschließe.

Nachdem Viktor Janukowitsch 2010 Präsident geworden war, war das Thema Nato-Mitgliedschaft – die sein Amtsvorgänger Viktor Juschtschenko anstrebte – erledigt. Per Gesetz erklärte sich die Ukraine zu einem blockfreien Staat. Selbst der 86-Jährige Zbigniew Brzezinski, den manche als „Falken“ der USA zitieren, hatte erst kurz vor der Annexion der Krim durch Russland in einem Interview erklärt:

Otto von Habsburg warnte frühzeitig und immer wieder vor Wladimir Putin

„Die beste Lösung für die Ukraine wäre ein Verhältnis zu Russland, wie es früher Finnland zu diesem hatte. Das heißt, mit offenen wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland und sich ausweitenden Beziehungen zur EU, aber keine Mitgliedschaft in einer militärischen Allianz.“

Wenn man der EU etwas vorwerfen kann, dann ist es die jahrzehntelange systematische Vernachlässigung der Ukraine, einem Land mit 45 Millionen Einwohnern und der Größe Frankreichs. Den Status eines EU-Beitrittskandidaten hat die europäische Ukraine nie erlangt, im Unterschied zur nicht-europäischen Türkei. Im Gegensatz zum aktuell gängigen Vorurteil, die EU habe die Ukraine besonders ins „westliche Lager“ ziehen wollen, hat man sie vielmehr in strategischer Blindheit jahrelang stets „außen vor“ gehalten und ihr keine zuverlässige Beitrittsperspektive gewährt. Dies nicht einmal für den Fall, dass sie vielleicht einmal die Aufnahmekriterien erfüllte. Das hat das Land im Innern weiter mit destabilisiert.

Auch die deutsche Politik gegenüber der Ukraine war ziel- und planlos. Kaum je haben unsere Politiker versucht, den Deutschen das Land näherzubringen. Als ich im Jahr 2000 zum ersten Mal als Journalist die Ukraine bereiste, gab es bezeichnenderweise keinen einzigen Reiseführer auf Deutsch. Dass bis zum Zweiten Weltkrieg allein in der Schwarzmeerregion über 400 000 Deutsche lebten, interessierte kaum einen Bundesbürger.

Vorbildlich ergriff der Freistaat Bayern die Initiative und unterstützte in Odessa das bereits seit 1993 bestehende „Bayerische Haus“. Es bildet bis heute ein deutsches Kultur- und Sprachlernzentrum und fördert soziale Projekte. Unvergesslich ist für mich ein evangelischer Gottesdienst in Odessa mit ärmlich gekleideten, tiefgläubigen Christen. Hier war zu spüren: Das ist trotz des jahrzehntelangen Kommunismus ein christlich geprägtes Land, und wir gehören als Europäer zusammen. Der Bischof der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche der Ukraine, Edmund Ratz, erklärte mir damals: „Einen reichen, materialistischen Atheismus gibt es hier nicht.“ Ratz, der aus Bayern stammte und nach seiner Pensionierung nach Odessa ging, wohnte in einer Unterkunft, in der öfters der Strom und Warmwasser ausfielen oder die Heizung nicht funktionierte.

Die Pläne zur Annexion der Krim lagen schon in Moskauer Schubladen

Wie erbärmlich ist dagegen die Haltung bundesdeutscher Wohlstandsbürger, wenn sie angesichts der aktuellen Krise schreiben: „Was geht uns die Ukraine an?“ Aus Odessa, wo auch viele ethnische Russen leben, war gerade in einem Youtube-Video zu sehen, wie Musiker in einer Einkaufspassage die Europahymne spielten und die Passanten begeistert mitsangen: ein ergreifender musikalischer Protest gegen die Machtpolitik Moskaus. Der große Europäer Otto von Habsburg hatte übrigens immer wieder vor Putin gewarnt. Noch 2010, ein Jahr vor seinem Tod, bezeichnete er ihn in der „Süddeutschen Zeitung“ nicht nur als „eiskalten Technokraten“. Sondern er fügte noch hinzu: „Das ist ein uralter KGB-Mann, der in der eigenen Schule die Schulkameraden denunziert hat. Schauen Sie, wie sehr Russland wieder restalinisiert worden ist, seitdem Putin an der Macht ist.“

Nach der Volkszählung von 2001 leben heute noch 33 000 ethnische Deutsche in der Ukraine, darunter 2800 Deutsche auf der Krim. Sie alle werden vom „Rat der Deutschen in der Ukraine“ vertreten. Dieser erklärte am 15. März: „Wir wenden uns an die Regierung der Russischen Föderation mit der Forderung, die Militärintervention in der Autonomen Republik Krim sofort zu stoppen.“ Der Rat unterstütze die Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft gegen die Aggression Russlands. Ferner hieß es in der Erklärung: „Der Rat der Deutschen der Ukraine lehnt die Durchführung des Referendums über den künftigen Status der Halbinsel Krim ab, da es gegen Verfassung und geltende Gesetzgebung der Ukraine verstößt. Angesichts der Gefahr einer weiteren Eskalation des Konflikts und einer Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage unserer Landsleute auf der Krim rufen wir alle ethnischen Deutschen, die auf der Halbinsel leben, dazu auf, die Durchführung des Referendums am 16. März 2014 zu boykottieren.“

Die Pläne zur Annexion der Krim lagen lange vor den Kiewer Ereignissen im Februar in den Moskauer Schubladen. Bereits 2012 erschien das umfangreiche Werk des Ukraine-Fachmanns Winfried Schneider-Deters „Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union“. Darin schildert der Autor nicht nur minutiös das Versagen der EU-Politik gegenüber der Ukraine. Ein ausführliches Kapitel trägt auch die Überschrift: „Die Krim – der nächste Kriegsschauplatz?“ Darin schildert Schneider-Deters die russische Irredenta auf der Krim sowie die Konflikte um die russische Schwarzmeerflotte. Das Buch wird freilich kaum einer der Politiker in Berlin oder Brüssel gelesen haben.

Gegen den Strich

Seit 150 Jahren treiben »Max und Moritz« ihre Streiche – Ausstellung in Hannover zeigt den Welterfolg

„Also lautet ein Beschluß, / Daß der Mensch was lernen muß." Was Max und Moritz nicht vom Lehrer Lämpel gelernt haben, haben doch unzählige andere vom Schöpfer des Lausbubenpaars gelernt. In Hannover ist zu sehen, welchen Enfluss Wilhelm Buschs Bildergeschichten auf spätere Zeichner-Generationen hatten.

„Ach, was muss man oft von bösen Kindern hören oder lesen!! Wie zum Beispiel diesen, welche Max und Moritz hießen." So begann Wilhelm Buschs Lausbubengeschichte um Max und Moritz vor 150 Jahren. In sieben Streichen schikanieren die beiden andere Menschen und finden letztlich selber ein böses Ende. Die Bildergeschichte gehört inzwischen nicht nur zum deutschen Kulturgut, sie wurde sogar in mehr als 200 Sprachen und Dialekte übersetzt und beeinflusste in wesentlichem Maße den Beginn der US-Comics.

Wilhelm Busch (1832–1908) konnte von diesem Erfolg nichts ahnen, als er 1864 dem Verleger Heinrich Richter das Manuskript zu „Max und Moritz" anbot. Richter lehnte jedoch ab, weil das Vorgängerwerk, die „Bilderpossen", ein Misserfolg waren. Die „Bilderpossen" konnten sich nicht entscheiden, ob sie Märchen-, Bilder- oder Karikaturenbuch waren und übertrafen den „Struwwelpeter" noch an Grausamkeit. Eine Zusage für das neue Buch kam vom Münchener Verleger Kaspar Braun erst ein Jahr später und die Publikation erwies sich als ungeheurer Erfolg. Bereits zu Buschs Lebzeiten erschienen 56 Auflagen von „Max und Moritz – Eine Bubengeschichte in sieben Streichen". 1866 erschien in Dänemark die erste Übersetzung, wenig später eine englische Ausgabe und 1887 sogar eine japanische.

Unabhängig davon, ob „Max und Moritz" als Kinderbuch, als Geschichte für Erwachsene oder als politische Erzählung interpretiert wird, Buschs Erzählung legte den Grundstein für die erfolgreiche Karriere der Comics in den USA, wie die Ausstellung „Streich auf Streich – 150 Jahre Max und Moritz. Deutschsprachige Comics von Wilhelm Busch bis heute" im Wilhelm-Busch-Museum für Karikatur in Hannover zeigt.

Wie andere Künstler, beispielsweise William Hogarth, Rodolphe Töpffer und Gustav Doré, war Busch Wegbereiter und Vordenker dieser neuen Literaturgattung. Seine Bildergeschichten wurden von von vielen Zeitungsverlegern und Comiczeichnern in den USA nachgeahmt und fortentwickelt. So beauftragte 1897 William Randolph Hearst, der legendäre Verleger des „New York Journal", den deutschstämmigen Zeichner Rudolph Dirks, „etwas wie Max und Moritz" zu zeichnen. Es entstanden die „Katzenjammer Kids", deren Hans und Fritz an Max und Moritz sowie an Buschs streitsüchtige Jungen Peter und Paul aus „Plisch und Plum" (1882) erinnerten.

In Hearsts deutschsprachigen Comic-Beilagen wurden die „Katzenjammer Kids" sogar als „Max und Moritz" betitelt und offenbarten sich damit als bewusste Fortsetzung von Buschs Erfindung. Ob dieser von Plagiat wusste, ist nicht bekannt. Eine Klage hatte er nicht eingereicht und konnte es auch nicht tun, weil alle Rechte der Verleger Kaspar Braun besaß. Doch wusste er von den Ausgaben in den USA, die er mit gemischten Gefühlen aufnahm.

Die Ausstellung in Hannover zeigt, dass die deutschen Künstler bei ihren Schöpfungen oft eigene Wege beschritten, sich dabei aber nicht zwangsläufig nur an der Gegenwart und der eigenen Heimat orientierten. So entstanden Heftserien wie „Sigurd" um den gleichnamigen Ritter, die Indianerserie „Silberpfeil", „Mosaik", „Fix und Foxi" und Alben wie „Das kleine Arschloch" von Wal-

Verleger Hearst gab US-Plagiat in Auftrag

ter Moers oder „Der bewegte Mann" von Ralf König. Daneben werden in Zeitungen und Zeitschriften abgedruckte Reihen wie Erich Ohsers „Vater und Sohn", Manfred Schmidts „Nick Knatterton", „Mecki" oder auch „Die Ottifanten" und „Strizz" ausgestellt. Die Spannbreite reicht von avantgardistischen Künstlern wie Hendrik Dorgathen, Anke Feuchtenberger und Martin tom Dieck bis hin zu den ambitionierten Graphic Novels von Isabel Kreitz, Reinhard Kleist und Ulli Lust.

Andere Zeichner wie Christina Plaka lassen sich von japanischen Mangas inspirieren und begründen eine eigene deutsche Manga-Kultur. Doch sind Comics längst nicht mehr auf Bücher oder Zeitungen oder als Zeichentrick auf den Film angewiesen, längst sind sie auch im Internet anzutreffen.

Aber so umfangreich die Comics bei den Themen und Zeichenstilen heute sind, ohne Busch und seine beiden Jungen Max und Moritz sähe diese Kulturform heute anders aus.

Und Wilhelm Busch war nicht der einzige Deutschsprachige, dessen Arbeiten Anklang im Ausland fanden. In Hannover wird eindrucksvoll gezeigt, dass Emigranten für Verlage in aller Welt tätig waren oder aktuell arbeiten.

So dominant die US-Comics und die Superheldenverfilmungen derzeit im Alltag sein mögen, Kernstück der Ausstellung sind die seltenen Originalzeichnungen aus der Zwischenkriegszeit von Emmerich Huber und Otto Waffenschmied und vor allem Buschs lichtempfindliche Originalhandschriften zu „Max und Moritz", die bis heute erhalten geblieben sind.

Das Wilhelm-Busch-Museum verdeutlicht auf diese Weise die lange Tradition der Comics, an der Busch einen wesentlichen Anteil hatte. Dabei war vor einigen Jahren der Vorstand der Wilhelm-Busch-Gesellschaft um den früheren Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg sich nicht einmal dieser Bedeutung bewusst gewesen. Wilhelm Busch sei international zu unbedeutend, lautete es aus dem Vorstand. Nichtsahnend sagte Schmalstieg, dass der alte Name den Eindruck erwecke, „es gehe in dem Museum nur um Wilhelm Busch". Nach heftigen Diskussionen blieb „Wilhelm Busch" im Museumsnamen ganz an erster Stelle erhalten.

Und was geschah mit Max und Moritz? Letztlich werden die beiden Jungen selber Opfer eines ihrer Streiche. Das „Lumpenpack" wird von Meister Müller einfach zu Schrot für das Federvieh gemahlen. Nach Ansicht der Biografin Eva Weissweiler sei das nicht fern der Realität gewesen. Emigrierte Tagelöhner im 19. Jahrhundert hätten ihre Kinder zurückgelassen, die dann teilweise Mundraub begangen hätten, um zu überleben. Diejenigen, die erwischt wurden, erhielten lange Haftstrafen oder im schlimmsten Fall die Todesstrafe.

Aber ein Ende der „Lausbubenstreiche" in all ihrebn Formen ist noch lange nicht abzusehen.

Nicht umsonst heißt die von der Stadt Erlangen alle zwei Jahre auf dem Internationalen Comic-Salon verliehene wichtigste Auszeichnung für grafische Literatur im deutschsprachigen Raum „Max-und-Moritz-Preis". *Ulrich Blode*

Die Ausstellung läuft bis 4. Mai von Dienstag bis Sonntag, 11 bis 18 Uhr, im Wilhelm-Busch-Museum, Georgengarten, 30167 Hannover. Eintritt: 4,50 Euro. Die Busch-Handschriften werden erneut ab Ende August ausgestellt. www.karikatur-museum.de



Bild: Karikaturmuseum

„Aber Moritz aus der Tasche / Zieht die Flintenpulverflasche, / Und geschwinde, stopf, stopf, stopf! / Pulver in den Pfeifenkopf"

MELDUNGEN

Geldsegen für das OL

Lüneburg – Die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, hat dem Ostpreußischen Landesmuseum jetzt umfangreiche Finanzmittel in Höhe von über 2,3 Millionen Euro bereitgestellt. Diese Gelder sind zweckgebunden für die Erweiterung und Modernisierung des Ostpreußischen Landesmuseums sowie die Einrichtung einer deutschbaltischen Abteilung zu verwenden. Insgesamt hat der Bund für die Maßnahme damit über 2,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Land Niedersachsen hatte sich bereits 2008 mit über 800000 Euro beteiligt. Weitere Geldgeber der Maßnahmen, die insgesamt ein Volumen von 4,65 Millionen Euro umfassen, sind die Deutschbaltische Kulturstiftung, der Europäische Fonds für regionale Entwicklungen, die Klosterkammer Hannover und die Stiftung Niedersachsen. Damit wird nach langjähriger Planung und Vorbereitung ein wesentlicher Modernisierungsschritt vollzogen. *PAZ*

Die Silberteller des Alten Fritz

Potsdam – Noch befinden sie sich in der Werkstatt für Metallrestaurierung. Bald schon kann man die als Weinblätter gestalteten Tabletts in den Römischen Bädern im Schlosspark Sanssouci bewundern. Dort zeigt die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg in der Ausstellung „Von Blumenkammern und Landschaftszimmern – Der Garten im Innenraum 1740–1860" vom 18. April bis 31. Oktober zwei neu erworbene, vergoldete Silberplatten aus dem Besitz Friedrichs des Großen. Der Goldschmied Christian Lieberkühn d. J. soll sie gefertigt haben. Durch Unterstützung der Kulturstiftung der Länder war die Anschaffung möglich. Ende des Sommers sind sie im Berliner Schloss Charlottenburg in der Ausstellung „Kronschatz und Silberkammer der Hohenzollern" zu bewundern. *S.F.*

Ostpreußische Farbenspiele

Der aus Königsberg stammende Künstler Reinhard Metz lässt sich für seine Arbeiten von der Kanaren-Insel Gomera inspirieren

Berlin-Nehringstraße – ein typisch Westberliner Kiez nahe Schloss Charlottenburg: kleine Geschäfte, Cafés, Kneipen, Läden, die selten geworden sind im modernen Berlin. Vor über 30 Jahren gab es hier die ersten Hausbesetzungen gegen Wohnungsnot und Spekulanten. In dieser schnuckeligen Seitenstraße lebt und arbeitet der Künstler Reinhard Metz, der 1941 in Königsberg geboren ist. Aufgewachsen südlich der Mainlinie, wurde er vom Berlin der 60er und 70er Jahre geprägt.

Hier entstanden unter anderem auch die Ölbilder zu Gomera, die zuletzt in der Galerie Carlos Hulsch nahe dem Kurfürstendamm zu sehen waren. Es sind farbintensive, abstrakte Landschaftsporträts mit einer ausgeprägten Strichführung. „Die Einheimischen", erläutert Metz, „erkennen sofort, welchen Teil der Insel ich eingefangen habe, gerade an den Farben." Vom 12. April bis 24. Mai werden bei Hulsch mit „Drift" weitere Arbeiten auf Leinwand von ihm ausgestellt.

Der Bielefelder Literaturprofessor Friedmar Apel beschreibt den Malstil und die Technik so: „Im Werk als Prozess, als Sichtbarmachen und Reflexion sucht er einen Zusammenhang der Dingen, der zugleich als ursprünglich, naiv wie ganz neu und reflektiert erfasst werden kann. Seine Bilder wollen sinnlich und unmittelbar erfahren, aber auch gelesen und bedacht werden."



Künstler Metz Bilder (2): catonbed, Metz

Reinhard Metz ist eine stattliche Erscheinung: Groß gewachsen, gutaussehend, der preußische Einschlag unverkennbar. „Ich bin preußisch erzogen; mein Vater sagte oft: Indianer kennen keinen Schmerz", erzählt Metz in seinem Atelier. Eine Liege, eine Staffelei, ein begonnenes Bild, ein kleiner Schreibtisch mit Computer, Telefon und ein recht großer Flachbildschirm bestimmen den Raum, in dem warm die Abendsonne hineinscheint.

Mit dreieinhalb Jahren ist der Maler vor der anrückenden Roten Armee aus Ostpreußen geflohen. Damals wohnte die Familie noch in der Krausallee 11 im Zentrum Königsbergs. Der Vater, Ingenieur auf der Schichauwerft, glaubte nicht an den Sieg der Nationalsozialisten und empfahl der Familie, sich abzusetzen.

„Die Flucht dauerte ein Dreivierteljahr. Die erste Station war Gut Neuwaldeck. Dort waren Weißrussen als Zwangsarbeiter interniert. Daran habe ich sehr positive Erinnerungen, die waren unheimlich kinderlieb, haben mit uns gespielt", erzählt Metz.

Nächste Station war Peenemünde auf Usedom. Dort lebte die Schwester der Mutter. „Da habe ich die Raketen fliegen sehen." Weiter ging es nach Berlin. In der Reichshauptstadt erlebte der kleine Junge die großen Luftangriffe. „Das waren schreckliche Erlebnisse, die mich bis heute verfolgen", erinnert sich Metz.

Der Vater riet zur weiteren Flucht nach Süddeutschland – in Richtung der US-Amerikaner. In Flein bei Heilbronn war die vorläufig letzte Station für die drei. „In diesem kleinen Ort habe ich die furchtbarsten Kriegserfahrungen machen müssen: Das Dorf liegt im Tal, und über unsere Köpfe hinweg haben sich die Amis und Deutschen gegenseitig mit Kanonen beschossen. Da habe ich mir oft in die Hose gemacht vor Angst." Ein furchtbares Ende fanden die Großeltern: „Der Opa war Brückenmeister. Er ist mit Oma in Königsberg geblieben und beide sind dort verhungert."

Aus dem „Gomera"-Zyklus

Er hat sich seitdem gescheut, wieder in seine Heimatstadt Königsberg zu reisen. Während er auf seinem Schreibtischstuhl sitzt und an seiner Pfeife schmaucht, erzählt der Künstler: „Mein älterer Bruder wollte nach seiner Pensionierung vor ein paar Jahren die Stadt besuchen. Er hatte schon alles vorbereitet, ist dann aber überraschend kurz vor seiner Abreise gestorben."

Das Hauptthema des Malers ist nach wie vor die Landschaft, die „immer durch bestimmte Emotionen geprägt und dadurch beeinflusst dargestellt wird", erläutert Metz und ergänzt: „Kunst entsteht, wenn man seine Phantasie spazieren führt." Nach dem Ort Flein, wo er von 1944 bis 1948 lebte, verschlug es Metz nach Darmstadt, wo seine künstlerische Laufbahn begann. Hier lebte er in der Künstlerkolonie im Gartenhaus des Präsidenten der Akademie für Deutsche Sprache und Dichtkunst, der für Metz zum entscheidenden Förderer wurde.

Metz lernte viel durch ihn und er lernte auch den US-amerikanischen Dichter Ezra Pound oder den französischen Schauspieler Jacques Tati kennen. Diese Zeit wird ihm später die Aufnahme an die Hochschule der Künste in Berlin erleichtern. Doch bevor es 1962 soweit war, besuchte er 1961 die Werkkunstschule in Wiesbaden. Der dortige Lehrer und Bauhaus-Schüler Vincent Weber empfahl ihm, nach Berlin zu gehen, „weil in Wiesbaden keine Weiterentwicklung mehr möglich ist", betont Metz.

Metz musste sich in Berlin unter 1000 Bewerbungen, von denen 40 zur Prüfung zugelassen wurden, behaupten – erfolgreich. Er gehörte zu den acht Studenten, die zugelassen wurden. Professor Kühn galt als Liberalster unter den Hochschullehrern und wurde so zum maßgeblichen Mentor. Doch Metz hebt mit Stolz hervor, dass die Studienkollegen Günther Isleib und Peter Bengert ihn stärker in seiner künstlerischen Entwicklung beeinflussten als die Lehrer. *Frank Joerg Reimann*

Lieber Mexiko als Griechenland

Vor 150 Jahren wurde Franz Josephs I. Bruder Erzherzog Ferdinand Maximilian zum Kaiser proklamiert

Als Nachfolger des Bayern Otto wurde Ferdinand Maximilian auch als König von Griechenland favorisiert. Er lehnte mit der Begründung ab, er habe die Zustände in diesem Land auf Reisen als wenig günstig kennengelernt. Das ihm bis dahin unbekannte Mexiko zog er vor. Am 10. April 1864 wurde er zu dessen Kaiser ausgerufen.

„Die Unsterblichen werden erst nach dem Tode erkannt, und der folgenden Generation sei es überlassen zu richten und die des Nachruhms würdige Gestalt der Zukunft zu übergeben.“ Es sind große Worte, die Erzherzog Ferdinand Maximilian Joseph Maria, der nächstjüngere Bruder des österreichischen Kaisers Franz Joseph I., im Alter von noch nicht einmal 20 Jahren niederschrieb. Um seine Bedeutung und seinen Nachruhm war er stets besorgt. Nicht zu Unrecht fühlte er sich ständig zurückgesetzt. Mit Blick auf das Urteil der „folgenden Generation“ ergriff er eine Reihe Gelegenheiten, um seinem Schattendasein zu entkommen. Am Ziel dürfte er sich am 10. April 1864 gefühlt haben: Im Schloss Miramar, nahe Triest, nahm er als Maximilian I. von Mexiko die Kaiserkrone des lateinamerikanischen Landes an. Es war der letzte Emanzipationsversuch des ehrgeizigen Zweitgeborenen, dem ein tragisches Ende beschieden sein sollte.

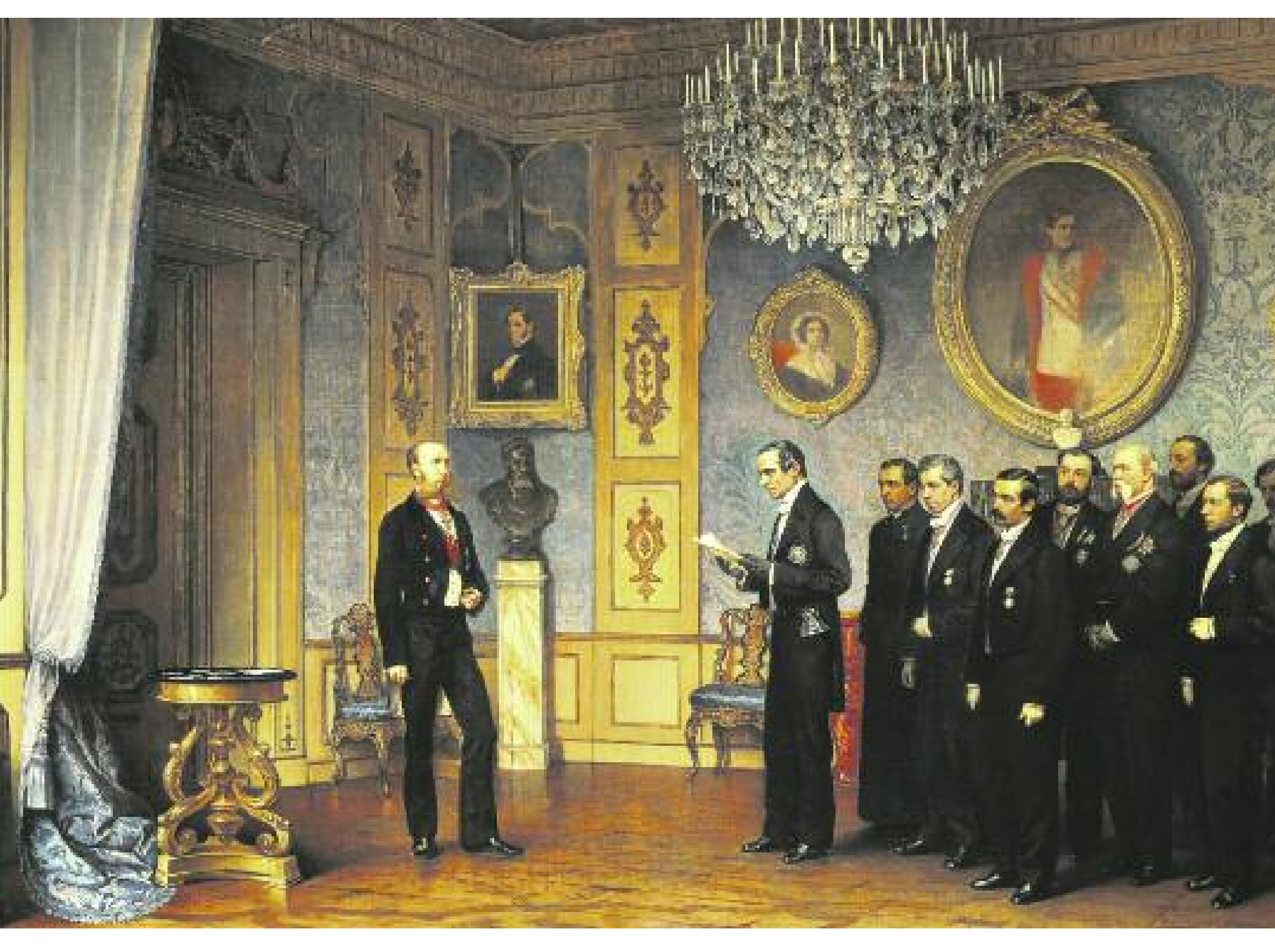
Der 1832 zur Welt gekommene Ferdinand Maximilian galt als intelligent, vielseitig interessiert und idealistisch. Unangenehmen Realitäten wich er aus und leicht war er zu beeinflussen. Zumindest zum Teil dürften sich diese Charakterisierungen darauf zurückführen lassen, dass er von der Politik weitgehend ferngehalten wurde, im Zentrum stand hier allein der Monarch.

1851 trat er in die noch relativ junge österreichische Kriegsmarine ein. Hier sah er eine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung. Bereits 1854 wurde er Marineoberkommandant. Im technischen Bereich führte er eine Vielzahl von Neuerungen ein. Insgesamt gelang es ihm aber nicht, seine Vorstellungen von einer Vergrößerung der Flotte durchzusetzen, da Österreich insbesondere nach der Niederlage im Sardinischen Krieg von 1859 die Mittel fehlten.

Schon im Vorfeld dieses Krieges hatte er seine erst 1857 angetretene Stellung als Generalgouverneur im Königreich Lombardo-Venetien, das der österreichische Kaiser regierte, wieder aufgeben müssen. Erfolglos war er hier einerseits, weil das Amt politisch unbedeutend war. Andererseits sah sich Ferdinand Maximilian mit einer paradoxen Situation konfrontiert: Maßnahmen, die den Einwohnern zugutekamen – dazu zählten etwa der Ausbau des Eisenbahnnetzes oder eine Unterrichtsreform – führten nicht zu der beabsichtigten engeren Anbindung der Bevölkerung an die Habsburgermonarchie. Vielmehr trugen sie zur Stärkung des italienischen Nationalbewusstseins bei.

1856 hatte Ferdinand Maximilian mit dem Ausbau des Schlosses Miramar begonnen. Seine Sammelleidenschaften erstreckten sich auf naturwissenschaftliche, archäologische und ethnologische Objekte sowie Autographen. Gipfeln sollte das Ganze in einem großen Museum – im Hinblick auf bleibende Wirkung. Eine umfangreiche Reisetätigkeit führte ihn vor allem in die Mittelmeerländer, 1859/60 unternahm er eine große Brasilienreise. All dies dürfte der Erzherzog aber kaum als Ersatz für eine politische Aufgabe empfunden haben.

Nachvollziehbar ist, dass er der Idee, Kaiser von Mexiko zu werden, aufgeschlossen gegenüberstand. Ob er die politischen Realitäten wirklich nicht überblickte oder sie nicht sehen wollte, ist schwer zu sagen. Erstmals hatten sich mexikanische Exilanten im Oktober 1861 mit einem entsprechenden Ansinnen an ihn gewandt.



Ernennung Ferdinand Maximilians zum Kaiser Mexikos: Gemälde von Cesare Dell'Acqua aus dem Jahre 1867 Bild: akg

In Mexiko hatte sich Präsident Benito Juárez im Bürgerkrieg durchgesetzt. Bezüglich der Staatsschulden verkündete er ein Moratorium der Bedienung. Frankreich gehörte zu den Staaten, welche die Zahlung mittels einer Militärexpedition erzwingen wollten. Allerdings hatte der französische Kaiser Napoleon III. weitergehende Ziele. Er beabsichtigte, die Gelegenheit zu nutzen, um ein von ihm abhängiges Regime in Mexiko zu installieren. Zusammen mit Juárez' Gegnern verfolgte er den Plan, einen europäischen Prinzen als Herrscher einzusetzen.

Ferdinand Maximilian stellte Bedingungen. Er wünschte eine vergleichsweise liberale Verfassung. Zudem verlange er die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit der Mexikaner zu seiner Herrschaft. Die Verfassungsvorstellungen scheiterten an Napoleon, die manipulierte Abstimmung unter der Bevölkerung fiel nur scheinbar zu seinen Gunsten aus. Unter einem guten Stern stand die neue Monarchie folglich nicht, als der Kaiser am 12. Juni 1864 in Mexiko-Stadt einzog. Angewiesen war er auf die französischen Truppen.

Er bereiste das Land und war um Aussöhnung mit seinen Gegnern bemüht – was ihm wiederum die Feindschaft derer einbrachte, die ihn ursprünglich unterstützt hatten. Juárez war noch immer stark, Maximilian I. hatte stets nur einen Teil Mexikos unter Kontrolle. Großen Wert legte er auf Zeremoniell und Äußerlichkeiten seiner Herrschaftsausübung – was allerdings höchstens in Ansätzen nach seinen Vorstellungen zu realisieren war: Die Neigung zur Flucht vor der Wirklichkeit wurde hier besonders deutlich.

Als die USA nach dem Ende des Sezessionskrieges ihr Interesse wieder dem südlichen Nachbarn zuwandten, konnte sich Napoleon III. in Mexiko nicht mehr halten. Damit war auch ein Ende der Herrschaft Maximilians I. absehbar. Seine Frau, Charlotte von Belgien, die ihn zur Annahme der Krone gedrängt hatte, bemühte sich in Europa um Unterstützung. Nachdem sie erfolglos beim Papst

> Ehrgeizig versuchte er den Ausbruch aus dem Schattendasein

vorgesprochen hatte, erlitt sie im September 1866 einen psychischen Zusammenbruch, von dem sie sich nicht wieder erholte.

Zur selben Zeit hatte Maximilian I. Abdankungspläne, allerdings wurden diese verworfen oder verschoben. Er musste sich nach Querétaro zurückziehen. Hier wurde er im Mai 1867 gefangengesetzt, zum Tode verurteilt und nach einer Bestätigung des wieder amtierenden Präsidenten Juárez am 19. Juni erschossen.

Das tragische Schicksal des mexikanischen Kaisers aus Österreich wurde künstlerisch vielfach verarbeitet, auch Legenden blieben nicht aus. So soll er nicht hingerichtet worden sein, sondern bis 1936 – da wäre er 104 gewesen – unter falschem Namen weitergelebt haben.

Erik Lommatzsch

Als die Briten China berauschten

Vor 175 Jahren begann der erste Opiumkrieg – Er brachte England die Insel Hongkong ein

„Frankreich ist ein eigenartiges Land. Es ist die Heimstatt wunderbarer Ideen. Aber wenn es auf Reisen geht, nimmt es sie nie mit.“ Dieses Wort des vietnamesischen Unabhängigkeitskämpfers und Staatschefs Ho Chí Minh gilt nicht nur für die Grande Nation, sondern auch für andere Staaten des Westens. Viele Länder haben den Westen eben nicht über dessen Ideen, Werte und Ideale, sondern über dessen Imperialismus kennengelernt. Insofern zeugt es auch nicht selten von – im günstigeren Falle – Ignoranz, wenn nicht gar schlimmer noch von Heuchelei, dass westliche Medien mit Unverständnis oder gar dem Vorwurf der Bösartigkeit darauf reagieren, wenn nicht-westliche Mächte oder Nationen trotz der „wunderbaren Ideen“ des Westens reserviert auf dessen Versuche reagieren, die Welt zu ordnen.

Nicht zu Unrecht betrachtet sich China als Opfer einer ganzen Reihe ihm zwischen 1842 und dem Ersten Weltkrieg vom Ausland im Allgemeinen und vom Westen im Besonderen aufgezwungener Verträge. Der erste dieser sogenannten ungleichen Verträge war der Vertrag von Nanking, der den ersten Opiumkrieg beendete, der vor eindreiviertel Jahrhunderten begann.

Wie so viele Kriege im Allgemeinen und der Angelsachsen im Besonderen hatte er wirtschaftliche Ursachen. Das Volk der „tea time“ importierte aus China im großen Stil Tee sowie das Luxusgut Seide und auch Porzellan. Es hatte dem jedoch lange Zeit keinen vergleichbaren Exportartikel entgegenzusetzen. Das lag zum einen an der geringen Nachfrage in China nach britischen Produkten und zum anderen daran, dass das Reich nicht nur sich selbst, sondern auch seine Märkte gegenüber dem Ausland stark abschottete und den Import reglementierte, ein Phänomen über das auch heutzutage gerne von westlichen Geschäftsleuten geklagt wird. Das Ergebnis war eine stark negative Handels- und Zahlungsbilanz, die in Großbritannien zu einer Silberknappheit zu führen drohte.

> Umwandlung in ein halbkoloniales Protektorat, aber auch Kontakt mit der Moderne

Doch dann fanden die Briten einen hochwertigen Exportartikel für den Handel mit China: Opium. Ab zirka 1820 nahm der britische Export bengalischen Opiums nach China dramatisch zu, so dass schließlich die Handelsbilanz kippte. Dass der Verkauf von Opium in China verboten war, kratzte die Briten so wenig wie heutige Großdealer das analoge Verbot in der Bundesrepublik.

Das missfiel dem chinesischen Kaiser. Zum einen machte er sich Sorgen um die Gesundheit seines Volkes, seiner Beamten, seiner Soldaten. Zum anderen kippte die Handelsbilanz, und nun drohte in China das Silber knapp zu werden. Die chinesischen Steuern mussten in Silber bezahlt werden und da das Silber des kleinen Mannes in China Kupfer war, musste dieser immer mehr Kupfer aufbringen, um seine Steuern zahlen zu können, was wiederum die Gefahr von Aufständen erhöhte.

Ähnlich wie heutige westliche Gesellschaften sah sich damals der Kaiser mit seinen Beratern mit der Frage konfrontiert, ob er den Drogenhandel legalisieren sollte, um ihn unter Kontrolle zu bringen, oder ob er den Versuch wagen sollte, das Verbot durchzusetzen. Viele britische Kaufleute rechneten mit dem ersten Weg und investierten deshalb in diesen Geschäftszweig. Fürs erste entschied sich der Kaiser jedoch anders.

1838 schickte er mit Lin Zexu einen entschiedenen Rauschgifthandelsgegner als Sonderkommissar nach Kanton, um den Import zu unterbinden. Erst beschränkte sich Lin Zexu auf die Verfolgung der chinesischen Zwischenhändler, doch dann wagte er sich auch an die britischen Großhändler vor Ort heran. Er stellte sie am 24. März 1839 unter Hausarrest und erzwang so die Herausgabe von 1400 Tonnen Opium, die er demonstrativ vernichten ließ.

> Der Krieg endete mit dem ersten der »ungleichen Verträge«

Das verlangte in britischen Augen nach „Genugtuung und Wiedergutmachung“. Um diese vom Kaiser zu erzwingen, entsandte die europäische Seemacht als Strafmaßnahme eine Flotte an die chinesische Küste. Diese Kanonenbootpolitik erwies sich gegenüber den Holzdschunken der Chinesen als höchst effektiv. Die Welt und nicht zuletzt die Chinesen selbst mussten erleben, wie stark sie durch ihre Selbstisolation technologisch zurückgefallen waren. Dieses ließ kluge Chinesen die Notwendigkeit der Öffnung erkennen. Viel schwerwiegender war jedoch die nun folgende gewaltsame Öffnung von außen durch die ungleichen Verträge.

1842 beendeten die beiden kriegführenden Mächte den ersten Opiumkrieg mit dem Vertrag von Nanking. Zum ersten mussten die Chinesen 21 Millionen Silberdollar Wiedergutmachung zahlen. Die größten Posten stellten dabei die Kosten für die britische Strafmaßnahme zur See und die Entschädigung für das vernichtete Opium dar. Zum zweiten musste der Kriegsverlierer dem Gewinner das „ewige Besitzrecht an der Insel Hongkong“ abtreten. Zum dritten erreichten die Briten für ihre Landsleute in China, was heute die US-Amerikaner für ihre GIs in Afghanistan verlangen: den Verzicht des Gastlandes, über ihre Gäste zu richten. Schließlich und schlussendlich erzwangen die Briten die Öffnung des chinesischen Marktes. Sie konnten unter Umgehung der sogenannten Cohong-Gilde und der vom Hof bestellten Handelsbeamten direkt mit den chinesischen Handelshäusern Handel treiben. Und die Chinesen mussten den Briten ihre fünf Hafenstädte Kanton, Xiamen, Fuzhou, Ningbo und Shanghai öffnen für freien Handel einschließlich Niederlassung. Mit dem verlorenen ersten Opiumkrieg nahm der Prozess der Umwandlung Chinas in ein halbkoloniales Protektorat, aber auch der Kontakt der Chinesen mit der Moderne seinen Anfang.

Manuel Ruoff

»Bismarcks« Schwester

Am 1. April 1939 wurde das deutsche Schlachtschiff „Tirpitz“ in Anwesenheit von Adolf Hitler getauft. Die Indienststellung erfolgte am 25. Februar 1941. Die „Tirpitz“ war das Schwesterschiff der „Bismarck“ sowie das letzte in und für Deutschland gebaute Schlachtschiff. Gemeinsam sollten die beiden Einheiten Deutschlands wiedererrungene Stärke zur See demonstrieren. Sie wurde gegen britische Nordmeergeleitzüge und vor Norwegen eingesetzt. Ihre bloße Anwesenheit zwang die Briten, ihre Geleitzüge durch schwere Einheiten zu schützen. So war die „Tirpitz“ indirekt erfolgreich, obwohl sie während der gesamten Dienstzeit keine Feindberührung mit gegnerischen Kampfschiffen hatte. Ab 1944 bombardierte die britische Royal Air Force regelmäßig die „Tirpitz“, und am 12. November 1944 besiegelten bunkerbrechende „Tallboy“-Bomben das Schicksal des Schiffes. Die „Tirpitz“ kenterte vor der norwegischen Küste bei Tromsö. 1204 Besatzungsmitglieder starben.



Schlachtschiff „Tirpitz“ Bild: Archiv

Britta Heitmann

Spiel mit der Inflation

Mit Hilfe der Geldentwertung baute Hugo Stinnes sein Wirtschaftsimperium aus – Vor 90 Jahren starb er in Berlin

Gerne werden in unserem Land Großindustrielle mit dem Kaiserreich oder dem Dritten Reich in Verbindung gebracht, um entweder den jeweiligen Mann oder/und den jeweiligen Staat zu belasten. Hugo Stinnes hingegen erlebte den Höhepunkt seines unternehmerischen Schaffens in der Weimarer Republik. Richtig reich wurde er durch etwas, was uns heute vornehmlich Politiker aus dem linken politischen Spektrum und aus Südeuropa als Patentrezept präsentieren: die Inflation.

Wenn Hugo Stinnes auch einen imponierenden Konzern aufgebaut hat, so hat er doch nicht bei Null angefangen. Als der Preuße am 12. Februar 1870 in Mühlheim an der Ruhr geboren wurde, besaß seine Familie bereits die Matthias Stinnes Kommanditgesellschaft mit Kuxmehrheiten an den Zechen Victoria Mathias, Graf Beust, Friedrich Ernestine, Carolus Magnus und Mathias Stinnes. Nach dem Abitur, Lehrjahren im Koblenzer Handelsunternehmen Carl Spaeter und in der Mülheimer Zeche Wiesche sowie einem abgebrochenen Studium an der Technischen Hochschule Charlottenburg trat er 1890 als Prokurist in das Familienunternehmen ein. Allerdings war er sich uneins mit dem Geschäftsführer Gerhard Küchen. Unfähigkeit und Alkoholismus hielt er seinem Vetter vor. Er stieg deshalb aus dem Familienunternehmen aus und gründete im Alter von 23 Jahren ein eigenes, die spätere Hugo Stinnes GmbH. Dabei unterstützte ihn neben anderen Verwandten seine Mutter großzügig, die hierfür ihren Anteil am Familienunternehmen verkaufte.

Schon bald zeigte sich Hugo Stinnes Neigung zu vertikalen Konzernen mit einer großen Fertigungstiefe. Er handelte nicht nur mit Rohstoffen, sondern förderte, verarbeitete und transportierte sie auch. So erwarb er die familieneigene Zeche Mathias Stinnes, betätigte sich als Reeder und beschäftigte sich mit der Kohleaufbereitung. Des Weiteren handelte er auch mithilfe von Kohle hergestellten Produkten wie Eisen und Stahl. Für den Bergbau notwendiges Holz importierte er aus dem Zarenreich, für die Eisen- und Stahlproduktion nötiges Eisenerz aus Schweden. Hiervon versprach er sich eine Reihe von Vorteilen. Dadurch dass Rohstoffförderung und Rohstoffverarbeitung bei ihm in einer Hand lagen, konnte er Preisbindungen durch Kartelle für Rohstoffe unterlaufen. Zudem war er, was insbesondere in den wilden Anfangsjahren der Weimarer Republik wichtig war, weniger von der Zuverlässigkeit fremder Zulieferer und Abnehmer abhängig.



„König der Inflation" und „neuer Kaiser von Deutschland": Großunternehmer Hugo Stinnes (Mitte) Bild: pa

Seine Suche nach Synergieeffekten ließ ihn in seiner weiteren Heimat, dem Rheinland und dem Ruhrgebiet, nach Großbetrieben streben, für die seine eigenen Mittel lange Zeit nicht ausreichten. So beteiligte er sich an der Gründung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE), die Kohle verstromte, der Mülheimer Bergwerks-Verein AG und der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG.

Ganz modern in Zeiten der „Public-Private Partnership" (PPP, öffentlich-private Partnerschaft) wirken auch die von ihm verfolgten Ansätze bei der Verfolgung von Großprojekten wie der Elektrifizierung Westdeutschlands oder dem Auf- beziehungsweise Ausbau eines leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs in West- und Süddeutschland.

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges war Stinnes zu einem der größten Montanunternehmer Deutschlands aufgestiegen. Im Krieg gehörte er zu den bedeutendsten Kriegslieferanten.

Die Novemberrevolution und die aus ihr hervorgegangene Weimarer Republik gab ihm dann die Möglichkeit, Geschichte zu schreiben. Am 15. November 1918 schloss er mit dem Gewerkschafter Carl Legien einen historischen Kompromiss. In dem sogenannten Stinnes-Legien-Abkommen erkannte die von Stinnes vertretene Arbeitgeberseite die Gewerkschaften als legale wie legitime Interessenvertretung der Arbeiterschaft und Verhandlungspartner auf Augenhöhe an, wofür die durch Legien vertretene Gewerkschaftsseite auf eine revolutionäre Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus verzichtete.

Von dem klassischen Problem unternehmerischer Aufsteiger, einer für die eigenen ambitionierten Expansionsplanungen zu geringen Kapitaldecke, sowie den Verlusten im Ersten Weltkrieg wurde Stinnes durch die Inflation entlastet. Sie minimierte die Schuldenlast, die er für die wirtschaftliche Expansion auf sich nehmen musste. 1922 erklärte er, dass er Versuche zur Stabilisierung der Mark um jeden Preis bekämpfen werde. Stinnes ließ den Worten auch Taten folgen. 1923 förderte er durch den Ankauf von Devisen im großen Stil an der Börse die Inflation und brachte dabei gleichzeitig auch noch eigene Mittel vor der von ihm geförderten Inflation in Sicherheit.

Nach dem von ihm geförderten Zusammenbruch der deutschen Währung umfasste sein Konzern 1535 Unternehmen mit 2888 Betriebsstätten von der Rohstoffförderung bis zur Fertigproduktion. Lange konnte sich Stinnes dessen allerdings nicht erfreuen. Bereits am 10. April 1924, gerade 54 Jahre alt, verstarb der sogenannte König der Inflation, der „neue Kaiser von Deutschland", wie ihn das „Time-Magazine" nannte. Von einer Gallenblasenoperation vermochte er sich nicht mehr zu erholen.

Außer seinem Unternehmensimperium hinterließ Hugo Stinnes seine Ehefrau, Cläre Stinnes geborene Wagenknecht, sowie die sieben gemeinsamen Kinder Edmund, Hugo Hermann, Clärenore, Otto, Hilde, Ernst und Else. Obwohl es an Nachkommen also nicht fehlte, fand er keinen geeigneten Nachfolger. Schon bald nach seinem Tod begann sein riesiges Firmenimperium zu zerbrechen. Das „meisterhafte Spiel auf der Klaviatur der Inflation", von dem sein Biograf Gerald D. Feldmann schwärmt, beherrschten sein Erben weniger. Sie verstanden es nicht, auf den Wellen der staatlichen Währungspolitik zu schwimmen, gingen vielmehr darin unter. Wenigstens die Seehandel der Hugo Stinnes Corp. konnte gerettet werden, aber auch nur vorerst, ging er doch im Zweiten Weltkrieg verloren, so dass heute nur noch wenig an den preußischen Ausnahmeunternehmer erinnert. *Manuel Ruoff*

> Mit dem Stinnes-Legien-Abkommen schrieb er Geschichte

»Er ist ein anständiger Mensch gewesen«

Vor 125 Jahren wurde der erste Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Ottomar Schreiber, geboren

Am 1. Mai 1889 wurde Ottomar Schreiber als Sohn eines Lehrers in Marienburg geboren. Die Familie ist seit 1412 im Preußenland in der Komturei Rheden nachweisbar. Nach dem Abitur Ostern 1907 im westpreußischen Neustadt studierte Schreiber an den östlichsten Universitäten des Reichs, in Breslau und Königsberg, Geschichte, Philosophie und neuere Sprachen. 1912 promovierte er in Königsberg mit einer Arbeit über die Personal- und Amtsdaten der Hochmeister des Deutschen Ordens. Das Staatsexamen legte er 1913 ab.

Im Ersten Weltkrieg kämpfte der Leutnant der Reserve in Ostpreußen, Polen und den Karpaten. Das Diktat von Versailles trennte mit dem größten Teil Westpreußens auch Neustadt, die Stadt seiner Jugend- und Schulzeit, vom Deutschen Reich und überantwortete es polnischer Herrschaft. Danzig, gleichfalls ohne Befragung der Einwohner in Versailles vom Reich getrennt, wurde „Freistaat". Dort, in Langfuhr und Oliva, war er als Studienreferendar im Schuldienst tätig, bis er, seiner Neigung zur Literatur folgend, die Leitung des Verlags „Deutsche Meister" übernahm, wo er für die Verlagszeitschrift und die Herausgabe von 50 Klassiker-Einzelausgaben verantwortlich zeichnete.

1922 wurde Schreiber, der weder Volkswirtschaft studiert noch praktische kaufmännische Erfahrungen aufzuweisen hatte, die Stelle des Syndikus in der Industrie- und Handelskammer in Memel angeboten. Er trat dieses Amt in einer für Land und Wirtschaft nahezu perspektivlosen Zeit an. Hatten doch die alliierten Friedensmacher diesen nordöstlichen Teil Ostpreußens mit 141 000 Einwohnern und 2700 Quadratkilometern ohne Volksabstimmung vom Mutterland losgerissen, ohne weitere Verfügungen zu treffen.

> Präsident des Memeldirektoriums und Staatssekretär im Vertriebenenministerium

Kurz nach seinem Amtsantritt erlebte Schreiber, wie litauische Freischärler im Januar 1923 in das von französischen Truppen besetzte Memelland einfielen und die französische Besatzung vertrieben. Schreibers nun folgende Tatkräftigkeit darzulegen, hieße, die 20-jährige Geschichte dieses um sein Deutschtum kämpfenden „Memelgebiets" zu schreiben. Sehr schnell erarbeitete er sich die für sein Amt erforderlichen umfassenden Kenntnisse der wirtschaftlichen Lage und handelspolitischen Verflechtungen des Memellandes.

In Verhandlungen mit den Litauern, in Handelsbesprechungen mit Moskau wie mit Berlin oder den baltischen Staaten bewies er seine Fähigkeiten, Gegensätze auszugleichen wie auch besonnen gegen den litauischen Chauvinismus aufzutreten. 1932 von allen deutschen Parteien zum Präsidenten des Memeldirektoriums gewählt, wurde er von der litauischen Regierung im Juni 1934 abgesetzt und des Hochverrats angeklagt. 1938 konnte Schreiber sein Amt als Syndikus wieder übernehmen. Am 22. März 1939 kehrte das Memelland auf Grund des deutsch-litauischen Staatsvertrags zum Reich zurück.

Anfang 1945 kam Schreiber als Vertriebener nach Tegernsee. Sehr bald begann er, in zahllosen Reden und Schriften für das Recht der Vertriebenen und gegen das Unrecht der Vertreibung Zeugnis abzulegen. Mehr als 130 solcher Reden hat Fritz Gause in seiner 1955 bei Gräfe und Unzer erschienenen Dokumentation „Erbe und Aufgabe des deutschen Ostens" aufgelistet. Bei der Godesberger Tagung führender Persönlichkeiten der deutschen Ostprovinzen am 11. und 12. August 1948 wurde Schreiber zum Repräsentanten Ostpreußens bestimmt.

Am 3. Oktober 1948 gründeten die ostpreußischen Kreisvertreter die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und wählten Ottomar Schreiber zum Sprecher der Landsmannschaft. Anfang 1949 wurde er Leiter des Amts für Fragen der Heimatvertriebenen im Verwaltungsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt am Main, bei der Errichtung des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte dessen Staatssekretär. Im November 1953 schied er aus dem Amt, im Frühjahr 1954 wurde er mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt.



LO-Sprecher von 1948 bis 1951: Ottomar Schreiber Bild: Archiv

In Schreiber, der unter den Mauern der Marienburg geboren worden war, im westlichen Preußenland geformt wurde und im memelländischen Nordosten sich in schwieriger Zeit als Patriot bewährte, trafen Pflichttreue, Redlichkeit sowie ein aus historischen und philosophischen Studien geprägtes Weltbild zusammen. Die im Osten gewonnenen Erfahrungen befähigten ihn wie keinen anderen, die Landsmannschaft ins Leben zu rufen, sie zu führen und zu formen und sie mit einem aus Tradition und Gegenwartsforderungen gebildeten Auftrag in das geistige und politische Ringen um den deutschen Osten treten zu lassen.

Im Oktober 1951, als die berufliche Arbeit ihm nicht mehr Zeit für die anwachsenden Aufgaben im organisatorischen Bereich seiner Landsmannschaft gab, trat er vom Sprecheramt zurück. Als erster und bisher einziger Ehrenpräsident hat er seiner Landsmannschaft noch weiter gedient, bis der Tod diesem mit weitgesteckten Planungen erfüllten Geist ein jähes Ende setzte. In der Nacht vom 5. zum 6. Februar 1955 starb er in München nach einer schon beinahe überstandenen Krankheit an einer Lungenembolie. Ottomar Schreiber war eine große Persönlichkeit des deutschen Ostens und hat an sich die von ihm in einer Rede 1950 erhobene Forderung wahrgemacht:

„Auf unseren Gräbern werden keine steinernen Kreuze stehen, aber leben sollten wir so, dass, wenn wir unsere letzte Ruhestätte gefunden haben, unsere Nachkommen sagen werden: Er ist ein anständiger Mensch gewesen." *E.B.*

»D« steht für »dumm«

Zu: Krim-Krise spaltet auch Russland (Nr. 12)

Wann wird sich Deutschland um die völkerrechtswidrige Abspaltung Ostpreußens von Deutschland kümmern? Aber deutsche Politiker kümmern sich lieber um den Hindukusch, die Krim oder um Afrika – je weiter weg, umso besser. Das „D“ steht wahrscheinlich nicht nur für Deutschland, sondern für „dumm“ – aber zum Glück nicht alle. Ein Lichtblick ist die *PAZ*.

Den Maastricht-Vertrag brechen, illegal CDs ankaufen, den ESM unterzeichnen, die NSA-Spionage verharmlosen – für solche Rechtsbrüche sind die meisten Deutschen blind. Aber mit dem Finger auf Putin und die Krim zeigen – das befriedigt viele.

Deutsche Bürger mit bis zu zirka 70 bis 80 Prozent Gesamtsteuerlast zu besteuern (Einkommenssteuer, Umsatzsteuer, Zinssteuer, Mineralölsteuer, Grunderwerbsteuer, Schenkungssteuer, Erbschaftssteuer und so weiter), aber sie gleichzeitig als „Sünder“ zu beschimpfen, wenn Deutsche Steuerzahler die exorbitante und sklavische Steuerlast drücken wollen, ist absolut mies. Die eigentlichen Diebe sind die Politiker, die einen Steuerdschungel geschaffen haben, bei dem niemand mehr seine tatsächliche exorbitante Steuerlast genau erkennen kann und selbst bei gutem Willen nicht alle Gesetze perfekt anwenden kann und so zum Rechtsbrecher und Steuersünder gestempelt wird.

Gleichzeitig sollen Politiker, wie man lesen konnte, Rückgabeverhandlungen über Ostpreußen in den Wind geschlagen haben und so unermesslich viel Wirtschaftliches und anderes Potenzial vergeudet haben. Wer klagt in diesem Falle an? **Hans Dieter Audehm, Hagen**

Ein ungeliebtes Monster

Zu: Der „Rechtspopulist“ von Potsdam (Nr. 12)

Schon erstaunlich, wie unterschiedlich Sichtweisen sein können. Der hier aus der Nähe in Bielefeld stammende CDU-Europa-Abgeordnete Elmar Brok kritisiert und straft das kleine, feine Dänemark barsch und vehement ab. Weil die Dänen es damals unter konservativer Regierung gewagt hatten, Stichproben-Kontrollen an Außengrenzen – vornehmlich im Raum Flensburg – anzukündigen. Ziel: Gegen Schleuserkriminalität, gegen Rauschgiftflutung. Dänemark sah sich diesen Verbrechen hilflos ausgeliefert. Brok sah daraufhin die Freizügigkeit Europas in Gefahr, das Schengen-Abkommen, und er drohte Dänemark mit dem Europäischen Gerichtshof und weiteren Scheußlichkeiten. Laut und infam stellte er das Land an den Pranger.

Unsere Partner in Dänemark waren darüber nicht amüsiert: typisch Deutsche, der hässliche Deutsche mit Gesicht. Herrn Brok habe ich eine Protestmail geschickt, diese blieb ohne Antwort. Auch typisch für diesen Mann, der jede Bodenhaftung verloren zu haben scheint. Er brüstet sich mit Politgrößen von Bush bis zur Kanzlerin. Gegen Großbritannien hat er ähnlich polemisiert, als die den EU-Haushalt 2013 deckelten, David Cameron in trauter seltener Einigkeit mit der Kanzlerin.

Broks Einstellung zur Forderung eines Ausgabenstopps im überbordenden Eine-Billion-Euro-Haushalt: „Großbritannien dann eben raus aus der EU.“

Mein Fazit: Es gibt in der CDU Europa-Politiker, die uns die Europäische Union verleiden und die dafür verantwortlich sind, dass dieses gigantische Monster EU nicht geliebt und noch weniger geachtet wird. **Bernd L. Müller, Löhne**

Knallharte Russen

Zu: Mut zur Ehrlichkeit (Nr. 12)

Ich bin seit vielen Jahren treuer *PAZ*-Leser und mit der Zeitung und ihren Beiträgen im höchsten Maße zufrieden. Auch die Vorsitzende des BdV, Erika Steinbach, habe ich immer positiv bewertet in Bezug auf die Vertriebenenpolitik dieses Staates. Aber was Frau Steinbach in einer Talk-Sendung bei Maischberger in Bezug auf Russland und die Krim von sich gegeben hat, da hab ich gedacht, ist die gedreht worden oder glaubt sie tatsächlich an das, was sie da von sich gegeben hat?

Ich bin Osteuropa-Anhänger und kenne seit vielen Jahren Polen, Russen und andere. Meine Sympathie liegt bei den Russen, die polnische Regierung kann da jammern, wie sie will (denn das hat sie schon immer gemacht). Der Russe war auch schon immer knallhart, wenn es um seine eigenen Interessen ging. Das war so, das ist so und das wird immer sein. **Ralf Meier, Pölsfeld**



Das zerstörte Dresden nach den Bombenangriffen im Februar 1945: Ein Mitglied der Piratenpartei hatte dem britischen Bomber-Harris am Gedenktag für die Zerstörung „gedankt“ Bild: Archiv

Unsinnige Pellets

Zu: Nächste Leiche im Ökokeller (Nr. 10)

Pelletbunker im Haus sind eine gute Möglichkeit, um die Familie auszurotten. Denn Kondenswasser kann sich in Bunkern gut niederschlagen und die Schimmelbildung fördern. Sporen von Pilzen und pilzähnlichen Bakterien können ein Anfall von allergischem Asthma auslösen.

Um grünes Holz in kleinen Feuerungen geruchlos und schadstofffrei zu verbrennen, muss die Verbrennungstemperatur bei 1250 Grad liegen. Diese Temperatur ist bisweilen über dem Ascheschmelzpunkt. Die Ofensäuberung ist eine zeitaufwendige Angelegenheit. Dies habe ich mal bei einem Bekannten erlebt. Um die Feuerungsklappe auf zu bekommen, stand ein Kuhfuß neben dem Ofen. Zirka alle drei Tage musste man den zur Hand nehmen. Pelletheizungen verteilen auch Sporen in der Umgebung. Es ist gesammelter Irrsinn. **W. Scholz, München**

Kontrolle ist besser

Zu: Der „Rechtspopulist“ von Potsdam (Nr. 12)

Das Schengen-Abkommen – wem nutzt es und wer hat Vorteile? Es bringt nur denen Vorteile, die nichts Gutes im Sinn haben. Es kommen die Ärmsten der Armen gut organisiert hierher, machen ein paar Raubzüge und sind schnell wieder weg. Mich hat es nie gestört, wenn ich an einer Grenze kontrolliert wurde, und ich wurde beim Passieren oft herausgewunken. Ohne Grenzkontrollen sehe ich nur steigende Kriminalität, und wir Bürger haben das Nachsehen. **Fredi Volkmann, Dortmund**

PAZ ist Gold wert

Zu: *PAZ* Nr. 12

Diese *PAZ*-Ausgabe ist nicht mit Gold aufzuwiegen! Dass man so befreit aufatmet, in den Grundzügen neue Wahrheiten fundiert recherchiert und kommentiert gedruckt zu sehen, ist eigentlich bestürzend. So sind unabhängiges Denken und freies Wort doch noch zu finden, eine Tradition, die im Deutschland der Gegenwart durch Verschweigen vergessen gemacht werden soll und, so sie sich zeigen, durch verleumdende Interpretation und Zuordnung zertreten werden sollen. Der Kampf gegen die Gedanken ist schon lange totalitär. Dank und Gratulation – auch den unerschrockenen Leserbriefschreibern! **Gudrun Schlüter, Münster**

Revision der Opferzahlen lässt System erkennen

Zu: Eine Verhöhnung (Nr. 12)

Dem Leserbriefschreiber Rainer Sebald ist voll und ganz zuzustimmen, wenn er die im Laufe der letzten Jahrzehnte ständig nach unten revidierten Zahlen der bei den Luftangriffen auf Dresden im Februar 1945 ums Leben gekommenen Personen als „Verhöhnung der zivilen Opfer“ bezeichnet. Allerdings kann dahinter auch ein „System“ vermutet werden, wenn man sich diese Revisionen einmal näher anschaut:

1955, also ein Jahrzehnt nach den Angriffen, bezifferte der Ministerrat der DDR die Zahl der Getöteten mit mehr als 300 000, fast zehn Jahre später (1964) zitierte der britische Historiker David Irving aus der Liste der Dresdner Ordnungspolizei vom 2. März 1945, wonach insgesamt 202 040 Tote erfasst wurden, und wiederum ein Jahrzehnt danach (1974) sprach auch der deutsche Schriftsteller Rolf Hochhuth von 202 000 Angriffsopfern.

1981 bezeichnete der amerikanische Historiker Alfred de Zayas die Zahl von 300 000 Toten als „absolute Untergrenze“, und vier Jahre später veröffentlichte der Bundeswehr-Oberstleutnant Eberhard Matthes, der 1945 Erster Generalstabsoffizier des Verteidigungsbereichs Dresden gewesen war, eine Erklärung, wonach seinerzeit 350 000 Leichen „voll identifiziert“ und 50 000 weitere „unidentifiziert“ gewesen seien, außerdem habe es 168 000 Opfer gegeben, „an denen es nichts mehr zu identifizieren gab“.

Selbst 1992 ließ die sächsische Landeshauptstadt noch verlautbaren, „eine Zahl von 250 000 bis 300 000 Opfern dürfte realistisch sein“. Doch schon im Jahr darauf sprach dasselbe Dresden plötzlich nur noch von „mindestens 35 000 Menschen“, die den Tod gefunden hätten (hatte man da vielleicht schlichtweg nur eine „Null“ vergessen?), und anlässlich des 50. Jahrestages 1995 hieß es im Begleitbuch zur Dresdner Ausstellung „Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit“ gar, dass nur etwa 25 000 Menschen getötet worden seien, obwohl noch im Jahr zuvor (1994) das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg die Ansicht geäußert hatte, es seien mehr als 200 000 Tote zu beklagen gewesen. Inzwischen ist man, wie zu lesen war, bei nur noch 16 000 Opfern angekommen.

System? Ich behaupte ja und möchte dies an einem Beispiel der letzten Tage belegen: Am 1. März wurde in Rommerskirchen der Opfer eines US-Luftangriffs vom selben Tag im Jahre 1945 gedacht, bei dem 131 Menschen den Tod fanden – und das, obwohl die Amerikaner nur wenige Kilometer weit entfernt standen und ihre Truppen zwei Tage später (am 3. März 1945) bereits in den Ort einmarschierten. Die Organisatoren des jüngsten Gedenkens ließen es sich trotz der Trauer um die damaligen deutschen Opfer jedoch nicht nehmen zu erwähnen, dass die ersten Bomben in jenem Krieg aus deutschen Flugzeugen gefallen seien und zwar auf die polnische Stadt Frampol. Außerdem dürfe man den Angriff auf Coventry in Großbritannien nicht vergessen, denn wenn man hier und heute der deutschen Opfer von 1945 gedenke, so müsse das alles immer im historischen Zusammenhang gesehen werden – will heißen, man dürfe nie vergessen, wer den Krieg begonnen habe.

Und hier gilt gleiches für Dresden: Deutsche Opfer sind eben nur als zweitrangig einzustufen, weil sie in der Folge der vorherigen Opfer deutscher Angriffe gesehen werden müssen. Geschichtsbetrachtungen im Jahre 2014 – politisch korrekt! **Wolfgang Reith, Neuss**

Ein alter Reflex

Zu: Profilierung auf Kosten Russlands (Nr. 11)

Ich bin mir nicht sicher, ob Polen seine Machtposition in Europa damit festigen will. Ich denke eher, hier sind alte antirussische Reflexe wirksam. Vielleicht erhofft sich Polens Premier Tusk auch durch seine 150-prozentige Gehorsamkeit gegenüber den USA einen Vorteil. **Jürgen Kunz, Buchen**

Nichts als Ärger

Zu: Polternde Propaganda (Nr. 11)

Wenn Europa jetzt zu Deutschland hielte und wir eine Regierung mit Rückgrat hätten, dann könnten wir auch eine klare Position zur Eroberung der Krim durch die Russen haben, und UN-Truppen könnten in der Ukraine für Ruhe sorgen. Bundeskanzlerin Merkel ist weder willens noch in der Lage, eine klare Position in der Sache zu beziehen.

Deutschland braucht Russland mehr als die Vereinigten Staaten, ob das uns gefällt oder nicht. Alle Kriege, an denen wir uns mit den USA beteiligt haben, haben uns nur viel Geld gekostet, aber es hat uns Deutschen nichts als Ärger eingebracht wie in Afghanistan.

Warum lernen wir nicht aus der Geschichte? Hätten wir zu Russland gehalten und deren Ängste ernst genommen, wäre es gar nicht erst zur Krim-Krise gekommen. **Dirk Peter Harling, Barterode**

Ukraine gehört nicht auf die EU-Agenda

Zu: Deutschland soll zahlen (Nr. 11)

Hat denn keiner den Mut und ist bereit, die geostrategische Hybris des Herrn Obama global einzugrenzen? Putin hält sich doch auch in Mexiko zurück. Es darf nicht so weit kommen, dass die „EUdSSR“ zum Handlungsbeauftragten der USA wird. Welche Damen und Herren haben sich im Politbüro von Brüssel erdreistet, diese wilde „Osterweiterung“ Richtung Moskau zu betreiben? Sie müssten eigentlich wegen gefährlicher Kompetenzanmaßung ihre Koffer packen.

Wir in Deutschland wollen nicht für den Größenwahn in Brüssel büßen müssen. Alles nach dem Motto: mitgefangen, mitgehangen. Das alles ist ein großes Ärgernis. Die Euro-Rettungsschirme sind schon schlimm genug. Die Ukraine, die Krim – das alles ist russische Einflusssphäre. Hier ist das Verständnis der USA als ehemaliger Verbündeter gefordert. Deutschland mit seinen Vertriebenen trägt schon die Hauptlast der Brüsseler Unterstützungsgelder für Polen. Die Ukraine darf nicht zusätzlich auf die Agenda gesetzt werden. **Gerd M. Gabler, Lübbecke**

Wir sind schutzlos

Zu: Mut zur Ehrlichkeit (Nr. 12)

Sind wir heute schutzlos? Trotz der Beruhigungsversuche der Politiker kann man nicht ausschließen, dass die Krise um die Krim und die Ukraine sich bis zu einem Krieg aufschaukelt. Das erinnert mich an Berichte der *PAZ*, wonach der frühere SPD-Verteidigungsminister Peter Struck veraltetes Wehrmaterial an die Türkei verschenkt und fast alle unsere Leopard-Panzer für lau an das Ausland weggegeben hat. Damit hat Struck Millionenwerte des Bundes „für'n Appel und 'n Ei“ verscherbelt.

Heute geht die Staatsanwaltschaft dauernd gegen Politiker vor. Ich habe aber nicht erfahren, dass sie seinerzeit gegen Struck wegen Veruntreuung und Verschwendung von Volksvermögen vorgegangen wäre. Die Bundeswehr ist jetzt zur Landesverteidigung unfähig. **Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf**

Teure Personalie

Zu: Schmeißt Mehdorn hin? (Nr. 10)

Mehdorn wirft beim Berliner Flughafen hin? Das kostet aber! Ich bin gespannt, wie hoch sein Schweigegeld – Verzeihung, seine „Abfindung“ – diesmal sein wird. Hoffentlich wird er auch alles korrekt versteuern, was bei großen Summen bekanntermaßen nicht immer einfach ist. **Hartmut Bies, Offenbach-Hundheim**

Rentnern wird nicht gedankt

Zu: Die Familien sind die Dummen (Nr. 8)

Nein, nicht wir Familien sind die Dummen. Die Ehepaare, die aus den verschiedensten Gründen kinderlos bleiben, sind es, die keineswegs zu beneiden sind.

Sind wir nicht glücklich und können wir uns nicht auch geborgen fühlen in unseren Familien? Da klingelt es an der Tür, am Telefon, es kommen E-Mails und Fotos, und wir Alten werden noch gebraucht als Eltern und Großeltern. Der Umgang mit den Jungen hält uns frisch und mobil.

Auch ich war 15 Jahre Hausfrau, um unsere drei Kinder großzuziehen, da wir den staatlichen Einfluss in der DDR gering halten wollten. Dadurch beziehe ich heute eine Rente von genau 361,15 Euro, berechnet nach Rentenpunkten Ost. Wenn es nun für die Kinder einen Zuschlag geben sollte, werde ich ihn ohne Bedenken annehmen, denn auch die Rente meines Mannes ist nicht üppig ausgefallen. Das einzige, was mich nachdenklich, vielleicht auch leicht traurig stimmt, ist nach 25 Jahren deutscher Einheit wiederum die Trennung in Rente Ost und Rente West. **Sigrid Bosse, Cottbus**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 14 – 5. April 2014

Symbole der Pregelmetropole

Im Museum Friedländer Tor läuft eine Fotoausstellung zum Thema „Geschichte zur Entstehung des Denkmals ‚Symbole Königsbergs 1930'“. Es geht um eine Komposition des litauischen Künstlers Romanas Borisovas, die auf dem Kneiphof am 2. Oktober 2013 feierlich eingeweiht wurde. Auf dem Bronzemodell sind sechs Königsberger Sehenswürdigkeiten ausgearbeitet: die Universität Albertina, das Schloss, der Dom, das Theater, die Lagerhäuser im Stadtteil Lastadie und die Börse. Auf der Tafel neben dem Kunstwerk sind die Namen herausragender Persönlichkeiten der Stadt aufgeführt: der Philosoph Immanuel Kant, der Schriftsteller und Komponist E.T.A. Hoffmann, die Lyrikerin Agnes Miegel, die Künstlerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz und der Komponist Otto Nikolai. Das Modell wurde nach Vorkriegsentwürfen und Archivaufnahmen angefertigt. Die Fotoausstellung zeigt, wie die Arbeiten an der Komposition vorangingen und wie sie schließlich in Bronze gegossen wurden.

Die Idee zu dem Kunstwerk stammt von Giesela Peitsch, die 1930 in Königsberg geboren wurde. Sie lebt bei Hamburg und hat 36 Jahre lang humanitäre Arbeit bei der „Ostpreußenhilfe“ geleistet. An Peitschs Arbeit zum Erhalt des architektonischen Erbes ihrer Geburtstadt haben sich auch andere Ostpreußen beteiligt. Dank der tatkräftigen Unterstützung des Deutsch-Russischen Hauses in Königsberg konnte das Projekt nach langen Verhandlungen verwirklicht werden und der bekannte litauische Künstler, Aquarellist und Kenner Ostpreußens Borisovas wurde mit der Ausführung der Arbeit beauftragt.

Die Ausstellung ist noch bis zum 19. Mai zu sehen. *PAZ*

Milliardengrab Königsberger Moschee

Gericht verbietet Weiterbau des muslimischen Gotteshauses – Bauherren fordern Entschädigung

Noch bevor im Süden Königsbergs im Park nahe dem Friedländer Tor mit dem Bau einer Moschee begonnen wurde, hatte es heftige Proteste der Anwohner gegeben. Darüber setzten sich die Stadtväter seinerzeit hinweg, wogegen die Leitung des Museums Friedländer Tor klagte. Mit Erfolg: Das Bezirksgericht hat den Weiterbau gestoppt. Diese Entscheidung könnte die Königsberger nun teuer zu stehen kommen. Die Stadt soll der muslimischen Gemeinde nämlich Entschädigung zahlen.



Zu 80 Prozent fertiggestellt: Umstrittener Moscheebau in der Parkanlage beim Friedländer Tor Bild: Tschernyschew

Die Leitung des Museums Friedländer Tor hat vor dem Bezirksgericht Königsberg-Zentrum erfolgreich geklagt: Das Gericht hat den Weiterbau der schon im Rohbau fertigen Moschee gestoppt.

Schon zu Beginn der Bauarbeiten hatte sich die Leitung des Museums gegen eine Moschee in der Nachbarschaft ihres historischen Bauwerks gewehrt. Als alle Proteste und Demonstrationen nichts nützten, reichte sie Klage ein mit der Begründung, das ausgewählte Grundstück sei als Freizeit- und Erholungsfläche augewiesen. Zwar war das Gericht dieser Einschätzung bereits 2011 gefolgt, indem es die Zuteilung des Baulands für den Bau der Moschee für ungültig erklärte, den Bau hatte es damals jedoch nicht verboten. Die Baugenehmigung war gemäß einem Beschluss des Stadtrats erfolgt, der zuvor den Generalplan zur Bebauung der Stadt abgeändert hatte, indem er die Bestimmung des Parks von einer Freizeitzone in einen Bereich öffentlicher und kommerzieller Zwecke umwandelte. So kam es, dass die Stadtverwaltung und Bürgermeister Alexander Jaroschuk das Grundstück ungeachtet der anhaltenden Proteste von Bewohnern der benachbarten Stadtteile für den Moscheebau zur Verfügung stellten und grünes Licht für den Bau gaben. Darüber hinaus spendete Jaroschuk sogar noch knapp 22000 Euro für das Projekt.

Zu Beginn hatten verschiedene Grundstücke zur Wahl gestanden, doch letztendlich entschied man sich für das Parkgelände südlich des Stadtzentrums. Jaroschuk begründete die Entscheidung wie folgt: „Wenn man den Bau einer Moschee verbietet, werden die Moslems sich in Wohnungen versammeln, wo sie unter dem Einfluss von Extremisten stehen könnten.“

Jaroschuk unterstützt Klagen der Moslems

2010 begannen die Bauarbeiten und die Wände der Moschee wuchsen schnell. Zur Zeit sind die Bauarbeiten zu 80 Prozent abgeschlossen.

Die heute „Südpark“ genannte Grünfläche ist die größte in diesem Stadtteil; hier gehen Familien gern mit ihren Kindern spazieren. Der malerische Park war 1927 nach einem Entwurf des Landschaftsarchitekten Ernst Schneider anstelle des Parks entstanden, den König Friedrich Wilhelm IV. 1841 hatte anlegen lassen.

1927 entstand neben dem Friedländer Tor eine Badeanstalt mit Bootsanleger, deren Gebäude heute noch existiert. Es befindet sich genau neben der im Bau befindlichen Moschee.

Nach der jüngsten Entwicklung vertritt Jaroschuk jetzt den Standpunkt, der Ort für den Bau einer Moschee sei mit dem Südpark nicht richtig gewählt. Er traf sich bereits mit Vertretern der muslimischen Gemeinde und appellierte an sie, auf die Gerichtsentscheidung nicht emotional zu reagieren, sondern ihren Anspruch vor Gericht zu verteidigen: „Wir sprechen nicht über irgendeine Form von Diskriminierung. Wir haben genug Platz für den Bau von Moscheen, Synagogen oder Kirchen.“

Im Endeffekt wurde der muslimischen Gemeinde, die etwa 100000 Anhänger im Gebiet hat, eine Kompensation für den materiellen Schaden in Aussicht gestellt. Sie bereitet wegen des Urteils des Bezirksgerichts insgesamt fünf Klagen vor, bei denen es um umgerechnet insgesamt 1,2 Millionen Euro geht, welche die muslimische Gemeinde angeblich für die monatliche Wartung des unvollendeten Baus der Moschee aufbringen muss.

Alexander Jaroschuk hat zugesagt, die Stadt werde die Kosten, die für den Bau der Moschee bisher verwendet wurden, ersetzen für den Fall, dass das Gericht bei seiner Entscheidung, den Bau endgültig zu verbieten, bleibe. Die Frage, warum die Königsberger Steuerzahler für eine widersprüchliche Entscheidung des Stadtrats und des Bürgermeisters geradestehen sollen, stellt sich den Politikern offensichtlich erst gar nicht. *Jurij Tschernyschew*

Ungeliebte »Döner-Invasion«

Über 80 Königsberger mit Salmonellenvergiftung auf Intensivstation – Imbisse bieten vor allem Zuwanderern Arbeit

Ende vergangenen Monats ist es in Königsberg zu einer Massenlebensmittelvergiftung gekommen: 80 Menschen stürmten die Notaufnahmen der Krankenhäuser. Alle wiesen die gleichen Symptome auf: bis 40 Grad Fieber, Durchfall, Erbrechen, ausgeprägte Abgeschlagenheit und Kopfschmerzen. Schnell stand die Diagnose fest: Die Patienten waren an einer Salmonelleninfektion erkrankt. Solch einen Ansturm auf die Krankenhäuser hatte es schon lange nicht mehr gegeben. In den Notaufnahmen kam es zu Warteschlangen, weil die Symptome bei allen fast gleichzeitig ausgebrochen waren. Wie sich herausstellte, hatten alle zuvor im Dönerimbiss auf dem Steindamm neben dem Hotel Kaliningrad gegessen.

Daraufhin überprüfte der städtische Verbraucherschutzdienst sofort den Imbiss. Die Mitarbeiter stellten zahlreiche grobe Verstöße gegen das Sauberkeitsgebot fest.



Probleme mit der Hygiene: Döner-Imbiss im Stadtzentrum Bild: J.T.

Bei den Laboruntersuchungen der Nahrungsmittel, die zur Zubereitung von Dönern benutzt werden, stellten sie eine hohe Kontamination mit Kolibakterien fest.

Darüberhinaus verfügte der Imbiss, in dem sich Dutzende vergiftet haben, nicht mal über sanitäre Einrichtungen wie Waschbecken oder Toiletten, es gab weder Belege noch sonstige Bescheinigungen über die Herkunft des Fleisches. Die Behörde stellte insgesamt 17 Gesetzesverstöße fest.

Die Verwandten der Erkrankten wollen nun eine Sammelklage einreichen. Die Behörde gab bereits bekannt, dass ihre maximale Strafe für den Imbissbetreiber die bereits verhängte Schließung für 90 Tage sei. Das Gericht könnte zusätzlich eine Strafe in Höhe von 411 bis 617 Euro verhängen und den Betroffenen das Recht auf eine Entschädigung in etwa gleicher Höhe zusprechen.

Nach dem Zwischenfall wurde eine Reihe von Imbissen im Stadtzentrum überprüft. Fast nirgends gab es Dokumente über das verwendete Fleisch oder Qualitätssiegel.

Gouverneur Nikolaj Zukanow will das Thema auf der Sitzung der regionalen Antiterror-Kommission zur Sprache gebracht. Dabei soll vorgeschlagen werden, neue medizinische Richtlinien für Migranten, die eine befristete Arbeitsgenehmigung haben, einzuführen. In den seit zwei bis drei Jahren wie Pilze aus dem Boden schießenden Döner-Imbissen werden meist Zugereiste aus Usbekistan beschäftigt.

Die Leitung des Verbraucherschutzes dagegen möchte die Zahl der Imbisse beschränkt wissen. Da die meisten sich in der Nähe von Bildungseinrichtungen befinden, sind vorwiegend Schüler und Studenten gefährdet. Ob Stadtverwaltung und Stadtrat, die zuvor erst grünes Licht für die massenhafte Niederlassung der Dönerbuden gegeben hatten, dem folgen werden, ist fraglich. Die Betroffenen wollen jedenfalls nicht auf die Reaktion ihrer Stadtoberen warten. Sie gründeten eine Initiativgruppe, welche die Schließung von Döner-Imbissen in Königsberg fordert. Viele Königsberger sehen die Dönerbuden überhaupt mit gemischten Gefühlen. Sie fragen sich, warum keine traditionellen russischen Gerichte wie Blinys und Pelmenis mehr angeboten werden.

Oft hatten die Stadtverwaltung und Bürgermeister Alexander Jaroschuk erklärt, sie würden nicht zulassen, dass die Stadt mit hässlichen Pavillons oder schmutzigen Kiosken überfüllt werde. Doch inzwischen ist genau das passiert: Überall sind an Bushaltestellen neue Döner-Imbisse entstanden, die alle die gleiche Bezeichnung tragen. Offensichtlich handelt es sich um eine Kette, die das Glück hatte, eine Ausschreibung zu gewinnen, und nun ihre Verkaufsstellen an allen zentralen Punkten der Stadt aufgestellt hat. In der überwiegenden Mehrzahl der Imbisse sind Menschen aus Zentralasien beschäftigt.

Kontrollen erfolgen höchstens alle drei Jahre

Dass es Probleme mit der Hygiene geben könnte, zeichnete sich schon vergangenen September ab, als sich zehn Personen nach dem Verzehr eines Döners aus einem Laden an der Wrangelstraße beim Oberteich eine Salmonellenvergiftung zugezogen hatten. Am schlimmsten traf es eine junge Frau, die in der achten Woche schwanger war. Im Krankenhaus wurde sie mit Intensivmedikamenten behandelt, was in der Folge zu einer Fehlgeburt führte. Alle Königsberger mit Vergiftungssymptomen hatten in ein und demselben Kiosk gegessen.

Nach diesem Zwischenfall wurde der Imbiss aufgrund eines Gerichtsbeschlusses geschlossen, doch bald wechselte der Inhaber und der Imbiss eröffnete mit dem gleichen Angebot wie zuvor. Zwar werden die Imbisse durch die Verbraucherschutzbehörden kontrolliert, doch diese Kontrollen erfolgen höchstens alle drei Jahre. *J.T.*

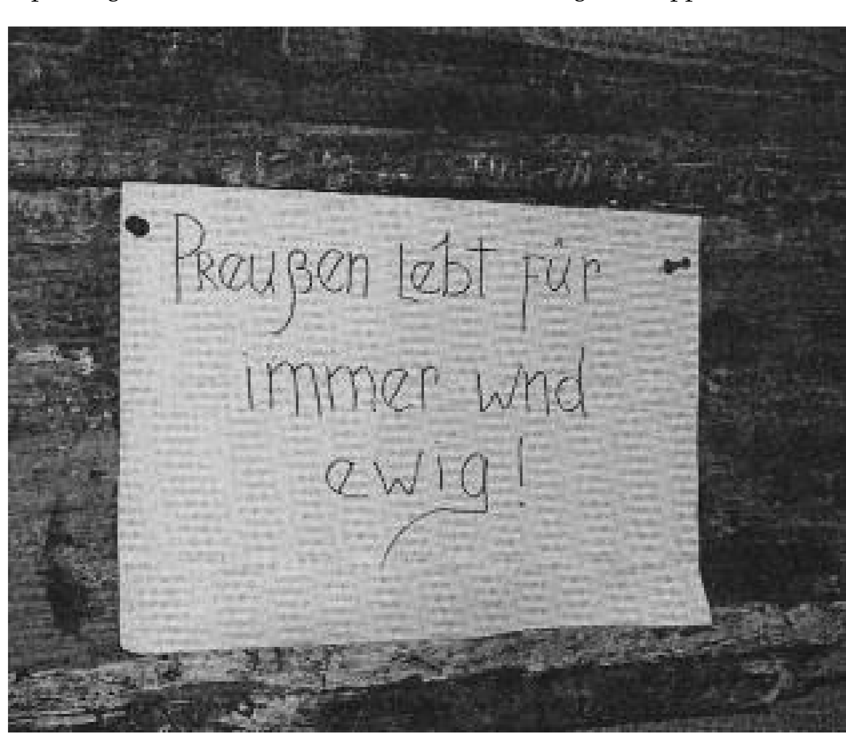


Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es ist nun einmal geschehen, und es lässt sich leider nicht rückgängig machen, da nützt auch keine Richtigstellung, wie wir sie in der letzten Folge gegeben haben: Die Mutation des Heiligenbeiler Kessels zum Heilsberger Kessel in Folge 12 ist nicht entschuldbar, jedenfalls nicht für mich. Und ich muss dazu ausgiebig Stellung nahmen, weil inzwischen so viele Zuschriften zu dieser irrtümlichen Bezeichnung und dem Thema überhaupt eingegangen sind, dass ich es nicht mit einer Korrektur bewenden lassen kann. Fehler können geschehen, müssen aber nicht, und ein so gravierender schon gar nicht. Denn mit dieser letzten Kampfhandlung im sterbenden Ostpreußen sind wir alle, die ich in jeder Folge mit Landslied oder Familienfreunde anspreche, irgendwie verbunden, viele durch eigene Erlebnisse, andere durch Angehörige, Freunde oder Kameraden, die der Hölle entkommen oder auch dort geblieben sind. Narben bleiben zurück, und sie schmerzen noch immer. Deshalb habe ich auch, wie ich zur Einführung des Berichtes von Herrn **Bernd Dauskardt** erklärte, lange gezögert, diesen in seiner vollen Länge zu veröffentlichten, hatte mit ihm selber, aber auch mit Kollegen gesprochen und mich dann an das Thema herangewagt, das mich weit über eine redaktionelle Bearbeitung hinaus beschäftigte. Ich habe mich bemüht, es so behutsam wie möglich zu behandeln, aber die Grausamkeit des in Wort und Bild Dokumentierten blieb auch nach der Fertigstellung des Manuskriptes haften. Vielleicht habe ich es deshalb nicht so sorgsam durchgelesen, jedenfalls blieb die irrtümliche Bezeichnung bei der Überspielung stehen. „Heiligenbeiler Kessel" gedacht und „Heilsberger Kessel" geschrieben und so wurde beim Korrekturlesen das Gedachte als das Geschriebene empfunden – und damit der Fehler übersehen. Unbewusst konnte noch eine andere in der gleichen Kolumne behandelte Frage eine Rolle gespielt haben, denn sie bezog sich auf den Kreis Heilsberg, vielleicht blieb dieser Name zu lange beim Schreiben im Gedächtnis haften. So nahm das „Un-Heil" seinen Lauf, das zu höflichen, aber auch heftigen Beanstandungen aus unserem Leserkreis führte. Die besonders behutsamen Zuschriften nahmen sogar Rücksicht auf mein Alter – aber auch 98-jährige Augen können noch sehen und dürfen nicht übersehen!

Doch jede negative Angelegenheit hat nach alter chinesischer Weisheit auch eine positive, und zu der komme ich jetzt, denn weitere Zuschriften vermitteln uns willkommene Ergänzungen zu dem Bericht. Darüber wird sich auch Bernd Dauskardt freuen, der selber viele Zuschriften und Anrufe bekommen hat, und für den das Thema noch lange nicht beendet sein dürfte – wie auch nicht für uns. Zu einigen Fragen, die zu Irritationen in unserem Leserkreis führten, gehörte die in dem Bericht erwähnte „Fallschirmpanzergrenadierdivision". Ein Leser formulierte seine Bedenken so: „Was ist darunter zu verstehen? Unter einem Fallschirm und einem Panzer kann ich mir was vorstellen, aber bei der Kombination habe ich Schwierigkeiten. Können Sie helfen?" Dazu nahm Chefredakteur Dr. **Jan Heitmnn** ausführlich Stellung, und diese wird auch weitere Anfrager interessieren. Deshalb geben wir sie hier in vollem Wortlaut wieder:

„Diese Truppenbezeichnung klingt in der Tat widersinnig. Das Fallschirmpanzerkorps ‚Hermann Göring', zu dem die Division gehörte, ging im Oktober 1944 aus der ‚Division Hermann Göring' hervor, die wiederum ihren Ursprung in einem noch vor dem Krieg gegründeten Regiment hatte. Dabei handelte es sich um einen heeresähnlich gegliederten und ausgerüsteten Truppenteil der Luftwaffe für den Einsatz am Boden. Göring betrachtete diesen sozusagen als seine Privatarmee und ließ ihn im Laufe des Krieges durch Zuführung von Kräften aus anderen Bereichen der Luftwaffe kontinuierlich ausbauen. Das Fallschirmpanzerkorps ‚HG' war wie ein Heerespanzerkorps gegliedert und ausgerüstet, erreichte kriegsbedingt allerdings lediglich personell seine Sollstärke. Die infanteristische Komponente wurde zum Teil aus aufgelösten Fallschirmjägereinheiten gebildet, da an deren Sprungeinsatz nicht mehr zu denken war. So kam es zu dieser merkwürdigen Truppenbezeichnung, die zudem auch aus Propagandagründen gewählt wurde."



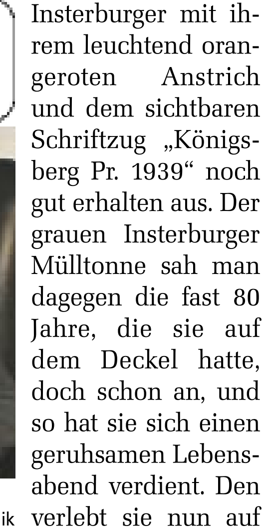
Diesen Satz las Herrn Wernitz in Insterburg und hielt ihn für uns im Bild fest Bild: Wernitz

Doch nun zu Balga, dem Ort des Geschehens, und da sind wir zwei Leserinnen besonders dankbar, weil sie noch viel Wissenswertes zu seiner Geschichte beitragen können, denn es ist ihr Heimatort, mit dem sie auch heute eng verbunden sind. Geben wir zuerst Frau **Eva Droese** das Wort, der wir bereits viele Erinnerungen an Balga zu verdanken haben:

„Der Artikel des Herrn Dauskardt hat mich sehr interessiert, denn wir Balgaer wissen alle, was dort geschah. Auch ich kenne den Herrn **Karl-Heinz Schmeelke**, der in der Hölle von Balga seinen 18. Geburtstag erlebte, und er hat auch, nachdem 1991 die Grenze für uns geöffnet wurde, Balga oft besucht. Auch seinen 80. Geburtstag feierte er mit befreundeten Russen auf dem Eise in Balga, von der Geburtstagsfeier gibt es auch eine Aufzeichnung. Er ist vor einiger Zeit verstorben. Herr Dauskardt hat auch Balga in späteren Jahren aufgesucht, denn die Menschen, die damals das Inferno erlebt haben und dennoch mit ihrem Leben davon gekommen sind, vergessen Balga nie. Er schildert den schwierigen Abstieg vom Burghof zum Haff auf den Resten des einmal gerne begangenen Cauersteiges. Der wurde seinerzeit von der Künstlerfamilie **Cauer** aus Königsberg angelegt, damit man bequemer zum Haff wandern konnte. Durch die furchtbaren Kämpfe wurde der Weg natürlich völlig zerstört. **Fredi Müller** hatte mit Mitteln unseres Fördervereins die Treppe wieder neu errichten lassen, aber auch sie wurde wieder durch Menschenhand zerstört. Es gibt aber noch einen guten Weg zum Haff, den Hohlweg, der auch mit Pkws befahren werden kann, denn das Haff ist wie auch in früheren Jahren ein viel besuchter Badeort trotz der kaum befahrbaren Straße. Für mich war es wieder eine Stunde der Erinnerung."

Und auch für Frau **Gisela Hannig** aus Friedrichshafen hat der Bericht von Herrn Dauskardt eine besondere Bedeutung, denn sie ist die Tochter des letzten Bürgermeisters von Balga. „Auch ich war mit meinem Mann sofort nach der Öffnung dieses Gebietes mit Hilfssendungen im Kreis Heiligenbeil. In Balga hat mein Mann noch unterhalb der Ruine einen Totenschädel vergraben. Die Zustände waren auf der ganzen Halbinsel katastrophal. Wir luden zwei Ärzte vom Krankenhaus Heiligenbeil noch im selben Jahr zu uns ein. Mein Mann holte sie in Frankfurt/Oder ab. Darüber habe ich schon damals in der *PAZ* berichtet. Herr Schmeelke war hier mit seiner Frau oft zu Gast bei uns, und ich habe ihn später im Franziskus-Heim mehrmals besucht. Sein Buch ist seitdem auch in unserem Besitz. Oberst **Barakling** aus Zinten, der einmal Flugschüler meines Mannes war und später Luftwaffen-Attache in Moskau wurde, hat mit Herrn Schmeelke zusammen auch Balga besucht. Im April erwarten wir wieder Gäste aus dieser tragischen Zeit in der alten Heimat." Soweit die Ausführungen von Frau Hannig zu ihrem Heimort Balga, für die wir herzlich danken.

Aber sie sandte uns noch als „Nachschrapselchen" eine nette Erinnerung, die für sie durch unseren Bericht von den „Wandervögeln am Frischen Haff" geweckt wurde und die weit in ihre Kindheit zurückführt. Denn die kleine Gisela war fünf Jahre alt, als eines Abends ihre Mutter zu ihr sagte: „Du musst früh ins Bett, denn heute kommen in Balga die Wandervögel zu uns zum Essen." Das muss wohl im Jahr 1931 gewesen sein, und ich stand barfuß am Fenster, um die Wandervögel zu erspähen. Das mussten doch Menschen mit Federn sein, vielleicht Engel mit Flügeln! Aber die Füße wurden bald kalt und das Rätsel konnte an diesem Abend nicht gelöst werden!" Aber wieder geweckt durch die „Wandervögel am Haffufer" mit der Erinnerung an den Dichter **Fritz Kudnig** in Folge 2.



Ruth Geede Bild: Pawlik

Frau Hannig hat uns damit eine Brücke gebaut zu den Leserzuschriften, die sich mit nicht so schwierigen Themen beschäftigen, sondern ganz einfach bekunden: „Darüber haben wir uns gefreut." Weil sie Erinnerungen an die eigene Kindheit geweckt haben wie bei **Gudrun** und **Hiltraud Pelzer** aus Wolfenbüttel. Für die waren es die „Baltischen Sahnebonbons", von denen ich in Folge 8 schwärmte, obgleich die in Prostken beheimateten Schwestern diese nie probiert haben, weil sie wohl damals noch zu klein waren. „Aber aus den Berichten älterer Geschwister wissen wir, dass es noch eine Steigerung dieser Köstlichkeit in Ostpreußen gab, und zwar die unvergleichlichen Tilsiter Sahnebonbons. Zu dem geschilderten Hochgenuss kam noch hinzu, dass sich beim Zerbeißen eine flüssige Sahnekaramellcreme in den Mund ergoss. Angeblich hätten unsere Geschwister diese Bonbons am liebsten pfundweise gegessen. Manchmal nahm das dann auch ein böses Ende." Wahrscheinlich mit Bauchweh, wie man sich vorstellen kann.

Nun hat die alte Insterburger Mülltonne, die Herr **Paul Wernitz** aus Tschernitz auf einer seiner letzten Ostpreußenreisen entdeckte, doch ihre Pflicht getan. Von 1935 an hat sie den Abfall gesammelt, in Friedens-, Kriegs, und Nachkriegszeiten, eine stumme Zeitzeugin des wechselhaften Geschehens der letzten 80 Jahre. Wir hatten das Foto, das Herr Wernitz auf seinem Streifzug durch die Heimatstadt seiner Frau machte, in Folge 49/13 veröffentlicht als Beweis noch immer sichtbarer deutscher Spuren in Insterburg, und das Bild fand eine erfreuliche Resonanz. Zuerst meldete sich Frau **Lily Janßen**, die ebenfalls eine Mülltonne aus der Vorkriegszeit entdeckt hatte, diesmal in Königsberg, wo sie noch heute in einer russischen Tankstelle Verwendung findet. Allerdings sah diese im Vergleich zu der Insterburger mit ihrem leuchtend orangeroten Anstrich und dem sichtbaren Schriftzug „Königsberg Pr. 1939" noch gut erhalten aus. Der grauen Insterburger Mülltonne sah man dagegen die fast 80 Jahre, die sie auf dem Deckel hatte, doch schon an, und so hat sie sich einen geruhsamen Lebensabend verdient. Den verlebt sie nun auf dem Insterburger Schlosshof neben dem neuen Museum, wo Frau **Regina Gronau**, Erste Vorsitzende der LO Ortsgruppe Bad Schwartau, sie entdeckte. Das Museum ist sehr liebevoll eingerichtet, wie Frau Gronau erfreut feststellen konnte. Das wird auch Herrn Wernitz und seine Frau, geborene **Freyer**, interessieren, für die wir gerne ihre Bitte nach Fotos von der ehemaligen Immelmannstraße weitergaben, denn seine Frau wurde im Haus Nr. 21 geboren. Da wir bisher noch keine positive Nachricht erhielten, haben sich anscheinend keine Aufnahmen aus der Vorkriegszeit eingefunden, vielleicht können wir heute mit dieser Wiederholung ihrer Suchbitte nachhelfen. Eine besondere „Entdeckung", die Herr Wernitz in Insterburg machte, wollen wir unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten: „Preußen lebt für immer und ewig!", stand an einer bröckelnden Wand zu lesen. Wer das wohl geschrieben hat?

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Rosinenkringel und Sauerampfersuppe

Was in Ostpreußen in der Karwoche auf den Tisch kam

Das Osterfest steht vor der Türe und damit werden bei uns Älteren die Erinnerungen an das Osterfest in der Heimat wach mit seinen vielen Bräuchen, von denen sich einige bis zur Vertreibung erhalten hatten. Ehe die „Stille Woche" beginnt, wollen wir einmal überdenken, was wir bewusst oder unbewusst an Altüberliefertem bewahrt haben, und vielleicht können wir es auch heute lebendig machen. Am ehesten mit den Speisen, die es in der Karwoche gab, denn die hatte ihre eigenen Rezepte, und dazu gehörten unbedingt die Gründonnerstagskringel, mit denen kulinarisch das Osterfest eingeläutet wurde. Dieses Gebäck sollte nicht nur gut schmecken, mit seinem Verzehr war auch der Glauben verbunden, dass es schützende Wirkung hatte. Wer es am Gründonnerstag genoss, sollte vor fieberhaften Erkrankungen bewahrt bleiben. Wenn man bedenkt, wie unsere Vorfahren in ständiger Angst vor Seuchen und Epidemien lebten, durch die ganze Landstriche „wüst" wurden, kann man verstehen, dass sie sich solch eine Art Schutzhülle schufen. Zumal es in Form von Gründonnerstagskringeln eine angenehme war, denn sie schmecken einfach köstlich.

Wie bei allen Spezialitäten gibt es auch bei diesem Hefegebäck verschiedene Varianten, die sich nach den örtlichen Gepflogenheiten richten oder als Familienrezept an die nachfolgenden Generationen weiter gegeben wurden. Wir greifen auf das Rezept zurück, nach dem schon unsere Urgroßmütter die Kringel gebacken haben. Man benötigt dazu folgende Zutaten: 500 Gramm Mehl, 40 Gramm Hefe, zwei Eier, einen Achtel Liter Milch, 250 Gramm Butter, 150 Gramm Zucker, 300 Gramm Sultaninen, 125 Gramm Mandeln, Zitrone und ein Ei zum Bestreichen. Und so wird's gemacht: Aus etwas Mehl, Hefe und Milch ein Hefestück ansetzen und gehen lassen. Mehl mit Eiern, Zucker, einer Prise Salz und der restlichen Milch gut verkneten, mit dem Hefestück mischen und die abgeriebene Zitronenschale zugeben. Den sehr festen Teig noch einmal gehen lassen, ausrollen, eine Hälfte mit recht kalten Butterscheiben belegen, zusammenklappen. Wieder ausrollen und erneut mit Butter belegen, insgesamt dreimal. Den ausgerollten Teig in zehn Zentimeter breite Streifen schneiden, mit geriebenen Mandeln und vorher eingeweichten Sultaninen belegen, Ränder überschlagen und eine Rolle drehen, von der kleine Stücke abgeschnitten werden, die wieder zusammengedreht und zu Kringeln geformt werden. Mit dem mit Wasser verklopften Ei bepinseln, mit gehackten Mandeln belegen und hellbraun backen. Die Kringel können dann nach Belieben mit Zuckerguss bestrichen werden, besonders beliebt war ein mit Obstsaft rosa gefärbter Zuckerguss. Dieses Rezept ist im urostpreußischen „Doennigs Kochbuch" unter der Bezeichnung „Rosinenkringel" zu finden. Diese wurden auch aus dem ebenfalls in „Touren" gearbeiteten Blätterteig hergestellt. Tipp für Backneulinge, aber Backwillige: Tiefgekühlter Blätterteig macht es heute möglich, ohne große Mühe selbstgebackene Rosinenkringel auf die Kaffeetafel zu bringen. Man schneidet dazu den Teig in etwa eineinhalb Zentimeter breite Streifen, belegt einen Streifen mit Rosinen, bestreicht einen zweiten mit Eiweiß, legt ihn auf den ersten Streifen und formt die Kringel, die mit Eiweiß bestrichen und gebacken werden. Auch sie erhalten dann einen Zuckerguss. (Als Königsberger Marjell bleiben für mich die rosa glänzenden Rosinenkringel der Bäckerei Thiel in der Königstraße unvergessen!)

Zurück zum Gründonnerstag. Dessen Name verpflichtete, an diesem Tag etwas Grünes auf den Tisch zu bringen. In milden Jahren, wenn Ostern auf einen späten Termin fiel – wie in diesem Jahr –, konnte wohl nach altem Brauch neunerlei Kraut gesammelt werden, das einer duftenden Kräutersoße zu gekochtem Ei oder Fisch Würze und Vitaminreichtum gab. In manchen Gegenden waren es nur siebenerlei Kräuter, und wenn die Natur noch nicht mitspielte, musste man sich mit Schnittlauch vom Fensterbrett begnügen – aber grün musste es sein!

Doch da gab es ja noch den verlässlichsten Grünspender für die Karwoche, und der wuchs früh und in reichlicher Fülle auf unseren Wiesen und bescherte uns ein Gericht, wie es gesünder und köstlicher nicht denkbar war: die ostpreußische Sauerampfersuppe. Kaum ließen sich die lanzenförmigen Blätter sehen, wurden sie auch schon gepflückt, denn als „jieperte" danach. Auf Rindfleisch gekocht, mit saurem Schmand abgebunden und mit einer Einlage aus hart gekochten oder verlorenen Eiern wurde diese Suppe mit dazu gereichten mehligen Salzkartoffeln zu *dem* ostpreußischen Frühlingsgericht. Als Grundrezept rechnet man auf 500 Gramm Rindfleisch etwa 750 Gramm Sauerampfer, der fein gehackt in der Brühe kurz aufgekocht oder nach kurzem Aufwallen durch ein Sieb passiert wird. Für Vegetarier gibt es die fleischlose Version auf der Grundlage von Gemüsebrühe, die sich auch als Karfreitagsgericht anbietet. Denn auch das war in Ostpreußen Sitte: Kein Fleisch am Karfreitag! Manche Gläubigen fasteten sogar den ganzen Tag oder es gab erst nach Sonnenuntergang ein leichtes Essen. Und wenn wir auch manches heimatliche Rezept vergessen haben oder es nicht mehr nachkochen können: Die Sauerampfersupp' steht in vielen Familien auch heute als Frühlingsgericht auf dem Speisezettel. Vor allem dort, wo man nur auf die nächste Wiese zu gehen braucht, um sich ein paar Strempel zu pflücken! *R.G.*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Kalwis, Eva, aus Jagutten bei Kollaten, am 22. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Klinger, Elsbeth, geb. **Hoffmann**, aus Wirtberg, Kreis Insterburg, am 8. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hoffmann, Ella, geb. **Koose**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 10. April
Rubsch, Luise, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 10. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bernotat, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Liebe, Dorothea, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 6. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bielert, Else, geb. **Sylla**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. April
Buttkus, Otto, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 8. April
Karkossa, Anna, geb. **Fortunewitz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 7. April
Wellerdt, Emil, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 8. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bernotat, Gertrud, geb. **Schwarz**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 10. April
Girgsdies, Bruno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 6. April
Vollmann, Brigitte, geb. **Lehnert**, aus Treuburg, am 11. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Appelbaum, Hedwig, geb. **Pillath**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 7. April
Böhnke, Erich, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 9. April
Bruderek, Walter, aus Ortelsburg, am 9. April
Liebert, Martha, aus Laserkeim, Kreis Samland, am 9. April
Oleschewski, Ella, aus Buschfeld, Kreis Ebenrode, am 10. April
Plewe, Luise, geb. **Behrendsen**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 11. April
Schlette, Gertrud, geb. **Schäfer**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 11. April
Timm, Adolf, aus Medenau, Kreis Samland, am 6. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Balsam, Alma, geb. **Kirstein**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 9. April
Brandstätter, Edith, geb. **Meyer**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. April
Broßeitis, Elsbeth, geb. **Barsuhn**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 8. April
Däumel, Irmela, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. April
Götze, Elfriede, geb. **Milewski**, aus Saffen, Kreis Lyck, am 5. April
Hardt, Ida, geb. **Hahn**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. April
Janz, Kurt, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 5. April
Jessolat, Erich, aus Schwanen, Kreis Ebenrode, am 9. April
Kleimann, Marta, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April
Lukasczyk, Hildegard, geb. **Wittke**, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 11. April
Mildner, Ruth, geb. **Gonschorrek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 9. April
Rauch, Gertrud, geb. **Snoppek**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 5. April
Saborowski, Ida, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 8. April
Schulewski, Hildegard, geb. **Dombrowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. April
Siemokat, Hans, aus Altsnappen, Kreis Schloßberg, am 10. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brozio, Walter, aus Lyck, Morgenstraße, am 8. April
Hübner, Frieda, geb. **Tanski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. April
Klein, Margarete, geb. **Dorroch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. April
Kossak, Helga, geb. **Gricksch**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April
Krohn, Ellinor, geb. **Hinz**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 8. April
Kluczik, Gertrud, geb. **Konopka**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 30. März
Kusch, Günther, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 8. April
Macheit, Gisela, geb. **Rose**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 10. April
Tempel, Gertrud, geb. **Pientka**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 8. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Abelmann, Hildegard, geb. **Redszus**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, am 7. April
Bukowski, Ehrenfried, aus Neidenburg, am 5. April
Friebe, Irmgard, geb. **Bahr**, aus Lyck, am 7. April
Grubert, Werner, aus Großwingen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10 April
Haack, Lisbeth, geb. **Dubaschny**, aus Lyck, am 5. April
Hakelberg, Edelgard, geb. **Maslo**, aus Lyck, Yorkstraße, am 8. April
Haupt, Fritz, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 8. April
Henseleit, Ursula, geb. **Bartnick**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 9. April
Hess, Liesbeth, aus Lyck, am 7. April
Hintze, Erika, geb. **Krause**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. April
Lindemann, Karl Wilhelm, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. April
Masuch, Erika, geb. **Karrasch**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Magunsky, Eva-Maria, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. April
Medendorp, Christel, geb. **Mauritz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. April
Michaelis, Helmut, aus Mossycken, Kreis Samland, am 9. April
Persian, Arno, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 5. April
Rasch, Helga, geb. **Kaminski**, aus Lötzen, am 8. April
Scheerenberger, Heinz, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, am 10. April
Seeck, Christel, geb. **Wohlgemuth**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 8. April
Tubacki, Erna, geb. **Steffen**, aus Laserkeim, Kreis Samland, am 11. April
Wöllmer, Frieda, geb. **Rydzewski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bloch, Paula, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 5. April
Buber, Anna, geb. **Kniza**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 8. April
Gegusch, Eva, geb. **Pintatis** aus Tussainen, am 10. April
Gillessen, Mechthild, geb. **Prasz**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. April
Hesse, Willi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 6. April
Hoff, Erika, geb. **Brzoska**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 8. April
Holzhausen, Käthe, geb. **Sbrzesny**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 10. April
Koehler, Lieselitte, geb. **Sado**, aus Lindenwiese, Kreis Lötzen, am 8. April
Lech, Irmgard, geb. **Poloscheck**, aus Ortelsburg, am 6. April
Mertinkat, Walter, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. April
Mow, Anneliese, geb. **Hennig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. April
Müller, Irma, geb. **Steck**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 8. April
Neubert, Irmgard, geb. **Radtke**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 8. April
Niederhaus, Kurt, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 6. April
Paul, Erika, geb. **Joppien**, aus Marscheiten, Kreis Samland, am 10. April
Pruß, Manfred, aus Lyck, Litzmannstraße, am 11. April
Rohloff, Irmgard, geb. **Gumz**, aus Wehlau, am 9. April
Sanders, Sigrid, aus Lötzen, am 9. April
Salk, Horst, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 6. April
Schanweber, Gertrud, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 9. April
Schölzky, Waltraud, geb. **Hugel**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 9. April
Sieberth, Edeltraut, geb. **Koth**, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 5. April
Spiess, Georg-E., aus Lyck, Lycker Garten, am 10. April
Venohr, Waltraud, geb. **Venohr**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 8. April
Wisotzki, Herbert, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 6. April
Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aleksa, Hildegard, geb. **Aukschun**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 11. April
Auer, Elfriede, geb. **Rommel**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 9. April
Bacos, Rosemarie, geb. **Feller**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 11. April
Bahnsen, Lucie, geb. **Neubacher**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 8. April
Biallas, Helmut, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 6. April
Bobowik, Helena, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 10. April
Dreger, Dr. Gerhard, aus Lötzen, am 8. April
Duda, Kurt, aus Lyck, am 11. April
Falk, Gisela, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 11. April
Gliemann, Heinz-Joachim, aus Walden, Kreis Lyck, am 9. April
Goßlau, Hildegard, geb. **Tomkus**, aus Königskirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. April
Gruszynsky, Irene, geb. **Kempfert**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. April
Hübner, Gerhard, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 7. April
Jaquet, Siegfried, aus Lötzen, am 9. April
Keding, Ewald, aus Schreitlacken, Kreis Samland, am 6. April
Klemm, Hans-Georg, aus Obrotten, Kreis Samland, am 6. April
Kohlmann, Edith, geb. **Dauksch**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 9. April
Koloska, Werner, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 8. April
Lasarzik Günter, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 8. April
Launert, Werner, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. April

Lech, Irmgard, geb. **Hoffmann**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 10. April
Lemke, Irmgard, geb. **Linowski**, aus Ortelsburg, am 6. April
Lohmann, Ingrid, geb. **Schmidt**, aus Gumbinnen, am 6. April
Maier, Edeltraud, geb. **Lask**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. April
Michalzik, Manfred, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 6. April
Nitschmann, Burkhard, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. April
Ortjohann, Irmgard, geb. **Lischnewski**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 10. April
Patzer, Helga, geb. **Padubrin**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. April
Pirsing, Eva, geb. **Suhr**, aus Bludau, Kreis Samland, am 9. April
Puzicha, Elly, geb. **Malinowski**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am10. April
Rogalla, Werner, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 8. April
Sauter, Ursula, geb. **Emse**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 9. April
Scheffler, Horst, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 6. April
Schmidt, Erwin, aus Kinderfelde, Kreis Ebenrode, am 7. April
Schmidt, Renate, geb. **Schulz**, aus Königsberg-Rossgarten, am 6. April
Sievers, Eberhard, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 10. April
Sonnenwald, Susanne, geb. **Turowski**, aus Ortelsburg, am 10. April
Steiner, Günter, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 8. April
Topka, Charlotte, geb. **Rattay**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 8. April
Van Dyck, Herta, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 7. April
Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April
Zander, Gertrud, geb. **Hardt**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 11. April
Ziep, Hildegard, geb. **Nitsch**, aus Kobbelbude, Kreis Samland, am 7. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Anskeit, Helmut, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 5. April
Bock, Karl-Heinz, aus Wehlau, am 7. April
Bruns, Resi, geb. **Schlisio**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. April
Denda, Walter, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. April
Gerstner, Karl, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 7. April
Jablonowski, Guenter Kurt, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 6. April
Joseph, Christel, geb. **Riechert**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. April
Kahnert, Elli, geb. **Elsner**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. April
Koschinski, Heinz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Lazzer, Elsbeth, geb. **Kösling**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 7. April
Mischorr, Heinz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Opitz, Christa, geb. **Priwall**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 5. April
Pietrzyk, Lothar, aus Milken, Kreis Lötzen, am 8. April
Pliska, Oswald, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 11. April
Ruck, Helmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. April
Schikorra, Walter, aus Gilgenburg, am 8. April
Schmidt, Helmut, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April
Supkus, Werner, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 8. April
Wenzlitschke, Gerda, geb. **Schneider**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 11. April
Wiese, Irmgard, geb. **Koose**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 6. April

TERMINE DER LO

Jahr 2014

5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
11. bis 13. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
14./15. Juni: Ostpreußische Jugendolympiade in Ortelsburg.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
1./2. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2015

7./8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 5. April, 9.40 Uhr, 3sat: Die Bernsteinstraße.
SONNABEND, 5. April, 14.30 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. 1914: Anlässe für den Krieg.
SONNABEND, 5. April, 16.30 Uhr, HR: Arbeitslos über 50 – Nicht mehr zu vermitteln?
SONNABEND, 5. April, 20.15 Uhr, Phoenix: Bismarck – Kanzlern und Dämon. Doku.
SONNTAG, 6. April, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 6. April, 20.15 Uhr, SWR: Der Erste Weltkrieg im Südwesten. Doku.
MONTAG, 7. April, 20.15 Uhr, ARD: Vorsicht Mafia. Wie kriminelle Banden Deutschland bedrohen. Doku.
MONTAG, 7. April, 20.15 Uhr, BR: Nie wieder arbeiten? Das Grundeinkommen für jeden. Reportage.
DIENSTAG, 8. April, 20.15 Uhr, Arte: Aufmarsch der Populisten. Nicht erst seit der Eurokrise erfahren euroskeptische Parteien regen Zulauf. Doku, F 2014.
DIENSTAG, 8. April, 22.45 Uhr, RBB: Betongold. Wie die Finanzkrise in mein Wohnzimmer kam.
MITTWOCH, 9. April, 20.15 Uhr, 3sat: Die Macht des Unbewussten. Mythos Intelligenz. Doku, D 2012.
DONNERSTAG, 10. April, 20.15 Uhr, 3sat: Dumm geboren und nichts dazugelernt? Intelligenzforschung zwischen Rassismus und flexiblen Erbanlagen. Doku.
DONNERSTAG, 10. April, 22.35 Uhr, MDR: Weniger arbeiten – mehr erleben. Die Kunst des Müßiggangs. Doku, D 2013.
FREITAG, 11. April, 23.15 Uhr, WDR: Der Kämpfer – Helmut Kohl. Porträt, D 2010.

Frühling an der Memel

Immer wenn die Lerchen sich jubilierend in die Lüfte schwingen, ziehen meine Gedanken fort. Hin zu dem Ort am Memelstrom, über dessen rotlehmigen Äckern ich sie einst aufsteigen sah. Die Erinnerungen führen mich die Feldraine entlang zwischen den Ländereien meiner Großeltern. Ich sehe die Saaten sprießen und die Wiesen grünen. Und ich meine die herbe Frische der Luft zu spüren, die um jene Zeit erfüllt war von dem schweren Erdgeruch. Ich sehe die knospenden Birken sich im Frühlingswind wiegen. Und ich kenne den Graben, aus dem das Osterwasser geholt wurde, angeschwollen von der gewaltigen Schneeschmelze. Man spürte den Hauch von neu wachendem Leben überall. Vom Eis befreit floss der Strom dahin. Der Wind wisperte in den Uferweiden. Ein etwas modriger Geruch stieg einem in die Nase, wenn man um diese Zeit an der Memel stand. Die Kähne wurden überholt bevor sie wieder zu Wasser gelassen wurden. In altgewohnter gemächlicher Trägheit zogen auch wieder die Schleppkähne Ihre Bahn. Die Fischer nahmen in dem freigewordenen Strom mit Netzen, Keschern, Reusen und Wentern ihre Tätigkeit wieder auf. Und mancher Aal, Schlei, Hecht, Zander, Bressem oder Wels ging Ihnen ins Netz. Auch Triften kamen bald geschwommen. Das bunte Treiben auf dem Strom nahm täglich zu. Die Memel zeigte es am deutlichsten - es war wieder Frühling.

Hannelore Patzelt-Hennig

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

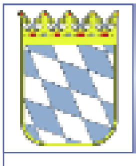
Landesgruppe – Mittwoch, 23. April, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92, Stuttgart: Vortrag der Landesgruppe. Zweiter Vortrag aus der Reihe der Wintervorträge 2014. Karla Weyland, Landesfrauenreferentin LOW Hessen: „Hermann Löns, Natur- und Heimatdichter, Naturforscher und –schützer“. – Sonnabend, 3., Sonntag 4. Mai, Bad Mergentheim: Delegierten- und Kulturtagung mit einer Preußischen Tafelrunde und einem reichhaltigen kulturellen Programm. Die Landesgruppe Westpreußen organisiert eine Busfahrt von Stuttgart nach Bad Mergentheim mit Zusteigemöglichkeiten in Pforzheim, Ludwigsburg, Heilbronn. Der Pauschalbetrag wird mit 40 Euro veranschlagt. Dieser beinhaltet das gemeinsame Essen der Tafelrunde sowie Busfahrt und Eintrittspreise. Die Vorsitzenden der Gruppen werden gebeten, an der Tagung teilzunehmen. Nähere Auskünfte und Anmeldung bei Hans-Werner Schwalke, Wilhelm-Stähle-Straße 8, 70736 Fellbach, Telefon (0711) 512907, Fax (0711) 5160341.

Ludwigsburg – Mittwoch, 23. April, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch. – Für das Deutschlandtreffen am 17./18. Mai in der Messe Kassel biete die Landesgruppe eine Busfahrt vom 12. bis 18. Mai mit vorherigem Besuch von Rotterdam, Den Haag, Gouda, Keukenhof und Amsterdam in Holland an.

Stuttgart – Dienstag, 8. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal, Schloßstraße 92: Frau Lüttich und ihre Frauengruppe treffen sich zum Heimatnachmittag unter dem Thema „Ostern und Frühling“ mit Geschichten, Liedern und Gedichten. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 24. Mai, Landesfrauentagung, um 9.45 im Hotel Wartburg. Der Vormittag unserer diesjährigen Frauentagung ist zum großen Teil unserer Arbeit gewidmet. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil unserer Tagung mit einem Vortrag über „Bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten“.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 13. April, 14.30 Uhr, Auferstehungskirche Böfingen: Heimatgottesdienst.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 9. April, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. „Frühling ist in unserem Land. Frühling, die Natur trägt ihr lieblichstes Gewand. Frühling, singen die Vögelein in Baum und Strauch. Frühling, für uns Menschen auch“. An diesem Nachmittag befasst sich die Gruppe zunächst mit schönen Bräuchen rund um die Frühlings- und Osterzeit in der unvergessenen Heimat. Außerdem werden Frühlingslieder gesungen und Gedichte vorgetragen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 5. April, 10 bis 17 Uhr: Landeskulturtagung in Ellingen. Ort: Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. – Sonnabend, 17., bis Sonntag, 18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Gemeinsame Fahrt mit dem Reisebus nach Kassel.

Ansbach – Sonnabend, 12. April, 15 Uhr, Orangerie: **Jahreshauptversammlung**, mit Ehrungen. Anschließend Königsberger-Klopse-Essen.

Bamberg – Mittwoch, 16. April, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag „100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs, Kampfhandlungen in Ostpreußen“. – **Bericht über die Jahresversammlung vom 19. März** – Nach dem Rückblick auf das Jahr 2013 und Totenehrung für Udo Bogdan (Richter a. D.), der jahrzehntelang aktiv mitarbeitete, musste auf einige Änderungen eingegangen werden. Der 2. Vorsitzende, Heinz Josat, legte zum Jahresende sein Amt nieder. Da 2015 Neuwahlen stattfinden, einigte sich die Gruppe auf Hubert Sakowski, diese Aufgabe so lange kommissarisch zu übernehmen. Leider musste das Vereinslokal zweimal gewechselt werden. Nun aber bleibt es dabei: Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße 7, Bamberg (Nebenzimmer). Die Vorsitzende, Frau Pezzei, hatte viel Mühe, einen zentral gelegenen, geeigneten Raum zu finden; dafür wurde ihr ausdrücklich gedankt. Die Daten für den Tag der Heimat 2014 wurden bekanntgegeben: Sonnabend, 20. September, 17 Uhr, Gedenkstunde am Vertriebenendenkmal im Hain. Sonntag, 21. September, 15 Uhr, Harmoniesaal: Festakt mit Hauptredner MdL Heinrich Rudrof und der pommerschen Tanzgruppe Leba aus Erlangen. Mit der Erörterung neuer Themen für das kommende Jahresprogramm aus Geschichte, Kultur und Brauchtum endete die Versammlung. Die nächste Jahresversammlung ist im Januar 2015 statt, damit Vereins- und Geschäftsjahr identisch sind.

Kitzingen – Freitag, 11. April, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Vortrag durch unseren Landsmann Wolfgang Peconik über „Das Leben des Nikolaus Kopernikus“. – Vom 4. bis 9. Mai findet eine VdK-Fahrt ins Riesengebirge (wo Rübezahl zu Hause ist) statt. – 17./18. Mai Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Wer Interesse hat, mitzufahren, bitte melden.

Landshut – Dienstag, 15. April, 14 Uhr, Gasthaus zur Insel: Brauchtum zu Ostern.

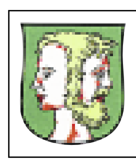
München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960. – Freitag. 11. April, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: Bunter Nachmittag, Musik und Gesang mit der Orgelspielerin Uschi Walter aus München. Zuvor gemeinsame Kaffeetafel.

Weiden – Heimatnachmittag am Sonntag, den 6. April, um 14.30 Uhr im Café Mitte.



BERLIN

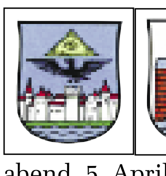
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 4. April, 15 Uhr, „Kleiner Ratskeller“ Am Rathaus 9, 10825 Berlin, Anfragen: Peter Dziengel, (030) 8245479.



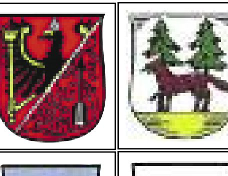
Rastenburg – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826. – Freitag, 28. März, 14.30 Uhr, Barlach-Haus: Kulturnachmittag mit Filmvorführung.



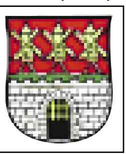
Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Hermann Trilus (03303) 403881.



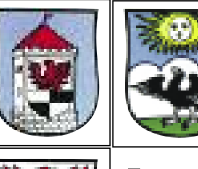
Frauengruppe – Mittwoch, 9. April, 13.30, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 166–117, 10963 Brelin: Die Gruppe begrüßt den Frühling. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



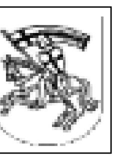
Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Dienstag, 15. April, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstr. 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest. Anfragen für Gumbinnen: Joseph Lirche (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul (030) 5429917, für Lötzen: Gabriele Reiß, (030) 75635633.



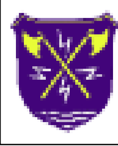
Pillkallen/Schlossberg – Donnerstag, 17. April, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



Angerburg/Darkehmen/Goldap – Donnerstag, 24. April, 14 Uhr: Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62 , 12102 Berlin: Kleinostern in Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker, (030) 7712354.

Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 24. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Bartenstein – Sonnabend, 26. April, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf Zimmer 21, Kirchstraße 1 – 3, 14163 Berlin. Anfragen: Elfriede Fortange (030) 4944404.



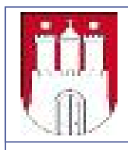
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Trauer um Leonie Schroeder (*4. September 1924 in Siedlerfelde, Kreis Schloßberg, + 19. März 2014 in Bremen) – Die örtliche Gruppe Bremen der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen e.V. und ihr „Arbeitskreis Ostpreußisch Platt“ trauern um eine Ostpreußin, die ihre ostpreußischen Landsleute überall, wo sie auftrat, mit ihrem Optimismus und ihrer Lebensfreude berührte. Ihr einziger überaus schwerer Lebensweg hat sie niemals verzagen lassen, immer begegnete sie ihren Mitmenschen mit warmer herzlicher Anteilnahme. 1999 half sie innerhalb unserer örtlichen Gruppe, einen „Arbeitskreis Ostpreußisch Platt“ aufzubauen, in dem sich zahlreiche Mitglieder versammelten, um unter ihrer und Werner Urbans sympathischen Leitung jahrelang, zuletzt zu unserer Adventsfeier 2013, öffentliche Auftritte an vielen Orten in und um Bremen sowie bei Heimattreffen und in Seniorenheimen zu gestalten. Höhepunkt war die Mitwirkung beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2005. Mehrmals organisierte sie auch Fahrten kleiner Reisegruppen in die ostpreußische Heimat des nördlichen Ostpreußens. Ihnen, wenn wir von Journalisten nach Zeitzeugen der Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen gefragt wurden, konnten wir diese an Leonie Schroeder verweisen, die dann von ihrer jahrelangen Verschleppung in die sibirische Holzfäller-Zwangsarbeit und anderem berichtete. Leonie Schroeder hat für das Land Ostpreußen und für ihre Landsleute in Bremen überaus viel Gutes geleistet. Wir werden ihr Andenken immer in Ehren halten.

Heinrich Lohmann, Vorsitzender

Bremerhaven – Freitag, 25. April: Heimatnachmittag oder Ausflug ins Historische Museum.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

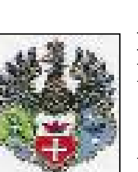
LANDESGRUPPE

Sonnabend, 5. April, 10 bis 17 Uhr, Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1, gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke. Die Landesgruppe ist im 2. Stock mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

BEZIRKSGRUPPE

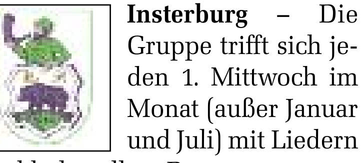
Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. April, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88, (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE



Königsberg – Dienstag, 15. April, 13.30 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg-Wandsbek (U- und Busbahnhof Wandsbek-Markt). Traditionelles Königsberger-Klopse-Essen mit anschließendem bunten Programm. Anmeldungen bis zum 12. April erbeten bei Brigitte Reimer, Telefon 873495. Gäste sind herzlich willkommen.

Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



„Wenn du bei Nacht den Himmel anschaust, wird es dir sein, als lachten alle Sterne, weil ich auf einem von ihnen wohne, weil ich auf einem von ihnen lache und wenn du dich getröstet hast, wirst du froh sein, mich gekannt zu haben."
Antoine de Saint-Exupéry

Die Landesfrauenleiterinnen der Landsmannschaft Ostpreußen trauern um

Leonie Schroeder
geb. Broszat
04. 09. 1924 Siedlersfelde – 19. 03. 2014 in Bremen
Landesfrauenleiterin Bremen

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von einer Frau, deren Liebe zur Heimat Ostpreußen ihr Leben, ihr Wirken und Handeln bestimmt hat.

Karla Weyland 1. Stellvertreterin — **Uta Lüttich** Bundesvorsitzende der Ostpreußischen Frauenkreise — **Dora Arnold** 2. Stellvertreterin

---

Das Fundament einer glücklichen Kindheit hat Dich Dein von tiefen Einschnitten geprägtes Leben getragen.



Leonie Schroeder
geb. Broszat
* 4. 9. 1924 Siedlerfelde/Ostpr. — † 19. 3. 2014 Bremen

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Dorothea und Robert
Ernst
Martin und Karin

28213 Bremen, Wätjenstraße 116

Die Trauerfeier fand am Samstag, dem 29. März 2014 in der Friedhofskapelle in 27337 Blender bei Verden/Aller statt.

Beerdigungs-Institut Bohlken und Engelhardt AM RIENSBERG
28213 Bremen, Friedhofstraße 16



Und die Meere rauschen den Choral der Zeit...

Wir trauern um unsere Vorsitzende

Leonie Schroeder
geb. Broszat
* 4. September 1924 † 19. März 2014
aus Siedlerfelde/Ostpreußen

Ostpreußischer Arbeitskreis Kultur – Bremen
Christa und Armin Bielski
Hannelore Göttsche
Christel Kuhnigk
Eva Scheller
Werner Urban
Hedwig Wähnert



„Wo gehen wir hin?"
„Immer nach Hause."
Novalis, Heinr. v. Ofterdingen

Kurt Ziehe
geb. 15. 09. 1922 gest. 12. 02. 2014

In Liebe und Dankbarkeit
Elfriede Ziehe, geb. Westedt
Christel Feest, geb. Ziehe
Jürgen Feest

29456 Hitzacker, Im Moor 2 früher: Ströpken

Die Beisetzung fand am 20. Februar 2014 auf dem Friedhof zu Hitzacker statt.

Leben wir, so leben wir dem Herrn,
sterben wir, so sterben wir dem Herrn;
ob wir nun leben oder sterben,
so sind wir des Herrn.
Römer 14.8

Nach einem langen, immer auf Gott vertrauenden Leben, nehmen wir Abschied von unserem lieben Bruder, Schwager und Onkel

Der Kaufmann

Heinz Gawlick
* 28. März 1920 in Peitschendorf, Ostpreußen — † 23. März 2014 in Burg auf Fehmarn

In stillem Gedenken
Rolf und Ruth Braun, geb Gawlick
Ingrid Gawlick
Johannes und Wilma Bugislaus, geb Kleingarn
Bärbel Rüter
Nichten und Neffen

Burg auf Fehmarn, den 23. März 2014, Wilhelmstraße 13
Die Trauerfeier hat stattgefunden.





Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen.
Über weite Felder lichte Wunder gehen.

Du hast uns geliebt, Du warst unser Leben in Freud und Leid, in Gemeinsamkeit. Du hast uns umsorgt, hast alles gegeben, Deine fleißigen Hände waren immer bereit. Nun ruhe in Frieden, wenn unser Herz auch weint, in Gottes Reich sind wir wieder vereint.

Ein Leben in steter Fürsorge für uns ist zu Ende gegangen.

Unsere Mama

Frieda Fauser
geb. Klatt

* 29. 12. 1922 Schulkeim/Moritten — † 7. 3. 2014 Lauingen

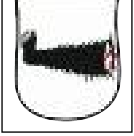
In stiller Trauer
Deine Kinder

Wir haben unsere Mama am 12. März 2014 zur letzten Ruhe gebettet.

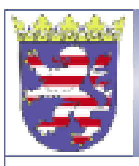
Karola Fauser, Marienweg 3, 89415 Lauingen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 26. April, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Jahreshauptversammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.



HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel Vortrag von Dieter Leitner anlässlich des 450. Geburtstags des Danziger Malers Anton Möller.

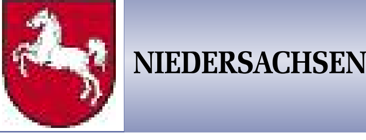
Wetzlar – Montag, 7. April, 19 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Rudolf Virnich berichtet über seine Evakuierung vom Rheinland nach Ostpreußen während des Zweiten Weltkriegs. Gäste sind willkommen.

Wiesbaden – Dienstag, 8. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße: Heimatnachmittag der Frauengruppe. – Sonnabend, 12. April, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Jahreshauptversammlung/Mitgliederversammlung nach § 8 der Satzung mit Informationen und Bildern aus dem Vereinsleben. Vor dem offiziellen Teil Kaffee und Raderkuchen. – Donnerstag, 17. April, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert werden Königsberger Klopse. Es kann nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 11. April bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.

Dittchenbühne

Sonntag, 6. April, 16 Uhr: Die Möwe. Drama von Anton Tschechow. Eintritt 15 Euro

Informationen unter Telefon (04121) 89710.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

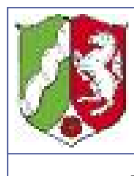
Buxtehude – Freitag, 18. April, 15 Uhr, Hoheluft: Osterkaffee. Die Gruppe erinnert sich an ostpreußische Osterbräuche und bietet zum guten Kaffee nach alter Sitte Gründonnerstagskringel nach ostpreußischem Rezept an. Kostenbeitrag pro Person drei Euro.

Helmstedt – Donnerstag, 10. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Das zweimonatliche Treffen findet statt.

Oldenburg – **Bericht über die Versammlung am 12. März** – Die Frauengruppe hatte Günter Uschtrin zu Gast, der von der Heimat seiner Vorfahren, Coadjuthen im Memelland, berichtete. Umfangreiches Kartenmaterial von ihm und Mitglied Jürgen Neumann veranschaulichte das gesamte Memelland und das Kirchspiel Coadjuthen, deren Geschichte Uschtrin ausführlich erläuterte, auch die jahrhundertelange Nachbarschaft zu Russisch-Litauen. Er hat in einem umfangreichen Buch das Kirchspiel Coadjuthen publiziert, Kultur und Literatur eingeschlossen. Lebendig, bildhaft und verständlich gelang es ihm, der Gruppe einen heute weitgehend unbekannten Landstrich wieder nahezubringen. – Beim nächsten Treffen am Mittwoch, 9. April, 15 Uhr, im Stadthotel Eversten, zeigt Karl-Heinz Bonk ein Kaleidoskop von Bildern seiner zahlreichen Ostpreußen- und Westpreußenreisen: „Dia-Reise durch Westpreußen und Ostpreußen". Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 8. April, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Donnerstag, 24. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Freitag, 25. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 10. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Großer Saal, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Bei diesem Monatstreffen der Rintelner Gruppe spricht Professor Heinz Schürmann aus Bielefeld über „Burgen und Schlösser im Land des Deutschen Ritterordens". Neben den Mitgliedern der Gruppe sind auch Freunde und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Weitere Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395.

Bielefeld – Die Gruppe fährt zum Deutschlandtreffen der LO am 17./18.Mai 2014 nach Kassel. Die Fahrt beinhaltet folgende Leistungen: Fahrt in modernem Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstück, Transfer zum Messegelände an beiden Tagen; Preis pro Person: 114 Euro, Einzelzimmerzuschlag: 31,50 Euro. Abfahrt ist am 17. Mai um 8 Uhr von der Brunnenstraße. Interessierte haben die Möglichkeit mitzufahren. Anmeldungen und weitere Informationen unter Telefonnummer (05202) 5584.Wer sich vorab über das Treffen informieren möchte, kann das unter: www.ostpreussen.de tun.

Bonn – Jeden 1. Mittwoch, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch.

Dortmund – Jeden dritten Montag von 14.30 bis 16.45 Uhr Treffen in der Heimatstube Märkische Straße. Auskünfte erteilt Marlies Hein unter Telefon (0209) 98894112.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland. – Montag, 7. April, 18 Uhr, GHH/Konferenzraum: Ausstellungseröffnung „Sein Lied ging um die Welt". Auf den Spuren des Tenors Joseph Schmidt. – Mittwoch, 9. April, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Siebenbürger Sachsen: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 10. April, 13.30 Uhr, Info-Stand Hauptbahnhof: Wandertreff. Ziel: Rheinturm. – Donnerstag, 10. April, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 11, April, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Mittwoch, 23. April, 14 Uhr: Führung durch die Joseph-Schmidt-Ausstellung mit Dr. Katja Schlenker. – Mittwoch, 23. April, 15 Uhr, Eichendorff-Saal: Film „Ein Lied geht um die Welt" (1933).

Essen – Freitag, 11. April, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Vortrag zum Thema „Als Flüchtling aus dem Libanon in Deutschland". Referent: Ahmad Omeirat, Essen.

Gütersloh – Donnerstag, 17. April, 15 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen: Osterfeier. – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – **Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai** – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt.

Leverkusen – Sonnabend, 5. April, 14 Uhr, Gaststätte Kreuzbroich, Heinrich-Lübke-Straße 6: Die Gruppe trifft sich zur diesjährigen **Jahreshauptversammlung** ohne Neuwahlen, mit Berichterstattungen über die gesamte Tätigkeit unserer Kreisgemeinschaft. Danach findet ein Vesper und ein kleines kulturelles Programm statt, vorbereitet von den Kulturgruppen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gäste sind willkommen.

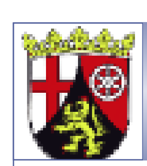
Neuss – Donnerstag, 24. April, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen.

Wesel – Sonnabend, 12. April, 17 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Frühlingsfest mit traditionellem Grützwurstessen. Verschiedene Darbietungen zur Unterhaltung stehen auf dem Programm. Anmeldungen werden bis zum 3. April erbeten bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Christa Elias, Telefon (02858) 6403.

Witten – Sonnabend, 5. April, Einlass ab 14 Uhr, Katholisches Gemeindehaus der Marienkirche, Hauptstraße 83 a: 60-jähriges Jubiläum der Landsmannschaften der Pommern, Ost- und Westpreußen. Kostenbeitrag für Kaffeetafel 3,50 Euro. – Montag, 14. April, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Ehrungen für Mitglieder anlässlich des Jubiläums.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Sonnabend, 12. April, 15 Uhr, Ludwigshafen-Gartenstadt, Forsterstraße (Haus der AWO): Treffen der Gruppe zur Osterfeier.

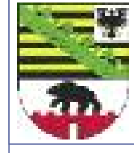
Mainz – Donnerstag, 24. April: Besuch des römischen Gräberfeldes am Bettelpfad in Mainz-Weisenau nahe der Göttelmannstraße. Treffpunkt: 14 Uhr, Mainz, Bahnhofsplatz 2. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai: Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Die Fahrt wird von der Kreisgruppe Darmstadt durchgeführt. Auskunft erteilt der Vorsitzende Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

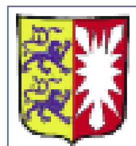
Halle – Freitag, 4. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Ortsgruppe.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Sonntag, 13. April, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: Treffen der Gruppe zum Thema „April, April, der weiß nicht, was er will“. – Dienstag, 22. April, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 25. April, 16 Uhr, TuS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Rastenburg spricht am Dienstag, 8. April, um 15 Uhr im „Haus im Stadtpark“ über das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, über das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen und über die aktuelle Situation der Landsmannschaft Ostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Zur 75. Preußischen Tafelrunde wurde von Wolfgang Kanstorf, Landschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V. und Helmut Bethge, Preußeninstitut, nach Flensburg eingeladen. Das Thema für diesen Abend lautete: 150 Jahre Deutsch-Dänischer Krieg 1864, Ursachen, Verlauf, Folgen und Bedeutung für die Gegenwart. Als Referent wurde Dr. phil. Jürgen W. Schmidt, 2. Vorsitzender des Preußeninstituts aus Berlin kommend, gewonnen. – Die erste Preußische Tafelrunde in Flensburg fand am 3. März 1977 statt, sie wurde von Professor Dr. Wolfgang Stribrny ins Leben gerufen. Wie den Zuhörern von W. Kanstorf, als Nachfolger von Prof. Stribrny Leiter der Preußischen Tafelrunde Flensburg seit 1997, am 25. März 2014 mitgeteilt wurde, sind in den vielen Jahren 9000 Einladungen herausgegangen, zirka 4000 Teilnehmer erlebten sehr historische Stunden. Über einen langen Zeitraum finden diese Abende im Flensburger Restaurant Borgerforeningen statt. Hier handelt es sich um ein 1820 erbautes Gebäude, das den wohlhabenden dänischen Bürgern in Flensburg als Versammlungsstätte und Speiselokal diente. Im Feldzug von 1864 wurde dieses Gebäude als Lazarett für dänische verwundete Offiziere genutzt. – Der Referent, Jahrgang 1958, dessen Familie aus Schlesien vertrieben wurde, diente als Artillerieoffizier in der Nationalen Volksarmee, nach der politischen Wende übernahm die Bundeswehr Jürgen Schmidt. Der schied 1993 aus der Bundeswehr aus und studierte Geschichte, Psychologie und Interkulturelle Erziehungswissenschaften. Als promovierter Historiker hat er sich seitdem auf die deutsche, osteuropäische und russische Geschichte sowie die Geheimdienstgeschichte spezialisiert. – Der Zuhörer stellte im Laufe des Vortrages fest, Dr. Schmidt „versteht sein Handwerk“, selten sah er auf seine Merkblätter. Er hatte die fast 110 Zuhörer „gut im Blick“. Ein hervorragendes Fachwissen zu dem Thema fesselte sehr viele Anwesende, die gerade diese Materie und die Gefechtslandschaften sehr gut kennen. Eine gelungene 75. Preußische Tafelrunde klang harmonisch aus. Als Dank und Anerkennung überreichte W. Kanstorf dem Referenten eine Flasche Flensburger Rum.

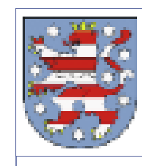
Lütjenburg/Plön – **Nachruf für Hans-Ludolf Süßenguth** – Die Vertriebenen in Lütjenburg und im Kreis Plön, die Breitensteiner, die Mitglieder der Kommission Breitenstein [Uljanowo] und die Lütjenburger trauern um Hans-Ludolf Süßenguth. Er starb am 12. März im Alter von fast 93 Jahren.

Hans-Ludolf Süßenguth hat seine Meinung immer offen vertreten, auch wenn sie gerade nicht opportun war. Er verzweifelte auch dann nicht, wenn viele schon aufgegeben hatten. So war der 17. Juni in der Bundesrepublik zu einem freien Tag mit Ausflügen und anderen Vergnügungen verkommen. Süßenguth hat darauf bestanden, dass an diesem Tag in Lütjenburg des Volksaufstandes in der sowjetisch besetzten Zone gedacht wurde. Er hatte die Anregung, dass jeweils der Vertreter einer im Landtag vertretenen Partei in Lütjenburg auf dem Marktplatz sprach. So war die Stadt Lütjenburg wohl bis zum Schluss eine der wenigen Gemeinden in der Bundesrepublik, die an diesem Tag zu einer Veranstaltung geladen haben. Aber auch als wir dann wiedervereint waren, hat er so lange gekämpft, bis auf dem Berlinstein das Novemberdatum für die deutsche Wiedervereinigung eingraviert war. Hans-Ludolf hatte es sich zur Lebensaufgabe gemacht, ab 1974 als Orts- und Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen, die Erinnerung an die Vertreibung der 14 Millionen Menschen aus Ost- und Westpreußen, aus Pommern, Schlesien und dem Sudetenland wach zu halten. Unermüdlich hat er in jedem Jahr am Tag der Heimat in Lütjenburg am „Kreuz des Deutschen Ostens“ und in Plön die Vertriebenen und die Einheimischen zu einer Feierstunde aufgerufen und diese auch gestaltet.

Hans-Ludolf Süßenguth hat sich in seiner neuen Heimat als Stadtvertreter engagiert und auch sein Wissen als Berufsschullehrer in die Meinungsbildung mit eingebracht. Er war lange Jahre auch Schiedsmann in Lütjenburg und aktiv im Kirchenvorstand der St. Michaelis-Gemeinde in Lütjenburg. Als Ehrenmitglied wirkte er in der Kommission Breitenstein [Uljanowo] noch bis vor wenigen Jahren mit und setzte sich für Zusammenarbeit und Schüleraustausch mit der ehemaligen Patengemeinde der Stadt Lütjenburg Breitenstein und der heutigen Partnergemeinde Uljanowo ein. Er wurde für seine vielfältigen Verdienste 1998 als „Verdienter Bürger der Stadt Lütjenburg“ ausgezeichnet. Am Freitag, 21. März, haben wir von ihm Abschied genommen. Wir werden ihn und sein Wirken nicht vergessen.

Neumünster – Mittwoch, 9. April, ab 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Beliebte Frühlings- und Sommerlieder klingen mit musikalischer Begleitung durch den Raum. Gäste sind willkommen. – **Bericht** – Die Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen der Kreisgruppe Neumünster fand am 12. März im Restaurant am Kantplatz statt. Zeigte es sich doch wieder durch die hohe Teilnehmerzahl, wie wichtig diese Veranstaltung ist. In heimatlicher Verbundenheit und zum Gedenken der Verstorbenen wurde eine Gedenkminute eingelegt. Die Vorsitzende Brigitte Profé hielt Rückschau auf die Aktivitäten des Jahres 2013. Kulturelle Veranstaltungen bereichern das Programm. Viel Wert legt die Gruppe stets auf den Erhalt der ostpreußischen Kultur, Bräuche und Liedgut. Drei neue Mitglieder konnten im Laufe des Jahres begrüßt werden. Die Wahlleitung oblag Landsmann Horst Lessing. Der Kassenbericht, verlesen durch den Kassenprüfer Gerd Höpfner (Kassenwartin Renate Guewuch ist erkrankt) zeigte, dass mit den Beiträgen und Spenden der sparsam gewirtschaftet worden ist. Die Kassenprüfung war ohne Beanstandung erfolgt. Die Vorstandswahl ergab keine Veränderungen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden in ihren Ämtern einstimmig bestätigt. 1.Vorsitzende: Brigitte Profé, Kulturwartin: Brigitte Profé, Schriftführung: Brigitte Profé, Kassenwartin: Renate Guewuch, Kassenprüfer: Gisela Höpfner, Elisabet Wrobel, 1. Beisitzerin: Elfriede Schink, 2. Beisitzerin: Elli Hahner. Die Vorsitzende Brigitte Profé dankte LM. Horst Lessing für die korrekte Durchführung der Wahl. Dank und Anerkennung gilt auch den Vorstandsmitgliedern und Helfern für die geleistete Arbeit und Hilfe. Ebenfalls dankte sie allen Mitgliedern, die die Treue zur ostpreußischen Landsmannschaft halten und ihr Vertrauen entgegengebracht haben. Es ist immer gut zu wissen, dass man verlässliche Landsleute an seiner Seite hat und die auch bereit sind, die erfolgreiche und aufwendige Arbeit, auch für den kulturellen Teil, zu unterstützen.

Pinneberg – Sonntag, 13. April, 15 Uhr: „Heimat in mir“. Irmgard Powierski liest aus ihren Büchern. Anmeldungen unter Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 15. April, 14 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag.

Jena – Freitag, 25. April, 14 Uhr, Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Vortrag von Dr. Rubach über Ostpreußen in der Panorama. Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

Meiningen – Freitag, 11. April, 14 Uhr, Wolkenlos: Frühlingsfest der Ostpreußen. – **Nachruf** – Tief betroffen erhielten wir die traurige Nachricht vom Tod unseres lieben Landsmannes Gerhard Preikschat. Gerhard Preikschat war ein Ostpreuße aus Überzeugung. Ganz besonders lag ihm seine Heimatstadt Schirwindt am Herzen. Schirwindt, eine Stadt, die nicht mehr existierte, lebte im Herzen von Landsmann Preikschat weiter. Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen war 1991 als erste Landsmannschaft in Meiningen in Thüringen unter seiner Führung gegründet worden, deren Vorsitzender er auch einige Jahre war. Zahllose gemeinsame Veranstaltungen und Heimatnachmittage wurden organisiert und durchgeführt. Stets standen die Liebe und Treue zur alten Heimat im Mittelpunkt. Gerhard Preikschat hat sich immer um die Belange seiner Landsleute bemüht, besorgte ihnen Zeitungen und Bilddokumente aus der Heimat. Er war ein Mitbegründer des Bundes der Vertriebenen in Thüringen. Seit 1995 organisierte er regelmäßig Regionaltreffen der Ost- und Westpreußen in Meiningen. Neben den Veranstaltungen der Gruppe in Meiningen organisierte er das erste Regionaltreffen der Heimatkreise Ebenrode und Schloßberg in Meiningen. Die Treffen sind in den letzten Jahren nach 1999 immer kleiner und überschaubarer geworden. So trafen sich dann überwiegend nur noch Schirwindter einmal im Jahr in Meiningen. Diese Treffen organisierte Preikschat mit viel Aufwand. Für diese Veranstaltungen hatte Landsmann Preikschat immer besondere Attraktionen im Sinn und konnte somit die Anwesenden immer mit Erinnerungen fesseln. Man fühlte sich bei diesen Treffen wie in einer großen Familie. Sie waren sehr harmonisch und mit viel Liebe gestaltet. Unnachahmlich war sein Talent, unaufdringlich für andere da zu sein und sich selbst dabei nicht aufzugeben, trotz seiner schweren Krankheit. Wir danken unserem lieben Landsmann Preikschat für seine aufopferungsvolle Arbeit für unsere viel geliebte Heimat Ostpreußen, verneigen uns still und bewahren ihm stets ein ehrendes Andenken. Seiner lieben Frau sprechen wir unser tiefes Mitgefühl aus, die ihm immer hilfreich zur Seite stand und in schweren Zeiten immer für ihn da war.

Kinder musizierten für Königin Luise von Preußen

Der Schlossverein Hohenzieritz und die Königin-Louise-Gedenkstätte e. V. gedachten aus Anlass der 15. Saisoneröffnung dem Geburtstag der Königin Preußens vom 10. März 1776.

Am 22. März hatte der Verein zur Festveranstaltung geladen. Der Schützenverein „Vier Tore“ e. V. Neubrandenburg eröffnete die Festveranstaltung mit einem kräftigen Salutschießen. Anschließend sprach Festredner Dr. Rajko Lippert zum Thema „Das Herzoghaus Mecklenburg-Strelitz und sein Wirken im Zarenreich“. Ein Thema übrigens, welches durch aktuelle Ereignisse an Bedeutung gewonnen hat.

Von besonders emotionaler Wirkung blieb das Konzert des „Salon-Orchester Königin Louise“ aus Neubrandenburg.

Die jüngsten Mitglieder des Orchesters gaben ein Beispiel von außergewöhnlichem musikalischen Könnens, welches der Königin sehr gefallen hätte.

Mecklenburg hat seine berühmte Landestochter nicht vergessen.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



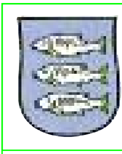
LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Wahl der Kirchspielvertreter

Die Wahl der Kirchspielvertreter 2014 für die Kreisgemeinschaft Labiau ist abgeschlossen. Die nachstehend aufgeführten Personen wurden als Kirchspielvertreter gewählt: Horst Warthun, Bruno Reichwald (Ersatzvertreter), Erika Freitag, Martina Hahn, Hubertus Springer, Brigitte Stramm, Ilse Hunger, Dorothea Kurzmann, Anni-Lore Lemke, Bärbel Lemke, Klaus-Arno Lemke, Heinke Lanatowitz, Egbert Marenke, Irma Marenke, Alfred Erdmann, Alfred Schaulinski, Annelise Todt, Thomas Rieser, Karl-Heinz Hundsdörfer (Ersatzvertreter).

Entsprechend Punkt 8 der Wahlordnung vom 13. April 2003 muss ein Wahleinspruch innerhalb von vier Wochen nach Veröffentlichung in der Preußischen Allgemeinen Zeitung/Ostpreußenblatt schriftlich an die Geschäftsstelle eingereicht werden. Über einen Wahleinspruch entscheidet der Wahlausschuss. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die konstituierende Sitzung der Kreisvertreter findet am Sonntag, 14. September 2014, anlässlich des Kreistreffens in Otterndorf statt. Erika Freitag (Vorsitzende des Wahlausschusses)



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellungsdauer verlängert

Die Ausstellung „Ostpreußen verzaubert“, die im Foyer des Neuen Rathauses Neumünster gezeigt wird, ist dort bis zum 16. April 2014 zu den Öffnungszeiten des Rathauses zu sehen.

Schon jetzt ist festzustellen, dass von den täglich bis zu mehreren hundert Menschen, die von Montag bis Freitag das Rathaus durch dieses Foyer betreten, fast jeder zweite Besucher sich Zeit für die Themen der Tafelausstellung nimmt. Nicht wenige kommen gezielt nur deshalb in das Gebäude.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiensensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen Nord

Am Sonntag, 27. April, findet das Regionaltreffen Nord in Lübeck statt. Ort: Hotel Hanseatischer Hof, Beginn 11 Uhr. Die neue Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee stellt sich den Anwesenden vor. Hubertus Hilgendorff referiert über die Umbaumaßnahmen des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg.

Seminar „Kulturelles gesellschaftliches Leben in Lyck“

Die Kreisgemeinschaft Lyck e.V. veranstaltete am Wochenende 22./23. März im Ostheim in Bad Pyrmont ein Seminar unter dem Motto „Kulturelles gesellschaftliches Leben in Lyck“. Der Inhalt dieser gut besuchten Veranstaltung (36 Teilnehmer) wurde in drei Themenbereiche aufgeteilt. Dafür konnten die Referenten, welch ein Glücksfall, aus den eigenen Reihen gewonnen werden.

Nach der Begrüßung und einer Einführung in das Seminar durch die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee hielt unser Kreisältester Gerd Bandilla einen Vortrag über „Architektur, Bildhauerei, Webkunst und Vereinswesen“. Beginnend mit dem Gedicht der Lycker Ecke stimmte er alle Anwesenden auf die weiteren Vortragsthemen ein. Dabei wurden auch die geschichtlichen Begleitumstände, in der mit einigen Fotos angereicherten Darbietung über die Architekten Heinrich Lotz und Hermann Schild, den Bildhauer Karl Sylla und die Leiterin der Webschule Lyck Bertha Syttkus, erwähnt. Über die Vielzahl der damaligen Lycker Vereine waren alle Anwesenden sehr überrascht.

Es folgte Günter Donder mit seinem Vortrag über „Malerei“. Nach seinen einführenden Worten zum Thema „Kunst“ und „Wer ist ein Maler?“ wurden mit musikalischer Untermalung zusammengestellte Gemälde dem Publikum eindrucksvoll präsentiert. In seinem Beitrag verwendete er Werke von Anna Caspary, Adelheid von Kannewurf, Otto Schliwinski, Evelyn Knapp, Dieter Korbanka, Gudrun Lassalle und Günter Donder selbst.

„Wo sich aufhört die Kultur, da lebt der Masur“. Peter Dziengel referierte umfangreich über das „Musikleben“. Diesen Kulturzweig mit Informationen der Musikkorps, Gesangsvereine und einzelner Solisten hat er in seiner lebendigen, humorvollen Art dem Publikum nähergebracht. Ein Beweis der sangesfreudigen Bewohner unserer ostpreußischen Heimat und deren Nachkommen, wurde durch das gemeinsame Singen des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ erbracht.

Nach jedem einzelnen Beitrag gab es für die Zuhörer die Gelegenheit zur Diskussion sowie auch zu einzelnen individuellen Erlebnisbeiträgen. Das Seminar wurde mit einer Zusammenfassung von Heidi Mader, der Sprecherin der Mittleren Generation, nach einem gelungenen Ablauf mit großer Zustimmung und Zufriedenheit beendet. Dieses abgehaltene Seminar wird dokumentiert und in einem Band mit zahlreichen Bildern veröffentlicht. Näheres dazu über die KG - Lyck e.V.

Heimattreffen

27. April: Regionaltreffen Nord in Lübeck, Hotel Hanseatischer Hof.

6. bis 8. Mai: Ortstreffen Morgengrund, Stettenbach, Siegers-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

feld, Mostolten im Ostheim, Bad Pyrmont.

24./25 Mai: Gorlau-Treffen/Oerlinghausen, Hotel Mügge am Iberg.

30./31. August: Kreistreffen in Hagen, Stadthalle.

13. November: 11. Lycker-Treffen in Bremen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Ostpreußentreffen Kassel

Zum diesjährigen großen Ostpreußentreffen am 17. und 18. Mai bieten wir in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Ortelsburg eine zweitägige Busreise an. Die Abfahrten erfolgen ab Essen, über Gelsenkirchen, Herne, Bochum, Dortmund, Raststätte am Haarstrang, Raststätte Soester Börde, nach Kassel. Die Reise beginnt am 17. Mai in den Morgenstunden, Rückfahrt am 18. Mai abends. In dem recht günstigen Gesamtpreis von 103 Euro pro Person im DZ sind Fahrtkosten, Übernachtung, Frühstück und der Eintritt zur Veranstaltung inbegriffen. Interessenten melden sich bitte beim Neidenburger Kreisvertreter (siehe obige Telefonnummer/Anschrift). Reiseunterlagen werden umgehend zugesandt.





SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Nachruf auf Gerhard Preikschat

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg/Pillkallen trauert um Gerhard Preikschat, einem langjährige Mitglied des Schloßberger Kreistages. Er verstarb im Alter von 81 Jahren am 2. März 2014 in Meiningen (Thür.) Gerhard Preikschat wurde am 25. Juli 1933 in Schirwindt, Kreis Pillkallen, geboren. Mit seinen Eltern Ernst und Helene Preikschat, geb. Hochwald, sowie den drei älteren Geschwistern Grete, Anna und Hans, wuchs er in Schirwindt auf und besuchte dort von 1940 bis 1944 die Volksschule. Am 31. Juli 1944 musste er mit seiner Familie die Heimat verlassen und kam über Schönbruch und Reichenbach/Vogtland nach Sülzfeld im Kreis Meiningen (Thüringen). Hier setzte er seine Volksschulzeit von 1945 bis 1948 fort. Ab 1948 bis 1950 besuchte er eine Oberschule in Meiningen. Danach absolvierte er eine Ausbildung zum Großhandelskaufmann und war als Buchhalter, Branchenleiter und dann 25 Jahre im Außendienst im Bezirk Suhl tätig. 1960 heiratete Preikschat Brigitte Avermark und war seit dieser Zeit in Meiningen wohnhaft. Nach schweren Operationen im Jahre 1986 wurde er zum Invalidenrentner.

Im Jahre 1991 gründete Gerhard Preikschat in Meiningen die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, die erste Landsmannschaft in Thüringen, und übernahm den Vorsitz. Im Jahre 1995 wurde er in den Kreistag der Kreisgemeinschaft Schloßberg gewählt. Noch im gleichen Jahr organisierte er mit Riesenerfolg das erste Regionaltreffen in Meiningen gemeinsam für die Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode. 450 Landsleute hatten sich im Speisesaal des Eisenbahnausbesserungswerkes Meinigen zusammengefunden. Auch in den folgenden Jahren waren die Meininger Treffen stets ein großer Erfolg, nicht zuletzt wegen des vollen Einsatzes von Gerhard Preikschat. Ab 1999 wurden die Treffen in Meinigen von Preikschat mit reduziertem Teilnehmerkreis – so um 40 Teilnehmer – und damit mit weniger Aufwand organisiert, insbesondere aus gesundheitlichen Gründen. Die Meininger Treffen wurden nun zu „Schirwindter“ Treffen, jedoch mit Beteiligung auch anderer Schloßberger. Die Schirwindter lagen Preikschat so am Herzen, dass er trotz angeschlagener Gesundheit bis zum Jahre 2014 das 20. Schirwindter Treffen organisierte, an dem er nun aber nicht mehr teilhaben kann. Dieses 20. Treffen soll vom 22. bis 24. August 2014 stattfinden. Die Teilnehmer werden Gerhard Preikschat dann an seiner letzten Ruhestätte besuchen.

Für seine Verdienste um Heimat und Vaterland wurde Gerhard Preikschat im Jahre 1999 mit dem Silbernen Ehrenzeichen und im September 2008 mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg ist Preikschat für seine langjährige, konstruktive Arbeit im Kreistag und für die stets vorbildliche Organisation der Meininger Treffen zu großem Dank verpflichtet. Er hat sich damit in ganz besonderem Maß verdient gemacht. Die Kreisgemeinschaft Schloßberg wird Gerhard Preikschat ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner lieben Frau Brigitte.

Ch.-Jörg Heidenreich

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



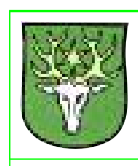
TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Treffen der Tilsit-Ragniter in Kassel

Im Vorfeld des Deutschlandtreffens der Landsmannschaft Ostpreußen am 17. und 18. Mai in Kassel finden am Donnerstag, 15. Mai, und Freitag, 16. Mai, Sitzungen des Vorstandes, des Kreisausschusses und des Kreistages der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit statt. Einzelheiten zu den Beratungspunkten werden später bekanntgegeben.

Alle bis dahin angereisten Tilsit-Ragniter haben die Möglichkeit, sich am Freitagabend im Restaurant „Komödienstadel“ in der Karthäuser Straße 5A zu einer gemütlichen Runde zusammen zu finden. Bei der Gelegenheit können alte Bekanntschaften aufgefrischt und neue geschlossen werden. Über eine rege Teilnahme freut sich der Vorstand.



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Tagung der Kreisvertreter; Änderungen im Vorstand

Am 10. März fand die für das aktuelle Jahr geplante Tagung der Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft Wehlau im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Neben den laut Satzung regelmäßig abzuhandelnden Tagesordnungspunkten standen einige entwicklungsbedingte organisatorische, finanzielle und personelle Probleme im Mittelpunkt der Beratung und Beschlussfassung. Das steigende Durchschnittsalter der Vertriebenengeneration und das altersbedingte Wegbrechen der Mitgliederzahl der Kreisgemeinschaft führt zu wesentlich geringerer Beteiligung an den Veranstaltungen und zu einer merkbaren Verringerung der auf der Grundlage von Spenden zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Den Mitgliedern und Mitarbeitern der Kreisvertretung fällt es zunehmend schwerer, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Die Kreisvertretung ist zu einschneidenden Reaktionen auf die veränderte Lage gezwungen. Nach gründlicher Diskussion wurden die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Wegen des Ausfalls der erst kürzlich berufenen Heimatbriefredakteurin waren wiederholt eine Umverteilung der Aufgaben im Vorstand und die Wahl eines neuen Vorsitzenden notwendig. Werner Schimkat ist die Belastung als Vorsitzender der Kreisvertretung und gleichzeitig Heimatbriefredakteur nicht zuzumuten. Deshalb hat die Kreisvertretung Gerd Gohlke (bisher 1. Stellvertreter) als neuen Vorsitzenden gewählt. Werner Schimkat (bisher Vorsitzender) übernimmt ab sofort die Redaktion des Heimatbriefes und die Funktion des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden. Neu in den Vorstand gewählt wurde Helmut Fellbrich (Schriftführer und Medienbeiträge).

Die Kreisgemeinschaft gibt sich eine neue Satzung, die den veränderten Bedingungen besser gerecht wird. Wesen und Zweck der Kreisgemeinschaft bleiben unverändert. Anstelle von Kreisvertretung und Vorstand werden künftig die Mitgliederversammlung und der Vorstand stehen. Die Kreisvertretung (früher auch als Kreistag bezeichnet) wird es nicht mehr geben. Die neue Satzung liegt im Entwurf vor und soll auf der nächsten Kreisvertretersitzung beschlossen werden. Der Abdruck des Entwurfs und nähere Erläuterungen erfolgen im Heimatbrief.

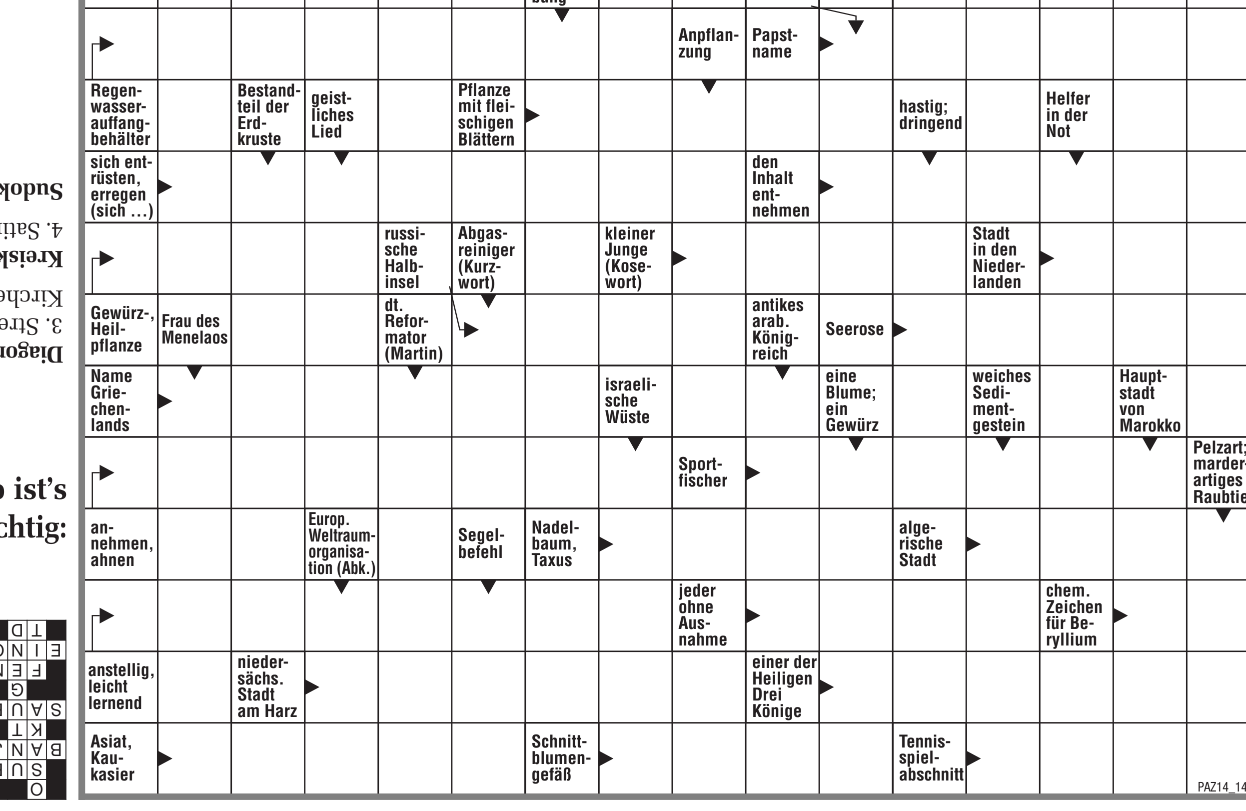
Das ursprünglich für September vorgesehene Hauptkreistreffen in Bad Nenndorf fällt aus. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft sind aufgerufen, sich dafür an dem Bundestreffen der Ostpreußen am 17. und 18. Mai 2014 auf der Messe in Kassel zu beteiligen. Die Kreisvertretung wird dort mit einem Stand vertreten sein.

Die in Mitteldeutschland lebenden ostpreußischen Landsleute können gerne an dem gemeinsamen regionalen Treffen der Kreisgemeinschaften Labiau, Wehlau und Samland in Zusammenarbeit mit dem BdV Kreisverband Leipzig teilnehmen. Das Treffen findet am 21. Juni von 11 bis gegen 18 Uhr in Leipzig im Saal der Gaststätte Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91-93 statt.

Entsprechend den neuen Gegebenheiten und gesetzlichen Vorschriften wurde die Geschäftsordnung der Kreisgemeinschaft geändert und rückwirkend ab 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Im weiteren Verlauf der Tagung berichtete Sieglinde Kenzler über Ergebnisse der grenzüberschreitenden Arbeit und den erfolgreichen Schüleraustausch. Diese Arbeit soll so fortgesetzt werden. Außerdem wurde über die Fortführung der Archivarbeit beraten.

Alltag im geteilten Deutschland – BRD & DDR privat. Im Herbst soll im Fernsehen eine Dokumentation ausgestrahlt werden, in der es um das Leben der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten zur Zeit der Teilung geht. Interessierte Zeitzeugen und Hobbyfilmer bitte melden bei Lars Ziegenhain, lars.ziegenhain@magmatv.de, Telefon (0221) 78879522, Oberländer Ufer 180-182, 50968 Köln

japanische Hafenstadt · schlechte Eigenschaft · Portier, Torwächter · Stadt am Niederrhein, in NRW · schenken; reichen · anscheinend · wohlschmeckend · Nachlassempfänger · Dschungelheld · gefühlsbetont · eine Zahl · Zimmerwinkel · freundlich · griechische Friedensgöttin · gut trinkbar (ugs.) · Liebelei · Busch-, Haumesser · Verwandter · Kunststil · Gestalt aus „Moby-Dick“ (Kapitän …) · Veranstaltung, Ereignis (engl.) · Zupfinstrument · Spezialschiff · Kunststätte, Schaubühne · Ansprache, Vortrag · hess. Stadt an der Fulda · veraltet: Krawatte · Abfolge von Augenblicken · sonnig, wolkenlos und hell · temperamentvoll · salopp: wütend, verärgert · sportlich in Form · Fischfett · Stadt im westl. Ruhrgebiet · Titel arabischer Fürsten · Liegeplatz für Schiffe · Wüstenfuchs · Inselgruppe Mikronesiens · Flachland · zerlegen, zertrennen · Hohlmaß · Horntier · Mutter (Kosename) · Schauspiel-, Ballettschüler · ein Bewohner einer ital. Stadt · Wüstenei · Altersruhegeld · Abkürzung für Sankt · Fluss durch Lissabon · spanische Stadt am Tajo

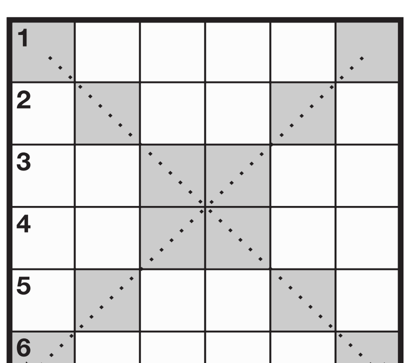


Sudoku

	9		6		1		5	
	7			4			9	
1		8				4		7
3			9		6			8
		7				5		
9			5		7			4
4		9				1		2
	3			1			4	
	1		4		5		8	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



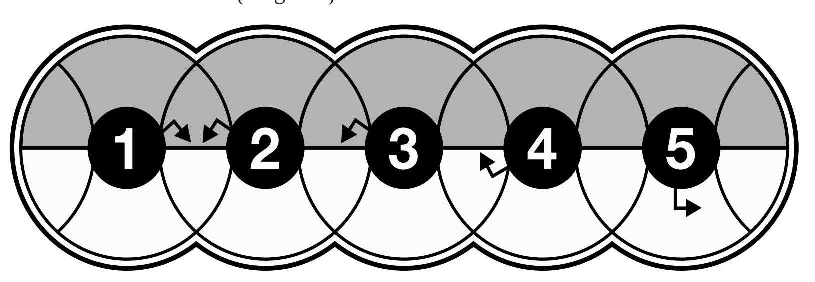
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen ein Bauwerk und eine Bauwerkstütze.

1 katholische Geistlichkeit
2 Tagesabschnitt
3 Arbeitsniederlegung
4 ein wenig nass
5 Leingewächs
6 Klagelied

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Mitteilung, Nachricht.

1 Nordeuropäerin, **2** Opernfigur bei Mozart, **3** empfehlenswert, **4** Spottschrift, **5** französischer Maler (Auguste)



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Klerus, 2. Mittag, 3. Streik, 4. feucht, 5. Flachs, 6. Elegie – Kirche, Saeule

Kreiskette: 1. Finnin, 2. Figaro, 3. ratsam, 4. Satire, 5. Renoir – Information

Sudoku:

2	9	4	6	7	1	8	5	3
5	7	3	2	4	8	6	9	1
1	6	8	3	5	9	4	2	7
3	4	5	9	2	6	7	1	8
6	2	7	1	8	4	5	3	9
9	8	1	5	3	7	2	6	4
4	5	9	8	6	3	1	7	2
8	3	6	7	1	2	9	4	5
7	1	2	4	9	5	3	8	6

Ostpreuße mit Leib und Seele

Der in Hamburg lebende Journalist Evgeny Dvoretski sammelt alte Postkarten aus dem Samland

Vor kurzem erschien ein neues Postkartenbuch „Pobethen in alten Ansichtskarten 1258–2013", das der russische Journalist Evgeny Dvoretski gemeinsam mit seinem deutschen Freund Dietmar Wrage herausgegeben hat. Zwar handelt es sich um einen kleinformatigen Bildband, doch verfügt er über einen großen Inhalt.



In seinem privaten „Ostpreußenmuseum": Autor und Sammler Dvoretski Bild: MRK

Die umfangreiche Bibliothek mit Literatur über Ostpreußen ist um einen Band reicher geworden. Das Buch „Pobethen in alten Ansichten" zeigt insgesamt 65 Ansichten des Ortes, der 26 Kilometer von Königsberg und sechs Kilometer von der Ostsee entfernt liegt. Der Band zeigt Postkarten, die von Jugendstilornamenten umrahmt sind, sowie auch bestimmten Themen wie „Samlandbahn" oder „Fischhausener Kreisbahn" gewidmet sind. Das Buch erschien aus Anlass des 755-jährigen Bestehens Pobethens, das erstmals 1258 urkundlich erwähnt wurde.

Im Vorwort berichtet der russische Journalist und Sammler, aus dessen Kollektion die abgebildeten Postkarten sämtlich stammen, über die deutsche Geschichte der Siedlung Pobethen, während der deutsche Heimatfreund Dietmar Wrage über die aktuellen Ereignisse in der heute Romanowo genannten Ortschaft schreibt.

Beide Herausgeber verbindet die Liebe zur Heimat Ostpreußen. Dvoretski wurde 1950 in Tapiau geboren, Wrage wurde 1938 in Pobethen geboren und lebte bis zum Kriegsende dort. Er hat eine Karthothek über das Samland mit Ortsinformatinen, Bildergalerien und Kartenmaterial zusammengestellt, das über seine homepage „www.pobethen-dietmar.de" abgerufen werden kann. Die Idee, gemeinsam ein Buch über Pobethen herauszugeben, entstand schon vor längerer Zeit. Während Dvoretski sich um das inhaltliche Konzept kümmerte, sorgte Wrage für die Finanzierung und Machbarkeit des Projekts. Herausgekommen ist ein Beispiel deutsch-russischer Zusammenarbeit, das sich sehen lassen kann.

Doch wie kam es dazu, dass ein russischer Journalist sich einem so speziellen Hobby wie dem Sammeln von Postkarten aus Ostpreußen widmet?

Die Leidenschaft zum Sammeln wurde bei Evgeny schon in frühester Kindheit angelegt. Sein Vater, der von Beruf Übersetzer beim Militär war und der 1945 mit der Roten Armee nach Ostpreußen gekommen und geblieben war, sammelte Briefmarken. Im Alter von neun Jahren kannte der Sohn sich bereits gut mit Münzen aus. Aber in der Sowjetunion galten Münzsammler als verdächtige Personen, als Spekulanten, die man beobachten musste. Erst am 15. April 1979 wurde offiziell der „Kaliningrader Klub der Kollektionäre" gegründet. Dessen Vorsitzender war Dvoretski bis zum Tag seiner Ausreise im Jahr 1998. Seine Sammlung wurde in der Königsberger Kunstgalerie ebenso ausgestellt wie in Cranz und anderen Orten. Er erhielt zahlreiche Preise und Auszeichnungen.

Evgeny beschäftigte sich auch schon früh mit dem Schreiben. Mit 15 verfasste er Artikel für die „Pionerskaja Prawda". Das war zu der Zeit ein großer Erfolg. Weil seine Artikel allgemeines Interesse fanden, durfte er nach dem Schulabschluss an der philologischen Fakultät der Königsberger Universität studieren. Er schrieb für Neuhausener Lokalzeitungen und für den „Kaliningrader Komsomolez". Acht Jahre lang arbeitete er für eine Cranzer Kreiszeitung und er erhielt auch Aufträge fürs Radio.

Als er zum Militär einberufen wurde, entdeckte der junge Evgeny weitere Leidenschaften: Er lernte boxen und in seiner Freizeit spielte er Bridge. Die Freude an sportlichen Aktivitäten und am

> »Morgens Proletarier, nachmittags Intellektueller«

Kartenspiel ist ihm bis heute erhalten geblieben. Zweimal bestieg er inzwischen den Mont Blanc; sein Artikel über die zweite Besteigung erschien sogar in der überregionalen Zeitung „Argumente und Fakten", in seiner Freizeit spielt er in einem privaten Zirkel auch kompliziertere strategische Kartenspiele, er springt Fallschirm und läuft Ski.

Nach Deutschland kam der Journalist im Rahmen eines Entschädigungsprogramms der Bundesregierung für Juden Ende der 80-iger Jahre. Damals kamen neben 2,7 Millionen Russlanddeutschen auch 200 000 Juden, ehemalige Sowjetbürger, in die Bundesrepublik. Einer von ihnen war Evgeny Dvoretski. Ihm war es in Ostpreußen eigentlich gar nicht schlecht ergangen, aber ein Freund hatte ihn zur Ausreise überredet. Er folgte dem Vorschlag gern, in der Überzeugung, der russischen Trägheit und Korruption, die sich in allen Bereichen breit gemacht hatte, zu entfliehen.

In Deutschland hat er sich inzwischen gut eingerichtet. Sein einziges Problem war und ist die Sprache. Zwar hat er mit seiner Frau gleich nach ihrer Ankunft Deutschkurse besucht, doch lernt es sich nicht mehr so gut, wenn man schon etwas älter ist. In der Universität hatte Evgeny nur Englisch gelernt. Als er mit dem Sammeln deutscher Postkarten begann, kaufte der Wissbegierige sich ein deutsches Wörterbuch, um die Texte auf den Karten zu entziffern. Viele Postkarten seiner Sammlung hatten sie Teilnehmer der Klubtreffen mitgebracht. Sie hatten sie zum Teil in alten deutschen Häusern gefunden. Evgeny machte sich auf den Weg, die abgebildeten Gebäude zu finden. Da Cranz im Krieg nicht groß in Mitleidenschaft gezogen worden war, hatte er Erfolg. Auch Besuche des Cranzer Museums halfen ihm bei seinen Recherchen. So lernte er die Geschichte des Seebads kennen, aber die Postkarten halfen ihm auch, die deutsche Kultur und den Geist besser zu verstehen.

Nach der Ausreise fand Familie Dvoretski in Hamburg eine ständige Bleibe. Irgendwie erinnert die Hafenstadt den Journalisten an Königsberg. Als gutes Omen sieht Evgeny auch die Tatsache, dass es einen Hamburger Stadtteil mit dem Namen Cranz gibt, ein gutes Zeichen ist für ihn aber auch, dass in seinem zweiten deutschen Pass als Geburtsort „Tapiau" steht und nicht „Gwardejsk", wie der Ort ja seit Kriegsende heißt. Das ist dem Umstand geschuldet, dass die deutschen Behörden sich zu dem Zeitpunkt wieder an das Vorkriegsgesetz hielten, in dem deutsche Ortsbezeichnungen ausländischen vorzuziehen sind, in Fällen, bei denen diese Orte einmal deutsche waren.

Die Familie ist mit ihrem Leben zufrieden. Nur mit der Ausübung seines erlernten Berufs hat Evgeny wenig Erfolg. Anfangs schrieb er viel für die in Hamburg erscheinende russischsprachige Zeitung „Bei uns in Hamburg" und andere Publikationen, doch zum Leben reichten die Aufträge nicht. Während seine Frau nach ihrer Umschulung in einem Altenheim ganz in der Nähe der Wohnung arbeitet, verdingt Evgeny sich in verschiedenen Jobs, fährt Waren aus oder übernimmt Hausmeisterdienste. Er nimmt es humorvoll, indem er sagt „Bis 11 Uhr morgens bin ich ein deutscher Proletarier, nach 11 Uhr ein russischer Intellektueller". Dann sitzt er am Computer, recherchiert im Internet, beschäftigt sich mit seinen Postkarten oder schreibt Artikel. Daneben hält er auch Vorträge bei der Jüdischen Liberalen Gemeinde Hamburg, wo er zuletzt bei einer Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Zeit-Stiftung über „Die Juden in Ostpreußen und in dem heutigen Kaliningrader Gebiet" referierte.

Evgeny hat vier Kinder. Ein Sohn lebt als Programmierer in Israel, sein Sohn arbeitet als Ingenieur bei Airbus in Hamburg und Tochter Anna ist eine viel beschäftigte Geschäftsfrau in Königsberg. Eine weitere Tochter studiert an der Hamburger Universität. Sie war wie ihre Mutter Erzieherin in einem Heim für Taubstumme.

Schon bald nach seiner Ankunft in Hamburg wurde Evgeny Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen, die ihn freundlich aufnahm. Über sie bekam er auch Kontakt zu Manfred Schwarz, der das „Bildarchiv Ostpreußen" aufgebaut hat, es betreut und ständig erweitert. Schwarz besuchte Dvoretsky in Hamburg und archivierte dessen umfangreiche Postkartensammlung, die inzwischen Dutzende Alben füllt. Die Sammlung umfasst 70 verschiedene Themenbereiche wie Pensionate, Cafés, Promenade, Meer, Segelschiffe, Orte im Kreis Cranz, die Vogelwarte Rossitten, aber auch Friedhöfe. Am besten gefallen Evgeny selbst Postkarten mit Jugendstilmotiven.

Als nächstes Projekt plant der Hamburger Journalist ein weiteres Postkartenbuch über Neuhausen, aber das ist noch Zukunftsmusik. Zunächst gilt es, das aktuelle Buch über Pobethen im Eigenvertrieb zu verkaufen. Das Buch ist für zehn Euro zuzüglich Porto direkt beim Autor zu beziehen: Evgeny Dvoretski, Finnmarkring 10, 22145 Hamburg, Telefon (040) 67928325 (Deutsch sprechend), E-Mail: evg.hamburg@gmx.de.

Manuela Rosenthal-Kappi



Die mit vielen Zungen reden

Übersetzer sorgen für Überblick im babylonischen Sprachgewirr – »Kommunikationsunfälle« bleiben aber manchmal nicht aus

Die Tätigkeit eines Dolmetschers ist meist sehr stressig. Wehe, wenn man etwas auf politischer Ebene falsch übersetzt. Das könnte zu Missverständnissen führen, die schwer auszuräumen sind.

„Die Tore jedoch sie ließen/ mein Liebchen entwischen gar still/ ein Tor ist immer willig/ wenn eine Törin will.“ Dieses schöne Wortspiel Heinrich Heines von 1823 lässt sich in keine Fremdsprache übersetzen. Das Gegenteil von Unübersetzbarkeit nennt die Übersetzungskunde Pseudoäquivalente oder „falsche Freunde“: Das englische „to become“ heißt nicht etwa „bekommen“, sondern „werden“, und „gift“ ist nicht etwa tödlich, sondern ein „Geschenk“.

„Falsche Freunde“ tummeln sich besonders in den (untereinander eng verwandten) slawischen Sprachen: Die allslawische „kurwa“ bezeichnet keine „Kurve“, sondern eine „Hure“. „Zachod“ ist polnisch „Westen“, tschechisch „Abort“, was auf dem Kamm des Riesengebirges oft zu köstlichen Verwechselungen führt. Als Slawistikstudent habe ich einmal ein Seminar zu Übersetzungsfehlern mitgemacht, „ertragreich“ exemplifiziert an Dostojewskis Roman „Der Spieler“ und beginnend mit der ewigen Fehlübersetzung von „familija“ als „Familie“, wo es „Familienname“ heißen müsste.

Wie viele Sprachen du sprichst, so oft bist du Mensch, urteilte Kaiser Karl IV. im 14. Jahrhundert. Laut UN gibt heute auf der Welt über 6000 Sprachen, von denen jedoch nur 100 offiziellen Status genießen. „Akademischen“ Wert besitzen alle, und legendär sind polyglotte Sprachgenies wie Kardinal Giuseppe Mezzofanti (1774–1849), Kustos der Vatikanischen Bibliothek und aktiver Sprecher von 118 Sprachen, oder der deutsche Sinologe Emil Krebs (1867–1930), der mit rund 120 Sprachen „arbeitete“.

Arbeit mit Sprachen ist das Metier des Übersetzers oder Dolmetschers, von denen das 20. Jahrhundert brillante „Statisten auf diplomatischer Bühne“ erlebte, wie Paul Schmidt (1899–1970), Hitlers Chefdolmetscher, die eigene Berufsgruppe im Titel seiner Memoiren bezeichnete. Als Genie in Sprache, Ausdruck und „Kondition“ galt Wladimir N. Pawlow (1915–1993), Stalins Chefdolmetscher für Deutsch und Englisch. Mit dem Zweimeter-Riesen Werner Eberlein (1919–2002) hatten die mittelgroßen Walter Ulbricht und Nikita Chruschtschow einen Sprach- und Ausdruckskünstler zur Verfügung. Er und alle „Kollegen“ hielten sich an Schmidts Gebot: „Ein Dolmetscher ist nicht die Hauptperson. Er steht im Mittelpunkt des Geschehens, muss sich aber bewusst sein, dass er nur ein kleines Rädchen in einem großen Uhrwerk ist.“

Im mittelalterlichen Europa war Mehrsprachigkeit verdächtig, da nur Teufel und Hexen „in vielen Zungen redeten“. Dabei brauchten Deutsche die Sprachmittler, wie 1527 eine Klage verriet – dass „tussen eynem Beyeren vnd Sassen eyn tolmetsch bedörfft“. Zum Glück verließen neugebildete hochdeutsche Sprachkonventionen die Fürstenkanzleien und erlangten überregionale Bedeutung. Die neue Hochsprache bildete das Fundament von Luthers Bibelübersetzung von 1534, und diese war in großräumiger Sprachgültigkeit die Triebkraft der deutschen Nationenwerdung, kräftig gefördert durch den noch jungen Buchdruck und ohne Schmälerung bestehender Stammeseigenheiten.



Diskret im Hintergrund: Ohne Dolmetscher würden Staatsgäste nur Bahnhof verstehen — Bild: action press

Im Osmanischen Imperium waren „Dragomane“ polyglotte Ausländer, die zwar zur Beobachtung christlicher Pilger und Gesandter benötigt, aber als Diener und Sklaven verachtet wurden. Einen Rest dieser Verachtung erlebe ich immer noch auf dem Balkan, wo man ganze Tagungen scheitern lässt, bevor Sprachkundige die fehlenden Dolmetscher ersetzen. Generell sind moderne Verhandlungs- und Gerichtsdolmetscher selbstbewusste Profis, die „das gesprochene Wort“ möglichst präzise übersetzen müssen. Andere sind mehr „Interpretes“ im altrömischen Sinne, was schon im Namen, der in „interpretieren“ nachklingt, einen freieren Umgang mit Texten einschloss. Wie ihn ja auch Martin Luther 1530 in seinem „Sendbrief vom Dolmetschen“ forderte: „Man muss den gemeinen Mann auf dem Markt drum fragen und denselbigen auf das Maul sehen, wie sie reden, und darnach dolmetschen.“

Gewiss sind die besten Übersetzer jene, die Sprachen buchstäblich mit der Muttermilch aufgesogen haben. Der deutsche Politiker Carlo Schmidt (1896–1979) hatte eine französische Mutter, und das befähigte ihn, ein international gerühmter Übersetzer von Malraux oder Baudelaire zu werden. Leonhard Kossuth, geboren 1923 in Kiew, verdankte es nicht zuletzt seiner ukrainischen Mutter, dass er einer der besten deutschen Russischübersetzer wurde.

Geniale Übersetzer erwachsen auch aus fremdsprachlicher Umgebung. So hat hat der in Slawonien geborene begnadete Literaturvermittler Roda Roda (Alexander Friedrich Rosenfeld, 1872–1945) uns zahlreiche Balkan-Autoren als Übersetzer (oder Vortragender in legendärer roter Weste) nahegebracht auf seine eigenwillige Weise: „Was ich fremden Dichtern nahm, habe ich meistens gründlich, manchmal grausam, umgekocht, nach meinem Geschmack gewürzt. Manch einen, der sich nicht übersetzen lässt, habe ich durch das umständliche Verfahren schmackhaft gemacht.“ Und das Ergebnis „schmeckt“ bis heute, wie Roda Rodas Bücher beweisen.

Dessen Übersetzungen waren ihrem Ausgangstext ebenbürtig, wenige andere katapultierten ihre Originale in höchste Ruhmeshöhen. Unerreicht blieb die Prager Deutsche Grete Reiner (1892–1944), die um 1924 antimilitaristische Humoresken des Tschechen Jaroslav Hašek (1893–1923) unter dem Titel „Der brave Soldat Schwejk“ übersetzte.

Von dem Werk schwärmte Kurt Tucholsky: „Wie glücklich ist doch ein Volk zu schätzen, das solche Helden sein eigen nennt.“ Ihn störte nur eines: „Das Buch ist aus dem Tschechischen ins Deutsche übertragen worden – soweit ich das beurteilen kann, nicht sehr glücklich.“ Der gute „Tucho“ konnte es eben nicht beurteilen: Das Buch wurde in die „Sprache“ der Deutschen der Prager „Kleinseite“ übersetzt, für die es das „reinste Deutsch überhaupt“ war: In diesem Deutsch „vergaß“ man immer „auf“ etwas, und „treffen“ ersetzte das Verb „können“.

Zum umwerfenden Inhalt („Nach'm Krieg um Sechs im Kelch“) kamen noch die witzigen Illustrationen von Josef Lada (1887–1957), und zahlreiche Übersetzungen, ausnahmslos auf Grete Reine fußend, begründeten Hašeks Welterfolg. Der „Antiheld“ Schwejk ist unsterblich, seine Heroldin Grete Reiner kam im März 1944 im KZ Auschwitz ums Leben.

Wolf Oschlies

Tierisches Wohlfühlklima

Im März stellte der Weltklimarat die Folgen einer möglichen globalen Erwärmung vor – Falls es stimmt, profitieren einige Tierarten davon

Sollte es tatsächlich einen Klimawandel geben, dann ist er für eine Tierart eine Bedrohung, für die andere aber eine Chance. In Afrikas Savannen würde der steigende CO_2-Gehalt in der Atmosphäre das Wachstum von Wäldern begünstigen. Was langfristig Waldelefant oder Schimpanse freut, entzieht Savannenelefant oder Giraffe den Lebensraum.

Während den Eisbären in der Arktis mit dem Schwinden des Packeises ihr Lebensraum wegtaut, wurden an Englands seit jeher warmer Südküste schon Mondfische beobachtet, die sonst am Äquator vorkommen. Der Löffler, eine im Mittelmeer heimische Ibisart, nistet bereits im deutschen Wattenmeer. Viele Arten sind zum Umsiedeln gezwungen, manchen eröffnen sich zusätzliche Lebensräume, anderen droht der Artentod, weil sie nicht ausweichen können. Viele zum Teil recht allgemeine Vorhersagen – etwa die von der Verschiebung von Lebensräumen Richtung Pole – entpuppen sich aber oft als zu schlicht. In anderen Fällen löst der Klimawandel Wechselwirkungen zwischen den Arten aus, die erst erforscht werden müssen.

Beispiel Himalaya. Wie anderswo schmelzen auch auf dem „Dach der Welt“ die Gletscher. Mit steigenden Temperaturen rückt die Vegetation in zuvor eisige Höhen vor. Bergaufwärts wandert nicht nur die Baumgrenze, die im Himalaya heute bei 4400 Metern liegt. Auch Tierarten erobern neue Höhenlagen, zum Beispiel der Leopard, der in den bewaldeten Hochtälern am Fuße des Mount Everest vorkommt.

Dabei gibt es einen Verlierer: den Schneeleoparden. Sein Reich sind offene Gras- und Buschlandschaften, steinige und steile Bergmatten. Beiden Leopardenarten gehen sich aus dem Weg, um tödliche Konfrontationen zu vermeiden. Ganz beliebig kann der Schneeleopard seine Reviere aber nicht nach oben ausdehnen. „Schneeleoparden im Himalaya sind gefährdet durch die Dezimierung seiner Beute, durch Wilderei und durch den Klimawandel“, sagt der italienische Verhaltensforscher Sandro Lovari von der Universität Siena. „All das kann für die Katze tödlich sein.“ Den Verlust von 30 bis 50 Prozent seiner Habitate im Himalaya sagt Lovari dem Schneeleoparden voraus.

Manche Arten wie der Leopard erobern mit steigenden Temperaturen zuvor allzu unwirtliche Regionen, auch indem sie bergauf ziehen. So ist wärmeres Klima für die arktische Vogelwelt ein Lockruf weiter nach Norden. Doch so einfach ist es nicht, wie der Kormoran auf Grönland zeigt.

Bislang gingen Forscher davon aus, dass auch Kormorane in der Arktis von wärmeren Temperaturen profitieren. Die Packeisschmelze gibt den Tauchvögeln das benötigte offene Gewässer. Wärmeres Meerwasser und wärmere Luft verlangen ihnen weniger Energie ab, um ihre Körpertemperatur zu halten. In der Arktis erweist sich diese Gleichung als Milchmädchenrechnung. Gründe sind die unveränderlichen Lichtverhältnisse und die Energiebilanzen von Vogelzügen. Für die Jagd nach Fischen sind Kormorane auf Tageslicht angewiesen. Ein wärmeres Meer reicht nicht, um die Tiere weiter Richtung Nordpol zu locken.

Zur Brutzeit ab dem Frühjahr werden die Tage oberhalb des Nördlichen Polarkreises lang und länger, über den Winter legt sich im hohen Norden eine wochen- oder monatelange Polarnacht.





Auf Abwegen? Der Steppenleopard könnte sich bald in den Bergen wohlfühlen — Bild: action press

Der Evolutionsbiologe Craig White von der australischen University of Queensland kam in einer Studie zu der Prognose, „dass die Überwinterungsgebiete der Kormorane größtenteils unverändert bleiben – und zwar wegen des fehlenden Lichts im Winter“. Die Erkenntnisse dürften auch auf andere Beutegreifer der Arktis zutreffen, die auf Licht angewiesen sind, so White. Einer Ausdehnung ihrer Habitate nach Norden seien damit enge Grenzen gesetzt.

Andere Arten könnten gar nicht weiterziehen. Ein Beispiel sind die großen Populationen von Königspinguinen auf dem Crozet-Archipel im südlichen Indischen Ozean. Ihre Bestände gelten mit rund drei Millionen Individuen noch als stabil, doch setzt den Tauchvögeln wärmeres Klima zu. „Königspinguine jagen vor allem im fischreichen Südpolarmeer“, sagt Nicolas Hanuise, Meeresbiologe an der Universität Straßburg. „Der Anstieg der Meerestemperatur verschiebt die Polarfront nach Süden.“ Das vergrößert die Distanz zwischen den Brutkolonien auf den Crozet-Inseln und den Jagdgebieten der Pinguine. Damit werde auf Dauer der Bruterfolg gefährdet, so Hanuise. Steigen die Temperaturen weiter, wird der Archipel auf Dauer zum falschen Ort für die Vögel.

Die Evolution bringt andererseits enorme Anpassungsleistungen hervor. Der Südwesten der USA zum Beispiel ist eine Region, in der sich Dürren häufen. Auf welche kreative Art sich eine Amphibienart der Dürre anpasst, erfuhren Andrew Gluesenkamp, Herpetologe beim Texas Parks and Wildlife Department, und Nathan Bendik, Umweltwissenschaftler bei der Stadt Austin, der Hauptstadt Texas', bei Forschungen im texanischen Travis County. Ursprünglich hatten sie nur messen wollen, ob sich das Wachstum des seltenen Jollyville-Plateau-Salamanders bei Dürre verlangsamt. Als sie die Salamander nach Monaten der Dürre wieder einsammelten, hielten sie ausgezehrte Schrumpfversionen in ihren Händen. Die Kopf-Rumpf-Länge der Salamander war um bis zu acht Prozent kürzer als vor der Dürre, der Schwanz um bis zu 23 Prozent. Im Frühjahr darauf hatten die Lurche ihre Verluste wieder kompensiert. Unter Amphibien war das zeitweilige Einschrumpfen des Körpers bislang völlig unbekannt.

„Das Schrumpfen des Körpers könnte eine Anpassung sein, um mit langen Phasen geringen Futterangebots fertigzuwerden“, analysiert Bendik in seiner Studie: „Für den weltweiten Niedergang der Amphibienpopulationen ist der Klimawandel eine treibende Kraft.“ Gestiegene Temperaturen und häufigere Dürren setzten den Kriechtieren zu. Für die skurrilen Salamander und alle anderen Spezies lautet die Frage, ob sich die Art der veränderten Umwelt anpassen und dabei mit dem Tempo des Klimawandels mithalten kann.

Kai Althoetmar

Ungleiche Brüder

Preußensöhne im Dialog

Friedrich Wilhelm IV. war von 1840 bis 1861 König von Preußen. Allerdings übergab er die Regierungsgeschäfte bereits im Oktober 1858 krankheitsbedingt an seinen jüngeren Bruder, der dann nach dem Tod des Monarchen als Wilhelm I. den Thron bestieg. Dabei galt Wilhelm wegen der Kinderlosigkeit von Friedrich Wilhelm IV. seit 1840 als dessen Nachfolger. Deshalb war es naheliegend, dass der König mit ihm über politische Fragen diskutierte beziehungsweise korrespondierte.

Der Briefwechsel zwischen den beiden Hohenzollernbrüdern wurde nun von Winfried Baumgart, emeritierter Professor für Neueste Geschichte an der Universität Mainz, herausgegeben, wobei Baumgart sich auf die Vorarbeit des Archivars Rudolf Vaupel aus den 20er und 30er Jahren stützen konnte. Von den rund 700 Briefen Wilhelms und den 250 Schreiben Friedrich Wilhelms IV. aus dem Zeitraum zwischen August 1840 und Oktober 1858, welche heute im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz verwahrt sind, wählte der Herausgeber insgesamt 325 Texte aus. Diese zeigen eine sehr ungeschminkte, offene Diskussion, in der Wilhelm stets als der Offensivere und Kritischere auftrat. So drängte der Jüngere den König nicht selten in die Defensive, bis diesem irgendwann der Kragen platzte. „Du sprichst über eine Menge Dinge, die Du gar nicht verstehst“, wetterte Friedrich Wilhelm IV. im Streit um die Frage, wie man die modernisierungsbedürftige Verfassung Preußens reformieren könne. Ein noch größeres, nahezu fundamentales Zerwürfnis entstand zudem durch die preußische Neutralitätspolitik im Krimkrieg 1853 bis 1856. Wilhelm bezeichnete diese als viel zu prorussisch und protestierte mit allen Mitteln, ohne dass er den König damit umstimmen konnte. Stattdessen entging der spätere deutsche Kaiser wegen seiner Insubordination in dieser Frage nur knapp dem Kriegsgericht und der Festungshaft.

Ansonsten korrespondierten die beiden auch noch über die Revolution von 1848 und Wilhelms Flucht nach England, welche auf dringende Aufforderung des Königs erfolgte, die Niederschlagung der Revolution in Baden durch den von Wilhelm geführten Feldzug 1849, die Gestaltung der deutschen Frage, welche besonders ab 1850 Thema war, sowie den Neuenburger Konflikt 1856/57 infolge eines preußentreuen Putsches gegen die Einverleibung des Fürstentums Neuenburg [Neuchâtel] in die Schweizer Eidgenossenschaft.

Anhand des Briefwechsels lässt sich aber nicht nur die Natur des Verhältnisses zwischen den ungleichen Brüdern ersehen, sondern auch die Veränderung der politischen Ansichten der beiden Protagonisten. Wilhelm, der zunächst radikal-konservative Ansichten vertrat, wurde mit der Zeit milder und progressiver, während der anfangs experimentierfreudige und aufgeschlossene König Neues zunehmend ablehnte und insbesondere den ganzen „französischen Revolutionsunflat“ wieder loswerden wollte.

Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I.

Die Korrespondenz fand ihr Ende, nachdem Friedrich Wilhelm IV. im Sommer des Jahres 1857 einen Schlaganfall erlitten hatte, welcher nachfolgend zu Wortfindungsstörungen führte: Die letzten beiden Briefe der Edition datieren auf den 23. Oktober 1857 beziehungsweise 7. Oktober 1858. Im erstgenannten Schreiben überträgt Friedrich Wilhelm IV. seinem Bruder die Regierungsgeschäfte zunächst erst einmal in Stellvertretung, im zweiten Brief ernennt der König Wilhelm dann nach weiteren Schlaganfällen zum Regenten – freilich immer noch mit der Option, die königliche Gewalt vielleicht doch eines Tages wieder selbst auszuüben. Dazu kam es letztlich aber nicht mehr, weil Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 seiner Hirnarteriosklerose erlag. *W. Kaufmann*

***Winfried Baumgart (Hrsg.): „König Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. Briefwechsel 1840–1858“**, Schöningh, Paderborn 2013, geb., 583 Seiten, 74 Euro*



Alles Rassismus?

Amy Chua behauptet, Erfolg habe kulturell-ethnische Ursachen

Amy Chua ist Wirbel um ihre Thesen gewöhnt. Die Jura-Professorin an der angesehenen Universität Yale wurde bereits für ihr Buch „Die Mutter des Erfolgs: Wie ich meinen Kindern das Siegen beibrachte“ massiv kritisiert. Nun legt die als „Tigermutter“ verschriene, gestrenge Akademikerin mit „Alle Menschen sind gleich. Erfolgreiche nicht. Die verblüffenden kulturellen Ursachen von Erfolg“ ein neues Buch vor, das für ähnlich viel Aufregung sorgt. „Rassismus“ brüllen einige Rezensenten und sehen die Autorin sogar als US-amerikanisches Pendant von Thilo Sarrazin, der in „Deutschland schafft sich ab“ auch bestimmten Einwanderergruppen spezielle Fähigkeiten zu- beziehungsweise abgeschrieben hat.

Doch was genau schreibt Chua zusammen mit ihrem Mann Jed Rubenfeld, das so verwerflich sein soll? Die Tochter chinesischer Einwanderer und ihr jüdischer Mann behaupten, dass es religiöse, aber auch ethnische Gruppen in den USA gibt, die erfolgreicher sind als andere. Da sie wissen, dass ihre Thesen nicht auf Begeisterung stoßen werden, ist fast jede Aussage mit einem Quellenhinweis versehen, so dass die Anmerkungen am Ende des Buches fast 100 Seiten ausmachen. Und ähnlich wie Sarrazin stützen sie sich auf Zahlen und Statistiken. „Obwohl Juden nur etwa 0,2 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, stellen sie über ein Fünftel aller Nobelpreisträger“, heißt es etwa. Oder: „Bei asiatisch-amerikanischen Jugendlichen – und asiatischen Amerikanern insgesamt – ist der Anteil des Drogenmissbrauchs und des schweren Alkoholkonsums oder Komasaufens sehr viel niedriger als in jeder anderen ethnischen Gruppe in den Vereinigten Staaten.“ Auch stellten sie anteilig die geringsten minderjährigen Mütter. Laut US-Statistik hätten wiederum indische Amerikaner das höchste Einkommen aller ethnischen Gruppen. Auch wird betont, wie vergleichsweise erfolgreich Mormonen, Nigerianer, Exil-Kubaner und Exil-Iraner seien. All diesen Gruppen schreiben die Autoren gleich drei Eigenschaften zu. Einerseits würden sie sich aus religiösen oder historischen Gründen der Mehrheitsgesellschaft überlegen fühlen, andererseits litten sie aber auch unter einem starken Gefühl der Unsicherheit. Dieses Spannungsfeld erläutern Chua und Rubenfeld anhand der jeweiligen Hintergründe der genannten Einwanderergruppen schlüssig und nachvollziehbar. Als drittes käme bei allen eine starke Impulskontrolle hinzu, die Selbstdisziplin, sich kurzfristige Vergnügen oder Ausschweifungen zu versagen, um ein höherrangiges Fernziel wie den Sieg bei einem Cello-Wettbewerb, das Erreichen einer guten Note oder gar eines Elite-Universitätsabschluss zu ermöglichen. „Dreierpack“ nennen die Autoren diese Kombination aus Eigenschaften, die deren Träger zu Höchstleistungen antreibe.

Wieso Exil-Kubaner erfolgreicher sind als Mexikaner

Chua und Rubenfeld betrachten auch die Gruppe der Schwarzen in den USA und stellen fest, dass dieser jegliches Überlegenheitsgefühl fehlt. Stattdessen seien die meisten Angehörigen dieser Gruppe überzeugt, dass ihnen ein Aufstieg nicht gelingen werde, weil sie schwarz seien. Dieser Fatalismus ersticke jeglichen Antrieb, der Garant für einen Erfolg werden könnte.

Allerdings gehen die Autoren auch auf die Nachteile des Dreierpacks ein. Viele Kinder der genannten Zuwanderergruppen würden das Gefühl haben, von ihren Eltern eher als Investition in die Zukunft oder als Prestigeobjekt betrachtet zu werden denn als liebenswertes Individuum. Auch würde man sich an die eigenen Werte klammern, Eheschließungen in der eigenen Gruppe bevorzugen sowie Vergnügen und somit auch den US-amerikanischen „Way of life“ verachten.

Die frühen Einwanderer der USA hätten laut Chua und Rubenfeld auch über das erwähnte Dreierpack verfügt, doch inzwischen sei infolge des Wohlstandes nur noch das Überlegenheitsgefühl geblieben, was von den Autoren äußert kritisch betrachtet wird. Eine ähnliche Entwicklung stellten sie zudem auch in der zweiten und dritten Generation der Dreierpack-Gruppen fest.

Natürlich neigen die Autoren zu Verallgemeinerungen, trotzdem bieten sie auch aufschlussreiche Argumente. Interessant ist, dass während einige Rezensenten des Buches den Autoren Rassismus vorwerfen und sie mit Sarrazin auf eine Stufe stellen, andere in den Ausführungen ein Beleg dafür sehen, wie toll doch Zuwanderung sei. Allerdings kann man die US-Verhältnisse nicht auf den Sozialstaat Deutschland übertragen, da die hier Zugewanderten ganz andere ethnische, religiöse, aber auch soziale Hintergründe aufweisen. Der familiäre Druck zu schulischen Höchstleistungen und die Kontrolle der eigenen Impulse dürften den meisten Zuwanderern beispielsweise in Kreuzberg unbekannt sein. *Rebecca Bellano*

***Amy Chua, Jed Rubenfeld: „Alle Menschen sind gleich. Erfolgreiche nicht. Die verblüffenden kulturellen Ursachen von Erfolg“**, campus, Frankfurt am Main 2014, geb., 317 Seiten, 19,99 Euro*

Notwehr gegen Profanisierung

Michael Klonovsky überzeugt durch niveauvolle Kritik am Zeitgeist

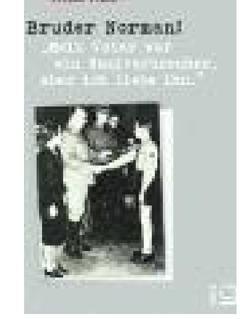
Michael Klonovsky ist ein Mann in seinen besten Jahren, der nun seine „Lebenswerte“ mitteilt. Die Provokation des Untertitels „Über Wein, Kunst, High Heels und andere Freuden“ unter der Kalligrafie des Titels schläfert aber vorab ein. Dieses Dösen ist angenehm. Das Büchlein wuchs hervor aus 20 Kolumnen des Autors für die libertäre Zeitschrift „eigentümlich frei“. Die Ansammlung und Verknüpfung dieser Schlaglichter einer Notwehr gegen die Profanisierung des Lebens verbinden sich in der ausgewachsenen Breite aber nicht zu einem überzeugenden Weltbild.

Im Kapitel „Philosophie“ kommt der Autor über einen Zwischenschritt zum eigenen Bekenntnis: „Odo Marquard hat Marxens berühmt-berüchtigte elfte Feuerbachthese umformuliert in: ‚Die Geschichtsphilosophen haben die Welt nur verschieden verändert; es kömmt darauf an, sie zu verschonen.‘ Verschönen wäre auch in meinem Sinne.“ Schon die angenehme äußere Gestalt des fadengehefteten Bändchens bekundet diese Gesinnung.

Zwischen den sarkastischen Kommentaren zum Brüsseler Bürokratismus und der Wirtschaftsweisheit der Wiener Schule ist Klonovskys Senf genau die richtige Würze, um jedes Heft der Zeitschrift genießbar zu machen. Für viele, die mit seinen Vorlieben nichts verbinden, bleibt das Buch auf exotische Weise erheiternd. Da hilft es nur, das Büchlein als eine Art Pfefferstreuer, als Notwehr gegen Geschmacklosigkeiten parat zu halten. So lässt sich das eine oder andere Stücklein spontan lesen, zum Beispiel wenn fade Pflichtlektüre den Gaumen zu veröden droht. Dazu taugt das Buch auf unübertreffliche Weise. Es gibt darin Bonmots, die nicht anders als genial zu bezeichnen sind und eine Bibliothek kulturkritischer Schwadroneure aufwiegen. So wenn er im Kapitel über die weibliche Brust diese als „das Ornament des Kapitalismus“ erkennt: „Wie die Rocaille, die dem Rokoko den Namen gab, in der Dekoration dieser Epoche dominiert, locken in der modernen Film- und Werbewelt allenthalben Brüste.“

Und nicht zuletzt, vielleicht das größte Verdienst, es wird keine schlechte Laune verbreitet auf diesen Seiten. Dieser Mann steht sicher und fest und er tut es auf den eigenen Beinen. Die High Heels müssen darum natürlich die anderen tragen. Rotwein-besäuselt und Kunst-trunken gucken wir ihnen angeregt hinterher und pfeifen (uns eins). *Sebastian Hennig*

***Michael Klonovsky: „Lebenswerte. Über Wein, Kunst, High Heels und andere Freuden“**, Lichtschlag in der edition Sonderwege, Waltrop 2013, broschiert, 158 Seiten, 16,80 Euro*



Den Vater geliebt, den Tyrannen gehasst

Ein Sohn des 1946 hingerichteten NS-Juristen Hans Frank versucht nahezu verzweifelt, sein familiäres Erbe aufzuarbeiten

Wenn man als junger Mensch einmal wieder in der Zeitung liest, dass die Gräueltaten der Nationalsozialisten im Dritten Reich noch heute auf den Schultern Deutschlands lasten so fragt man sich, was man denn selbst damit zu tun habe. Diese Dinge geschahen schließlich lange vor der eigenen Geburt. Doch wer noch einen Opa oder einen Vater hat, der direkt am Vorkriegs- und Kriegsgeschehen beteiligt war, hat vielleicht eine etwas andere Meinung dazu. Viele der Großväter oder Väter haben bis heute nur wenig oder gar nichts über ihre Erlebnisse im Dritten Reich, im Zweiten Weltkrieg oder in der Kriegsgefangenschaft erzählt. Ohne es sicher zu wissen, hofft man, dass der (Groß-)Vater kein Kriegsverbrecher war.

Der Vater von Niklas Frank musste seinem Sohn nicht mehr viel berichten beziehungsweise beichten. Nach Kriegsende kamen im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher auch all die Untaten von Hans Frank, dem Rechtsanwalt von Adolf Hitler, höchsten Juristen im Dritten Reich und Generalgouverneur des besetzten Polen, ans Licht. In der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober 1946 wurde Hans Frank durch den Strang hingerichtet.

In dem Buch „Bruder Norman! Mein Vater war ein Naziverbrecher, aber ich liebe ihn“ berichtet Niklas Frank von der verzweifelten Liebe seines Lieblingsbruders zum gemeinsamen Vater. Niklas Frank wurde 1939, zehn Jahre nach seinem ältesten Bruder Norman, als fünftes Kind von Brigitte und Hans Frank geboren.

Als Norman bereits 80 Jahre alt war, konfrontierte Niklas Frank seinen durch Alkohol und Alter gezeichneten Bruder mit dem Inhalt von alten Briefen und Tagebuchaufzeichnungen der Eltern und von ihm selbst. Mit der gleichen Verzweiflung wie Norman Frank seinen Vater stets liebte, versucht er daraufhin, seinem jüngeren Bruder begreiflich zu machen, warum er trotz des Wissens um die Verbrechen des Vaters nicht anders konnte, stieß hier jedoch auf taube Ohren. „Weißt du Niki, du musst das von Ansatz her trennen, wie es Michel tat: Das eine ist der Verbrecher, das andere der Vater. Wenn du das nicht trennst, sind deine Gefühle nicht frei, folgen nicht ihrem natürlichen Lauf. Den Vater liebt man, den Verbrecher hasst man. Wer das nicht tut, wird so verklemmt und lächerlich wie du. Was machst du, deine Bücher, deine Lesungen, dein Geschimpfe auf die Eltern, ist unnatürlich.‘ ... ‚Du vergisst die Opfer. Die treiben mich um.‘ ‚Opfer‘, murmelte er. ‚Vati war auch Opfer.‘“ Gerade dieser letzte verdreht wirkende Satz muss den Autor in dem Vorhaben, dieses Buch zu schreiben, bestätigt haben.

Der Bruder ging nicht auf Distanz zu Eltern

Nach „Der Vater. Eine Abrechnung“ und „Meine deutsche Mutter“ vervollständigt der Journalist Niklas Frank mit dem Buch „Bruder Norman!“ seine entlarvende Trilogie über seine engsten Familienangehörigen. Stellte er mit den beiden ersten Büchern gnadenlos seine Eltern als Förderer und Günstlinge Adolf Hitlers an den Pranger, so offenbart er mit dem dritten Buch das Innerste seines mittlerweile verstorbenen Bruders. Und mit „das Innerste“ sind nicht nur das Seelenleben und die Gedanken von Norman Frank gemeint, sondern tatsächlich auch sein Innerstes im wörtlichen Sinne, da Niklas Frank als Anfang und Ende des Buches seine Beobachtungen bei der Obduktion des Leichnams seines Bruders gewählt hat. Dies mag makaber anmuten und ist es auch, doch war es der letzte Wunsch des Verstorbenen, dass sein Leichnam in die Anatomie käme.

Das abschließende Urteil von Niklas Frank über seinen Bruder ist ebenso desillusionierend wie ernüchternd, aber dennoch ergreifend wie das gesamte Buch. *Vanessa Ney*

***Niklas Frank: „Bruder Norman! Mein Vater war ein Naziverbrecher, aber ich liebe ihn“**, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2013, broschiert, 320 Seiten, 22 Euro*

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkosten-pauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 16,95 €



Lorbass
Altpreußischer Kartoffelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5673 15,95 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 19,95 €



J. F. Meuß
Die Geschichte der preußischen Flagge
Reprint der seltenen Originalausgabe von 1916
Seltenes Sammelwerk zur Flaggenkunde! Die Geschichte der preußischen Flagge. Am 24. November 1816 stiftete König Friedrich Wilhelm III. die preußische Kriegsflagge. Seitdem wehte die weiße Flagge mit dem schwarzen preußischen Adler und dem Eisernen Kreuz auf Schiffen um die Welt. Die einzigartige Dokumentation zeigt auf zehn prachtvollen Tafeln die Entwicklung der Flagge seit ihrer Indienststellung bis hin zu den Flaggen preußischer Staatsfahrzeuge und Staatsgebäude. Sämtliche Flaggen sind ausführlich erläutert.
10 prachtvolle Flaggentafeln. Format: 21 x 29 cm, Hardcover mit farbigem Überzug. 120 Seiten
Nr. P A0726 Gebunden 19,95 €



Flaggenpin mit Wappen Westpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9952 2,50 €

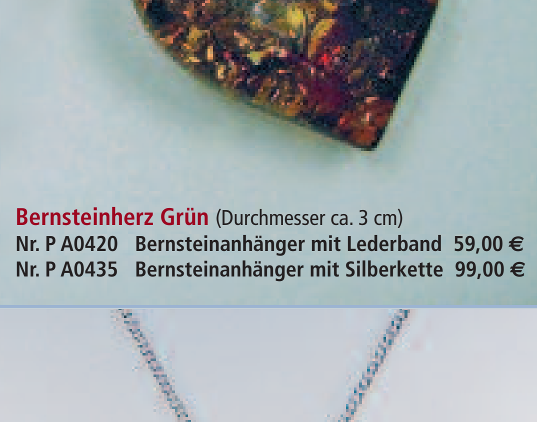


Flaggenpin mit Elchschaufel (ca. 20 mm)
Nr. P 9950 2,50 €

Flaggenpin Königsberg (ca. 20 mm)
Nr. P 9949 2,50 €



Flaggenpin mit Wappen von Ostpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9951 2,50 €



Bernsteinherz Grün (Durchmesser ca. 3 cm)
Nr. P A0420 Bernsteinanhänger mit Lederband 59,00 €
Nr. P A0435 Bernsteinanhänger mit Silberkette 99,00 €



Ruth Geede (Hrsg.)
Das Bernsteinkettchen
Fröhliche Kindertage im alten Ostpreußen. 128 S./Gebunden
Nr. P 533127 12,95 €

Wie die Bernsteine einer Kette reihen sich die Erinnerungen an das ferne Land Ostpreußen aneinander. Es sind nicht nur literarische Beiträge ostpreußischer Dichter, sondern auch schlicht erzählte Eindrücke aus alten Tagen. Ruth Geede hat Erzählungen und Gedichte zusammengestellt, die ein Bild davon vermitteln, wie glücklich die Kindertage in der alten Heimat Ostpreußen waren. Es ist ein heiteres Buch mit vielen Geschichten, die eine oder andere auch in ostpreußischer Mundart. Mit Texten von Herrmann Sudermann, Erminia von Olfers-Batocki, Hans Graf zu Dohna, Frieda Pelz, Erwin Scharfenorth, Hannelore Patzelt-Hennig u.v.m.



Schlüsselanhänger Elchschaufel
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0257 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0258 (3 Expl.) 13,95 €



Schlüsselanhänger mit Wappen Ostpreußen
45 mm in der Diagonale
Nr. P 9968 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P 9982 (3 Expl.) 13,95 €



Sonderpreis

Bernsteinanhänger in Silber gefasst mit Silberkette und Schachtel
Nr. P A0722 Bernsteinanhänger mit Silberkette 45,00 €



Rudolf von Thadden
Eine preußische Kirchengeschichte
Warum eine Kirchengeschichte Preußens, eines Staates, den es nicht mehr gibt? Warum im Vorfeld des Reformationsjubiläums 2017 an eine Geschichte erinnern, die sich nur langsam der neuen Lehre Martin Luthers öffnete und dann auch bald anderen Kräften der Reformation Raum bot? In Preußen stand neben dem Wittenberger Luther immer auch der Genfer Calvin. Dadurch weitete sich der Blick der Protestanten über nationale Grenzen hinaus. Kirchengeschichtlich trug diese Orientierung zur Überwindung eines engen konfessionellen Denkens bei. Zwar blieben Konflikte zwischen den protestantischen Bekenntnissen nicht aus, aber langfristig führten diese doch zu Annäherungen in Gestalt einer Union, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der evangelischen Christen stärkte. Schließlich gewann auch die katholische Kirche in Preußen an Bedeutung, was sich nicht nur im Kulturkampf der Bismarckzeit, sondern auch in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zeigte. Kirchengeschichte war auch hier mehr als Theologiegeschichte, es war immer auch politische Geschichte. 2 Abbildungen, 264 Seiten
Nr. P A0686 Gebunden mit Schutzumschlag 24,90 €



Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



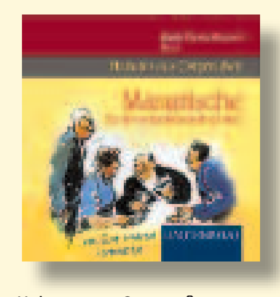
Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,95 €



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m. Laufzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 CD 12,99 €



Klänge der Heimat
Pommernlied, Mein schönes Land, Danziger Heimatlied, Märkische Heide, Ostpreußisches Reiterlied, Westpreußenlied, Riesengebirgs Heimatlied, Schlesierlied, Tief in dem Böhmerwald, Heimwärts
(Laufzeit ca. 40 Minuten)
Nr. A0728 CD 10,00 €



Heiteres aus Ostpreußen
Masurische Schmunzelgeschichten
Ruth Maria Wagner liest: Onkelchens Brautschau, masurische Weihnachten ... mit Musikstücken zwischen den einzelnen Erzählungen.
(Laufzeit ca. 50 Minuten)
Nr. P 5880 CD 12,95 €



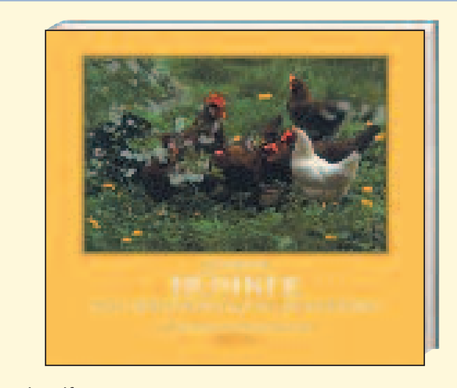
Heimatklänge aus Ostpreußen
Berühmte ostpreußische Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau. Ein Hörerlebnis für jeden Ostpreußen.
(Laufzeit 77 Minuten)
Nr. A0098 CD 12,80 €

Jetzt mit 300 Gramm Marzipan

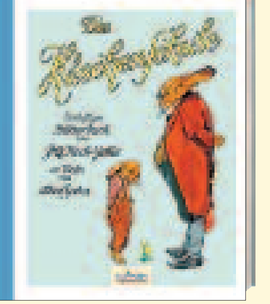
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß“
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €



Buntes Osternest mit Trüffel-Ostereiern und Osterhasen
290 Gramm in einem dekorativen Osternest.
Nr. A0730 Buntes Osternest 14,95 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Glückliche Hühner
Eine Liebeserklärung an das Federvieh
In meisterhaften Fotografien und Texten erinnern das Autorenehepaar an glückliche Hühnertage, an das Hühnerleben im Großelternland. 96 S.
Nr. P 575271 Gebunden 7,95 €



Albert Sixtus/Fritz Koch-Gotha
Die Häschenschule
Der beliebte Bilderbuchklassiker zur Osterzeit für Klein und Groß. Halbleineneinband.
32 Seiten
Nr. P 5164 9,95 €

Der erste Schultag ist da! Fröhlich machen sich Hasengretchen und Hasenhans auf den Weg in die Häschenschule im Wald. Dort erwartet sie der alte Lehrer, um ihnen alles beizubringen, was ein richtiger Hase wissen sollte: Neben Pflanzenkunde, Gartenarbeit, Hakenschlagen und Geschichten über den gefährlichen Fuchs lernen die Häschen natürlich auch, wie man Ostereier mit den schönsten Farben bunt bemalt. Die heiteren Verse des Kinderbuchautors Albert Sixtus und die liebevollen, detailreichen Bilder des Illustrators Fritz Koch-Gotha machen dieses Bilderbuch zu dem Klassiker der deutschen Kinderbuchliteratur.



4 Porzellan-Ostereier für die österliche Dekoration zu Hause
Nr. P A0711 Porzellan-Ostereier 9,95 €



Nicole Seifert (Hrsg.)
O Welt in einem Ei
Das Osterlesebuch
224 S./Taschenbuch
Nr. P A0727 10,00 €

Die lange christliche Tradition des Osterfestes ist von der Freude über die wiedererwachende Natur, von der Feier des Frühlings nicht zu trennen – auch davon zeugen die Erzählungen und Gedichte in diesem Buch. Das erste Grün der Bäume, die nach der Starre des Winters wieder aus der Erde hervorbrechenden Blumen, die laue Luft und auch die Liebe sind hier genauso Thema wie Ostern selbst – Erzählungen und Gedichte zur Karwoche, über das Osterfest, den Osterhasen und den Frühling, über religiöse Bräuche und heidnische Traditionen. Mit Texten von Johann Wolfgang Goethe, Eduard Mörike, Kurt Tucholsky u.v.m.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Doch wieder »brüderlich«

Düsseldorf – Die Stadt Düsseldorf hat ihren „Gutmenschen-Duden" zur Hälfte wieder gelöscht. Der „Duden" auf der Internetseite des städtischen „Frauenbüros" sollte die Bürger dazu erziehen, „geschlechtergerecht" zu formulieren. So sollten sie statt „brüderlich teilen" künftig „gerecht teilen" sagen. Das Werk war von lokalen Medien als „Nippes-Feminismus" verlacht worden. Bürgermeister Dirk Elbers (CDU) ließ es nun daher drastisch kürzen. *H.H.*

AfD gewinnt gegen Friedman

Berlin – Der Sender N24 muss laut Urteil des Landgerichts Berlin eine Gegendarstellung der AfD zulassen. Moderator Michel Friedman hatte der AfD-EU-Kandidatin Beatrix von Storch das Zitat zugeschrieben: „Multikulti hat die Aufgabe die Völker zu homogenisieren und damit religiös und kulturell auszulöschen." Das Zitat aber stammt nicht von der AfD-Kandidatin. Bernd Lucke hatte die Sendung „Studio Friedman" aus Protest verlassen. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein ganz harter Hund

Gerade hatte Frankreichs Staatspräsident François Hollande bei den Kommunalwahlen eine Schlappe auch wegen seiner weichen Zuwanderungspolitik einstecken müssen, da installierte er mit **Manuel Valls** einen neuen Premierminister, der selbst ein Zuwanderer ist. Der 51-Jährige wurde in Barcelona geboren. Seine Eltern flohen vor der Franco-Diktatur nach Frankreich, wo der Spanier 1982 die französische Staatsangehörigkeit erhielt.

Valls sieht sich selbst als Musterbeispiel einer erfolgreichen Integration. Schon mit 17 Jahren war er für die sozialistische Partei aktiv, in den 90ern Pressesprecher des damaligen Premiers Lionel Jospin und ab 2001 über zehn Jahre lang Bürgermeister des Pariser Vororts Évry. Aus erster Ehe mit einer Französin hat er vier Kinder. Seit 2010 bildet er mit der Violinistin Anne Gravoin ein von der Boulevardpresse mit Vorliebe abgelichtetes Hochglanzpaar. Französischer geht es kaum.




Nach den für die Sozialisten verlustreichen Kommunalwahlen soll also der gebürtige Katalane Flagge zeigen in Sachen härterer Zuwanderungspolitik, um die Wähler, die den Sozialisten vom rechten Rand massiv weggebrochen sind, wieder einzufangen. Dass er Härte zeigen kann, bewies er als Innenminister der alten Regierung, als er eine sich illegal in Frankreich aufhaltende Roma-Familie abschieben ließ. Aufsehen erregte, als er eine Tochter dieser Familie aus einem Ferienlager abholen ließ, woraufhin sich landesweite Schülerproteste erhoben. Damals hatte er sogar gedroht, die Regierung zu verlassen, würde der Präsident umfallen und die Familie zurück ins Land holen. Als „Monsieur Sicherheit" wurde er so populär, dass Hollandes Rechnung aufgehen kann: Ein Zuwanderer sorgt für die von Konservativen ersehnte Ordnung. *H. Tews*



Frankreich sieht schwarz

Des Wahnsinns Methode

Warum wir eigentlich immer den 1. April haben, womit uns Bettlerbanden drohen, und wem »unser« Geld in Wirklichkeit gehört / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Der Dienstag dieser Woche war ein beunruhigender Tag für Journalisten. Unsere Aufgabe ist es, Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Das ist so schon nicht einfach, aber Dienstag war der 1. April. Der Tag für Quatsch-Meldungen, mit denen pfiffige Medienmacher ihre Leser, Hörer und andere Journalisten aufs Kreuz legen. Tags darauf heißt es dann hämisch: „Und das hast du wirklich geglaubt? Mann, du Trottel!" Wer will sich schon auf so peinliche Weise erwischen lassen?

Also galt es, an jenem Tag ganz besonders vorsichtig zu sein. Wir nehmen mal drei „Meldungen", die da durch die Medien geisterten. Entscheiden Sie selbst: Scherz oder Wahrheit?

„Meldung" 1: Die Hansestadt Hamburg spendiert gut organisierten Bettlerbanden vom Balkan auf Kosten der Steuerzahler einen Fahrdienst, der sie jeden Morgen von der staatsfinanzierten Unterkunft in die Innenstadt bringt und abends wieder zurück.

Kann das wahr sein?

„Meldung" 2: Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) schlägt vor, dass die Deutschen einen Pullover anziehen, statt die Heizung aufzudrehen, denn „die Menschheit muss sich an die neuen Bedingungen anpassen", die der „Klimawandel" über uns bringe. So eine Empfehlung hatte Thilo Sarrazin unlängst an Hartz-IV-Empfänger ausgegeben, wofür er von Hendricks' Genossen in der Luft zerrissen wurde.

Also doch wohl eine lupenreine Falschmeldung, oder?

„Meldung" 3: Die Große Koalition hat beschlossen, die neue Mütterrente so umzubauen, dass Berufstätige den Obolus direkt an ihre eigenen Mütter zahlen und nicht in den großen Topf für alle. Schließlich, so die Begründung von Sozialministerin Andrea Nahles (SPD), sollten mit der Rente „die Mütter dafür belohnt werden, dass sie durch ihre Erziehungsleistung die heutigen Beitragszahler hervorgebracht" hätten, und „nicht fürs Kinderkriegen an sich".

Das klingt dann endlich mal realistisch, was?

Abwarten. Schreiten wir zur Auflösung. Trommelwirbel, festhalten: Die Meldungen 1 und 2 stimmen, die Nummer 3 hingegen ist ein Aprilscherz, den ich selber erfunden habe. Man könnte es auch so sehen: Die ganze Bundesrepublik ist zum Aprilscherz erblüht, wo Narren das Zepter schwingen und alle vernünftigen Gedanken wie eine düstere Marotte beiseiteschieben.

Selbst angebliche Experten tun sich in dem Dickicht des Blödsinns schwer, die Wahrheit vom Irrlicht zu unterscheiden. Ebenfalls zum 1. April schoss die Nachricht durch den Blätterwald, dass der Berliner Flughafen BER statt 4,3 oder fünf oder sechs Milliarden sogar acht Milliarden kosten werde. Ja, dass nicht einmal auszuschließen sei, dass man den gesamten Bau abreißen und noch mal ganz von vorn beginnen müsse.

> Vielleicht muss der BER auch noch mal ganz neu gebaut werden. Ein Scherz? Wir werden sehen!

Dazu fiel dem Vizechef des BER-Aufsichtsrats, Rainer Bretschneider, nur die schillernde Antwort ein: „Ich würde sagen: Aprilscherz." Soso, er „würde sagen", sicher scheint er sich also keineswegs zu sein. Das hat mit seinen Quellen zu tun: „In den Aufsichtsratsunterlagen stehen nirgendwo solche Zahlen", gibt Bretschneider zu Protokoll.

Das wundert uns nicht, denn in den Zettelkästen jenes Aufsichtsrats scheinen so einige Unterlagen zu fehlen, ohne die die Behörden unsereins nicht mal einen billigen Carport errichten ließen.

Aus der brandenburgischen Landesregierung wurde an eine Boulevardzeitung durchgestochen, dass es zum BER überhaupt keine Baudokumentation gebe und keine Übersicht der Umbauplanungen. Den Verantwortlichen sei also gar nicht bekannt, was, wo und wie gebaut wurde. Was BER-Chef Hartmut Mehdorn an Zahlen über Kosten oder Zeitpläne herausgebe, beruhe meist auf bloßen Schätzungen.

Selbst das mit dem Abriss ist gar nicht so abwegig: Wie bekannt ist, wurde der BER von Anfang an viel zu klein geplant. Egal, wie viel man daran jetzt noch herumfummelt, dieses Problem dürfte weitgehend bleiben. Gegen einen totalen Neuanfang spricht vielleicht nur noch, dass dann alle sehen können, was für politische Pfeifen da am Werke waren, im Bund wie in den Ländern Berlin und Brandenburg. Und das wollen wir doch alle nicht, schließlich gilt es, das Ansehen der Repräsentanten unseres Staates nicht zu gefährden.

Andererseits, dass Politikern solchen Kalibers keine vernünftige Rentenpolitik mehr einfällt, erscheint auch wieder vollkommen logisch, aber eher in der Version des großen Shakespeare – „Sei dies auch Wahnsinn, so hat es doch Methode."

In der Hamburger Sache funktioniert des Wahnsinns Methode folgendermaßen: Man wolle Ärger mit den Anwohnern der staatlichen Bettlerunterkunft vermeiden, sagt die Stadt. Deshalb fahre man die Osteuropäer gleich morgens in die Innenstadt. Außerdem hätten die Bettler „gedroht", die staatliche Unterkunft nicht mehr aufzusuchen, wenn man sie nicht jeden Tag an ihre „Arbeitsplätze" chauffiere. Sie „drohen" also damit, nicht mehr auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu logieren. Wie schrecklich!

Am Ende drohen sie gar noch damit, Deutschland ganz wieder zu verlassen, wo wir doch von der Zuwanderung solcher Leute dermaßen profitieren. Am meisten sahnt der Bettlerkönig ab, ein Rumäne, bei dem die Osteuropäer den Großteil ihrer Beute abliefern, angeblich 800 bis 900 Euro täglich. Eine Menge Geld, aber sollten wir ihm etwa zumuten, Fahrt- und Wohnkosten für seine „Angestellten" selbst zu übernehmen? Niemals, schließlich gehören wir alle zur europäischen Familie, und wie in jeder guten Familie muss es doch einen geben, der alle Rechnungen bezahlt.

Allerdings ist Europa von Feinden bedroht, die sich anschicken, die EU-Wahl im Mai schändlich zu missbrauchen – indem sie antreten. Ein deutsches Magazin hat uns diese Woche einen erschütternden Einblick gegeben in eine dieser nichtswürdigen Zusammenrottungen, den französischen Front National mit seiner Rädelsführerin Marine Le Pen. Zum Beweis für deren Verlogenheit berichtet das Blatt von einem Besuch in Le Pens Büro als EU-Abgeordnete und stellt angeekelt fest: „Das verhasste Europa finanziert Le Pens Büro in Straßburg."

Ja, widerlich, gegen die EU wettern und sich gleichzeitig von der EU das Büro als Abgeordnete finanzieren lassen. Oder ... Moment: Wer finanziert das Büro? „Europa" oder doch eher die Steuerzahler, von denen eben auch einige schon vor fünf Jahren Le Pen gewählt haben?

Das ist eine Frage des Standpunkts. Nicht nur in den Augen des genannten Magazins gehört unser aller Geld eigentlich dem Staat, oder dem Über-Staat, also der EU. Dieser Staat gehört seinen rechtmäßigen Besitzern, also den Mächtigen in jenen Parteien, die weder populistisch („anti-europäisch"!) noch sonst irgendwie abweichend sind. Die Abweichler dagegen missbrauchen die demokratischen Möglichkeiten für ihre populistischen Ziele und stellen sich damit gegen die „Zivilgesellschaft", die heute in etwa die Stelle einnimmt, welche früher einmal der „Arbeiterklasse" oder der „Volksgemeinschaft" vorbehalten war. Da sollte man damals auch lieber nicht dagegen gewesen sein.

Und für die, die sich gegen „Europa" und die „Zivilgesellschaft" stellen, für die sollte es eben auch kein Büro geben – egal, wie viele Stimmen die bekommen haben. Manche Populisten werfen den Fürsten der „Zivilgesellschaft" frech Intoleranz vor. Unsinn: Man ist sogar äußerst tolerant. EU-Anwärter Ukraine zeigt auf, was man alles schulterzuckend toleriert, wenn es in den Kram passt. Da wurde nun der Chef des extremistischen „Rechten Sektors" erst entführt und dann von Sicherheitskräften „auf der Flucht erschossen". Eine Szene wie aus den finstersten Kapiteln des 20. Jahrhunderts. Das macht doch Appetit auf mehr, weshalb das Land so bald wie möglich in die EU muss – denn „sei es auch Wahnsinn ..."

MEINUNGEN

*In der „Welt" vom 24. März zieht **FDP-Chef Christian Lindner** eine Bilanz zu **100 Tage Große Koalition**:*

„Der geburtenstärkste Jahrgang aller Zeiten in Deutschland, die 1964er, werden dieses Jahr 50. Wir haben also nur noch ein kurzes Zeitfenster, bis diese Babyboomer ins Ruhestandsalter kommen. Die sozialen Sicherungssysteme müssten diesem demographischen Wandel dringend angepasst werden. Die große Koalition macht das Gegenteil ... Die maximale deutsche Haftungssumme aus den Rettungsschirmen ist geringer als jene 160 Milliarden Euro, die Frau Nahles für ihr Rentenpaket kalkuliert – wobei die Berechnungen der Bundesregierung die Charakteristik von ADAC-Statistiken haben, also eine gewisse Unschärferelation enthalten. Es wird also eher teurer."

*Der CSU-Politiker **Peter Gauweiler** stellt im „Stern" vom 27. März einige **unangenehme Fragen** zum **Thema Ukraine**:*

„Wie steht es um die Legitimität der neuen Regierung in Kiew? Kann eine Autonomie der Krim, die historisch zu Russland gehört, hergestellt werden? Und unsere ‚Heldin' – Julia Timoschenko, was ist sie für eine? Ist diese Oligarchin eine lupenreine Demokratin?"

***Michael Klonovsky** berichtet in seinem Internet-Blog (23. März) von einer bestechenden Idee zur **Flurbereinigung** der deutschen **Parteienlandschaft**:*

„Ein Bekannter trägt die These vor, dass es vollkommen ausreichend wäre, wenn in Deutschland nur drei Parteien existierten: CDU, AfD, Linke, und je mehr ich darüber nachdenke, desto einleuchtender erscheint mir der Vorschlag."

*Die Greifswalder Politikwissenschaftlerin **Hannah Bethke** beklagt in der „FAZ" (26. März) den rapiden **Niveauverfall** bei ihren **Studenten** und benennt Ursachen:*

„An deutschen Schulen und Universitäten hat eine systematische Niveaunivellierung stattgefunden, die das Ergebnis einer wachsenden Scheu ist, den Lernenden gegenüber Grenzen zu ziehen, schlechte Leistungen als solche zu benennen, Unterschiede zu sehen und zu akzeptieren, anstatt allen – ob sie dafür geeignet sind oder nicht – alles eröffnen zu wollen."

***Andreas Unterberger**, Publizist und Politikwissenschaftler aus Wien, sieht die europäische **Bankenunion** im Netzportal „freiewelt.net" (31. März) als Startschuss für einen gewaltigen **Raubzug** gegen die europäischen Sparer und Steuerzahler:*

„Da Europas Politik bisher alle anderen Banken ‚rettet', da sie dort aus Angst vor den Folgen und Haftungen die Gläubiger schont, wird sie das mit Sicherheit auch auf EU-Ebene tun. Sie wird es sogar noch viel unbeschwerter tun, da dann ja in Europa scheinbar Fonds herumliegen, die angeblich ‚retten'. In Wahrheit ist es freilich immer der Steuerzahler und Sparer, der ausgepresst wird. Je mehr EU, umso stärker wird die Verantwortungslosigkeit. Statt dass endlich die Eigenverantwortung der Gläubiger greift, werden krachende Banken nun von irgendwo in Europa gerettet. Das wird fatal negative Folgen haben."